

Georg Stötzel · Martin Wengeler
Kontroverse Begriffe

Sprache Politik Öffentlichkeit

Herausgegeben von
Armin Burkhardt · Walther Dieckmann
K. Peter Fritzsche · Ralf Rytlewski

Band 4



Walter de Gruyter · Berlin · New York
1995

Georg Stötzel · Martin Wengeler

Kontroverse Begriffe

Geschichte des öffentlichen Sprachgebrauchs
in der Bundesrepublik Deutschland

In Zusammenarbeit mit
Karin Böke · Hildegard Gorny
Silke Hahn · Matthias Jung
Andreas Musolff · Cornelia Tönnesen



Walter de Gruyter · Berlin · New York
1995

© Gedruckt auf säurefreiem Papier,
das die US-ANSI-Norm über Haltbarkeit erfüllt

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Stötzel, Georg:

Kontroverse Begriffe : Geschichte des öffentlichen Sprachgebrauchs in der Bundesrepublik Deutschland / Georg Stötzel ; Martin Wengeler. In Zusammenarbeit mit Karin Böke ... – Berlin ; New York : de Gruyter, 1995

(Sprache, Politik, Öffentlichkeit ; Bd. 4)

ISBN 3-11-014652-5 Gewebe

ISBN 3-11-014106-X brosch.

NE: Wengeler, Martin.; GT

© Copyright 1994 by Walter de Gruyter & Co., D-10785 Berlin

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Printed in Germany

Druck: Werner Hildebrand, Berlin

Buchbinderische Verarbeitung: Lüderitz & Bauer-GmbH, Berlin

Vorwort

Der hier vorgelegte neuartige Versuch einer Geschichte des öffentlich-politischen Sprachgebrauchs der jüngeren Vergangenheit und Gegenwart beruht auf mehrjährigen Vorarbeiten, an denen Studentinnen und Studenten, studentische und wissenschaftliche Hilfskräfte sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Lehrstuhls für Deutsche Philologie und Linguistik der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf beteiligt waren.

Sie alle haben dazu beigetragen, wichtige öffentliche, geschriebene und gesprochene Texte zusammenzutragen und sprachgeschichtlich zu interpretieren.

Die Volkswagenstiftung hat die Arbeit sowohl direkt durch ein Akademiestipendium für den Lehrstuhlinhaber Georg Stötzel unterstützt wie auch indirekt durch die Förderung eines ähnlich orientierten Projekts „Politische Leitvokabeln in den Westzonen und der Bundesrepublik Deutschland 1945–1961“, dessen Ertrag ebenfalls in der Reihe „Sprache, Politik, Öffentlichkeit“ publiziert werden wird. Die Forschungsergebnisse von Karin Böke und Martin Wengeler über Wirtschafts- und Frauenpolitik sind in beiden Publikationen – mit unterschiedlichen Akzentsetzungen – verarbeitet worden.

Wir glauben, daß der Text nicht nur für Fachleute oder wissenschaftlich Gebildete lesbar ist. Die benutzte Terminologie ist aus dem Kontext heraus verständlich. Nicht die abstrakte Theoriediskussion der Geschichtsschreibung stand im Vordergrund, noch ging es um eine allgemeine Theorie des politischen Sprachgebrauchs oder des allgemeinen Sprachwandels, sondern zuallererst um die sprachgeschichtliche Darstellung und Deutung des konkreten Sprachgebrauchs.

Dieses Werk kann den geschichtlichen und aktuellen Sprach- und Denkhorizont der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit, d.h. mit aktueller Sprachgeschichte zugleich politische Landeskunde vermitteln.

Das Nachschlagen interessanter Wörter und den punktuellen Einstieg in unsere Geschichte(n) haben wir dadurch erleichtert, daß wir im Anschluß an die einzelnen Kapitel Listen wichtiger Beleg- und Stichwörter zusammengestellt und außerdem einen Gesamtindex mit Seitenverweisen erstellt haben.

Die Aufteilung der sprachgeschichtlichen Darstellung in Themenbereiche brachte eine sprach- und sachgeschichtliche Spezialisierung der Verfasserinnen und Verfasser mit sich. Zwar haben wir als Hauptverantwortliche zum Teil thematische Skizzen vorgegeben, doch stellen die Themenkapitel eigenständige wissenschaftliche Leistungen der jeweiligen Verfasser(innen) dar. Deshalb sind auch die einzelnen Kapitel namentlich gekennzeichnet.

Danken möchten wir unseren Hilfskräften Oliver Beermann, Dorothea Dengel, Oliver Ehrnstorfer, Simone Kippels und Sandra Schulte für ihre zuverlässige wissenschaftliche und technische Mitarbeit sowie Hildegard Gorny, die für das Layout und die technische Herstellung der Druckvorlage verantwortlich zeichnet. Besonders verpflichtet fühlen wir uns Hans-Werner Scharf und den Herausgebern dieser Reihe, Walther Dieckmann und Armin Burkhardt, für ihre intensive und förderliche Kritik.

Düsseldorf, im September 1994

Georg Stötzel & Martin Wengeler

Inhaltsverzeichnis

Einleitung <i>Georg Stötzel</i>	1
1. Die frühe Nachkriegszeit <i>Georg Stötzel</i>	19
2. »Der alte Streit ›hier Marktwirtschaft, dort Planwirtschaft‹ ist vorbei« Ein Rückblick auf die sprachlichen Aspekte wirtschaftspolitischer Diskussionen <i>Martin Wengeler</i>	35
3. <i>Nation Europa</i> und <i>Europa der Nationen</i> Sprachliche Kontroversen in der Europapolitik <i>Matthias Jung & Martin Wengeler</i>	93
4. Vom <i>Wehrbeitrag</i> bis zu <i>Friedensmissionen</i> Zur Geschichte der sprachlichen Legitimierung und Bekämpfung von Rüstung und Militär <i>Martin Wengeler</i>	129
5. Zwischen <i>Re-education</i> und <i>Zweiter Bildungsreform</i> Die Sprache der Bildungspolitik in der öffentlichen Diskussion <i>Silke Hahn</i>	163
6. <i>Halbstarke</i> , <i>Hippies</i> und <i>Hausbesetzer</i> Die Sprache und das Bild der Jugend in der öffentlichen Betrachtung <i>Silke Hahn</i>	211
7. Amerikanismen, ausländische Wörter, Deutsch in der Welt Sprachdiskussionen als Bewältigung der Vergangenheit und Gegenwart <i>Matthias Jung</i>	245
8. Vom <i>zerrissenen Deutschland</i> zur <i>vereinigten Republik</i> Zur Sprachgeschichte der »deutschen Frage« <i>Silke Hahn</i>	285

9. Der Nazi-Komplex <i>Georg Stötzel</i>	355
10. »1968« als sprachgeschichtliche Zäsur <i>Martin Wengeler</i>	383
11. Die Terrorismus-Diskussion in Deutschland vom Ende der sechziger bis Anfang der neunziger Jahre <i>Andreas Musolff</i>	405
12. »Männer und Frauen sind gleichberechtigt« Schlüsselwörter in der frauenpolitischen Diskussion seit der Nachkriegszeit <i>Karin Böke</i>	447
13. Feministische Sprachkritik <i>Hildegard Gorny</i>	517
14. <i>Lebensrecht</i> oder <i>Selbstbestimmungsrecht</i> ? Die Debatte um den § 218 <i>Karin Böke</i>	563
15. Die Terminologie der Sexual- und Partnerschaftsethik im Wandel <i>Cornelia Tönnesen</i>	593
16. Umweltstörfälle Fachsprache und Expertentum in der öffentlichen Diskussion <i>Matthias Jung</i>	619
17. Von der <i>Hilfe für unterentwickelte Gebiete</i> über den <i>Neokolonialismus</i> bis zur <i>Entwicklungszusammenarbeit</i> Der sprachliche Umgang mit dem Nord-Süd-Konflikt <i>Martin Wengeler</i>	679
18. <i>Multikulturelle Gesellschaft</i> oder <i>Ausländer raus</i> ? Der sprachliche Umgang mit der Einwanderung seit 1945 <i>Martin Wengeler</i>	711
Literaturverzeichnis	751
Index	805

Einleitung

1. Erläuterung des Konzepts / 2. Ansätze zur Sprachgeschichte der Gegenwart. Zum Problem der chronologischen Zäsuren / 3. Themenkreise und sprachliche Problemindikatoren / 4. Vorarbeiten zu einer Sprachgeschichte als Problemgeschichte sowie als Geschichte öffentlicher Diskursthemen

1. Erläuterung des Konzepts

Deutsche Sprachgeschichten setzen gewöhnlich im Mittelalter an, beschreiben unter wechselnden Gesichtspunkten die Veränderungen in verschiedenen Teilbereichen der Sprache, sind um so breiter und differenzierter, je weiter der behandelte Zeitraum zurückliegt, und beschäftigen sich relativ knapp mit der deutschen Sprachgeschichte nach 1945. Eine besondere Schwierigkeit besteht für die Sprachgeschichtsschreibung darin, sehr verschiedenartige Sprachwandelerscheinungen in einen Zusammenhang mit der allgemeinen Geschichte zu bringen. Veränderung in Lautung und Flexion, Wandel in Wortbildung und Satzbau vollzieht sich zum Teil in sogenannten geschlossenen Systemen, die relativ indifferent sind bezüglich geschichtlicher Ereignisse.

In Abkehr von dieser mikrosystematischen Ebene versucht dies Buch, die Bedeutsamkeit des öffentlichen Sprachgebrauchs in der jüngeren deutschen Geschichte plausibel zu machen. Um dies zu erreichen, setzen wir den Gebrauch lexikalischer Mittel und kommunikativer Strategien in Beziehung zu anderen wichtigen Faktoren der Geschichte.

Im öffentlichen Sprachgebrauch kommen die Intentionen und Interpretationen gesellschaftlich wirksamer Kräfte zum Ausdruck, unabhängig davon, ob diese Kräfte bewußt den Sprachgebrauch zu beeinflussen versuchen. Wir haben uns allerdings auch bemüht zu zeigen, wie in der Öffentlichkeit häufig mit Absicht versucht wird, mit Hilfe des Wortgebrauchs und mit Hilfe bestimmter Argumentationen Handlungsorientierungen zu erzeugen. Hierbei haben uns zwei Gesichtspunkte geleitet:

In öffentlichen Diskussionen über politische Probleme kommen durch unterschiedlichen und sich wandelnden Sprachgebrauch die unterschiedlichen und sich wandelnden Einstellungen von gesellschaftlichen

Gruppen zum Ausdruck. Solche sprachlich-politischen Konflikte und Aushandlungsprozesse werden in unserem Konzept einer Sprachgeschichte der Gegenwart nachgezeichnet, eben um die gesellschaftliche – historisch stabilisierende oder verändernde – Wirkung des Sprachgebrauchs zu dokumentieren.

Wir haben große öffentliche Themen und Diskussionen – d.h. bedeutungsvolle Felder der deutschen Geschichte nach 1945 – mit dieser sprachorientierten Perspektive analysiert, um auch zu verdeutlichen, wie mit im Prinzip gleichbleibenden sprachlichen Strategien Verhaltensorientierungen und sogenannte Zustimmungsbereitschaft für (partiell)politische Zielsetzungen erzeugt werden sollen. So bringt die Rekonstruktion der Geschichte unter sprachwissenschaftlichem Aspekt allgemeine historische Skizzen mit sich, in denen der „historische Kontext“ in sach- oder problemgeschichtlicher Perspektive vorgestellt wird. Diese zeithistorischen Darstellungen sind nicht Selbstzweck, sondern sollen die konstitutiven Bedingungen des Sprachgebrauchs veranschaulichen.

Diese Geschichte des öffentlichen Sprachgebrauchs benutzt außer den traditionellen vor allem eine neue „Findungsmethode“, d.h. eine neue Methode der Auffindung und der Auswahl des zu analysierenden Sprachmaterials, der Belege. Diese Methode beruht auf der Beobachtung, daß in öffentlichen Diskussionen der Sprachgebrauch selbst oft explizit oder indirekt zum Thema wird. Bekannt war diese Erscheinung bereits aus der sogenannten Fremdwort-Diskussion, aus Debatten über Nazi-Sprache, über die sogenannten „Sprachrichtlinien“ der Bundesregierung und über Selbst- und Fremdbezeichnungen der BRD und der DDR während der deutschen Zweistaatlichkeit, ferner vielleicht aus öffentlichen Erörterungen über die „Sprache der Jugend“ oder auch über die feministische Sprachkritik. Es hat sich aber gezeigt, daß dieses Kriterium, das wir weiter unten noch intensiver diskutieren, auch dazu geeignet ist, die Bedeutsamkeit des Sprachgebrauchs in zunächst sprachferner erscheinenden öffentlichen Themensektoren zu indizieren, was beispielsweise unsere Kapitel über Wirtschaft, Europa, Rüstung, Bildung, Gleichberechtigung und Emanzipation, über Abtreibung, Umwelt-, Entwicklungs- und Einwanderungspolitik belegen.

Daß auch bei dieser Findungsmethode hier und da öffentlich bedeutungsvolle Probleme und Spracherscheinungen durch die Maschen gefallen sind, hängt sicher auch mit Mängeln zusammen, die bei der erstmaligen Anwendung dieser Art von Materialerhebung unvermeidlich sind. Unbearbeitet blieben auch Spracherscheinungen, die wegen fehlender Thematisierung nicht in unser Problemraster paßten (z.B. Sport- oder Mode-Vokabular) oder die nur zu kurzfristigen Thematisierungen führten

(wie zum Beispiel die polemischen Vokabeln der Diskussion um die Volkszählung in den achtziger Jahren). Aus unterschiedlichen Gründen sind auch ganze Bereiche wie „Die neue Rechte“ oder Mode und Sport noch unberücksichtigt geblieben. Ohne daß wir das Kriterium der Vollständigkeit der Sprachwandelerscheinungen über das der (öffentlich deklarierten) Bedeutsamkeit stellen wollen, werden wir dennoch bestrebt sein, in weiteren Bearbeitungen solche Lücken – samt denen, die uns Kritiker und Kritikerinnen nachweisen werden – zu schließen. Unsere offene Struktur von Themensektoren läßt hierfür Raum.

Für diesen ersten Versuch der Erfassung und Interpretation bedeutsamer öffentlicher Spracherscheinungen spielten folgende Kriterien eine wichtige Rolle:

- Ausgangspunkt für die Textauswahl sollten vor allem explizite Thematisierungen von Sprache in Texten sein, da öffentliches Sprechen und Streiten über den Sprachgebrauch im politisch-gesellschaftlichen Raum anschaulich den oft unterschätzten Einfluß der Sprache auf die Bildung und Behandlung politischer Probleme verdeutlicht.
- Als in gleicher Weise bedeutsam sollten konkurrierende Interpretationsvokabeln eines Problemverhalts (indirekte Thematisierungen) eruiert und als Ausdruck bestimmter „Sehweisen“ (Konzeptualisierungen) einer geschichtlichen Situation zusammen mit den entsprechenden Redestrategien interpretiert werden.
- Es sollten Strategien der Auf- und Abwertung bestimmter Bezeichnungen (durch spezifische Kontextualisierungen) herausgefunden und die mit ihnen vermittelten Verhaltensorientierungen bewußt gemacht werden.
- Es sollten „Neuwörter“ – d.h. zugleich Neubedeutungen – , die als Indizien der Aktualität eines Problems fungieren, als Ausdruck neuer Konzeptualisierungen bzw. Verhaltensorientierungen ausfindig gemacht und erläutert werden.

Diese methodischen Kriterien der Materialfindung und der Interpretation wurden allerdings so gehandhabt, daß Sprachgeschichte nicht auf Wortgeschichte oder auf eine Geschichte von Thematisierungen reduziert wird. Vielmehr sind alle Erscheinungen des auf diese Weise gezielt gesammelten Textmaterials in eine narrative Sprachgeschichtsdarstellung (in Sprachgeschichten) integriert worden. Wir haben versucht, diese sprachbezogene zeitgeschichtliche Darstellung, die aus den erläuterten Gründen notwendigerweise eine Beschreibung zeitgeschichtlich eingebetteter Sprachprozesse ist, möglichst allgemeinverständlich abzufassen.

Nach dieser kurzen Vorstellung unseres Konzepts wollen wir nun ausführlicher auf die bisherigen Ansätze einer Sprachgeschichte der Ge-

genwart eingehen. Wir wollen zeigen, wie bisher die Gegenwart sprachgeschichtlich aufgearbeitet worden ist, welche Probleme sich bei solchen Analyseversuchen ergeben und wie wir selbst schrittweise und mit Hilfe von Vorarbeiten unser spezifisches Konzept erarbeitet und realisiert haben.

2. Ansätze zur Sprachgeschichte der Gegenwart. Zum Problem der chronologischen Zäsuren

Noch existiert keine umfassende Sprachgeschichte der Gegenwart. Allerdings gibt es schon einige Ansätze dazu, die über Einzelfallstudien hinausgehen: einen zusammenfassenden Aufsatz etwa über „Tendenzen der deutschen Gegenwartssprache“ von Günther Drosdowski und Helmut Henne oder ein Buch mit ähnlichem Titel von Peter Braun, ebenso eine Publikation „Entwicklungstendenzen in der deutschen Gegenwartssprache“ aus der damaligen DDR (Autorengruppe unter Karl-Ernst Sommerfeldt) und die Studie „Gegenwartsdeutsch“ von Helmut Glück und Wolfgang Werner Sauer, die auch die Perspektive der Auslandsgermanistik berücksichtigt. Zu diesen Ansätzen zählen natürlich auch die (meist wenig ausführlichen) Kapitel über die deutsche Sprachentwicklung seit 1945 in umfassenden Sprachgeschichten des Deutschen. Hier ist vor allem die „Geschichte der deutschen Sprache“ von Peter von Polenz (9. Aufl. 1978) und der erste Band seiner „Deutschen Sprachgeschichte vom Spätmittelalter bis zur Gegenwart“ (1991) zu nennen.

Am weitesten über Ansatzhaftes, Programmatisches und Punktuellles kommt sicherlich Hugo Steger in der ersten und zweiten Fassung seines Aufsatzes „Sprache im Wandel“ hinaus, den er 1983 und 1989 als Beitrag zu einer umfassenden Geschichte der Bundesrepublik Deutschland schrieb.

Eine methodisch und empirisch interessante, wenngleich sehr kanpppe Überblicksskizze mit programmatischen Forderungen, die wir hier zum Teil eingelöst haben, legte Hans-Werner Eroms vor. Er bestimmt die „öffentlich-politische Sprache“ als „die funktionale Schicht der Sprache, die überregional als verbindlich akzeptiert ist zur Artikulation der politischen Interessen der Bürger einer ‚Kommunikationsgemeinschaft‘“ (Eroms 1989, S. 10). Eroms analysiert die „hochoffiziellen Verlautbarungen, Aufrufe, Programme und Regierungserklärungen“ (ebd., S. 17) auf ihre Argumentation und ihre zentralen parteilichen Schlüsselbegriffe hin.

Einig sind sich alle bisherigen Ansätze in der Fixierung des Beginns der „Gegenwart“: Der 8. Mai 1945 wird mit mehr oder weniger ausführlichen Hinweisen als wichtigste Anfangszäsur angenommen. Als sprach-

geschichtlich relevant wird meist das Ende der Nazi-Herrschaft und der Beginn eines demokratischen Pressewesens angeführt; die Vertreibung von 14 Millionen Deutschen wird als Grund für die gesteigerte Leitbildfunktion der Hoch- bzw. Standardsprache gegenüber den zum Teil untergehenden, zum Teil in der Bevölkerungsmischung kommunikationshemmenden Dialekten genannt; schließlich wird auf den Beginn des lexikalischen und sprachstrukturellen Einflusses des amerikanischen Englisch hingewiesen.¹

Die Ansetzung weiterer Zäsuren ist – soweit davon überhaupt in den bisherigen Entwürfen die Rede ist – von den inhaltlich dominanten Perspektiven abhängig. So plädiert zum Beispiel von Polenz (1983, S. 58) unter mediengeschichtlichem Gesichtspunkt aufgrund der allgemeinen Verbreitung des Fernsehens und des Telefonierens für eine Zäsur um 1960. Drosdowski/Henne (1980, S. 620) unterscheiden zwischen „sprachlicher Gegenwart“ (ab 1945) und „unmittelbarer Gegenwart“ (ab Mitte der siebziger Jahre).

Außer bei Steger sind sonst in Skizzen und Ansätzen zur Sprachgeschichte der Gegenwart keine Vorschläge zur chronologischen Phasenbildung gemacht worden. Vielmehr ist programmatisch von unterschiedlichen Analyseperspektiven die Rede. Dies reicht von Ansätzen, die eine Analyse von der Laut- bis zur Textebene vorschlagen und mit einschlägigen Beispielen belegen (Drosdowski/Henne 1980; von Polenz 1983, S. 44ff.), bis zur Zusammenstellung heterogener und nur ansatzweise erforschter Themenbereiche bei Glück und Sauer (Verwendung des Ausdrucks *deutsch*, gesprochenes und geschriebenes Deutsch, Sprache der Jugend, aktuelle grammatische Entwicklungen, DDR-spezifische Vokabeln, Migration und Hochsprache).

Sicherlich werden die Jahre 1989/90 als Zäsur, die „das Ende der Nachkriegszeit“ markiert, anerkannt werden. Ihre sprachlichen Folgen sind noch nicht absehbar.

Ansonsten gibt es, wiederum abgesehen von Steger, sprach- und begriffsgeschichtliche Zäsursetzungsvorschläge nur „von außen“: 1983 den

1 Zur inhaltlichen Interpretation der Zäsur s. Stötzel 1990, S. 50–54. Walther Dieckmann (1983) hat gefragt, inwiefern die Jahre 1933 und 1945 überhaupt als Zäsuren im Sinne der Sprachkritik und der Sprachgeschichte angesehen werden können und darauf hingewiesen, daß viele Teilbereiche der Sprache von diesen Zäsuren nicht betroffen waren. Der frühverstorbene Düsseldorfer Zeithistoriker Peter Hüttenberger hat dagegen gerade die Unterschiede im Sprachgebrauch vor und nach 1945 herausgearbeitet, und zwar im Hinblick auf Sektoren der Sprache, die er „nationalsozialistische Gesinnungs- und Bürokratiesprache“ bzw. ironisch „NS-Hochsprache“ nennt. Das nach 1945 benutzte pathetische „neoidealistische“ Vokabular wird nach Hüttenberger (1991) durch den „kulturellen Umbruch“ der 60er Jahre – d.h. nach einer zweiten Zäsur – obsolet.

Vorschlag des konservativen Publizisten Ludolf Herrmann², das Jahr 1968 als wichtigste Wendemarke anzuerkennen, weil „die Studentenrebellion von 1968“ zu unbewältigten „fundamentalen Umwertungen der Folgezeit“ geführt habe; ähnlich argumentiert Kurt Biedenkopf (1982, S. 190f.), der das „Besetzen von Begriffen“ durch linke Ideologen und durch die SPD ab 1966 bzw. 1969 als „Umwertung zentraler Begriffe“, als „Revolution der Gesellschaft durch die Sprache“ begreift; Schelsky (1979, S. 18) spricht pauschal von der „Umwertung aller Worte“.

Den bisher umfassendsten Versuch einer zeitgeschichtlichen Bestimmung von Zäsuren der deutschen Nachkriegsgeschichte auf verschiedenen Problemfeldern (Außen-, Wirtschafts-, Sozial-, Bildungspolitik, Kulturgeschichte, Kirche, Religion, Rechtsdenken, Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus usw.) hat 1989 das Institut für Zeitgeschichte unternommen. Der Bezug auf Sprach- und Begriffsgeschichte ist in diesen Analysen aber sekundär; insofern können sie zum Teil als eine Art sach- bzw. realgeschichtliches Komplement zu unserer problemorientierten Sprachgeschichte gelesen werden.³

Eine gängige Phasenbestimmung aus politikwissenschaftlicher Sicht, die im Hinblick auf die sprachgeschichtliche Phasierung bei Steger interessant erscheint, nimmt Bergsdorf in seiner Monographie „Herrschaft und Sprache“ vor, wobei er speziell die Entwicklung der Terminologie der Parteien im Auge hat. Bergsdorf sieht in den Gründungsaufufen der Parteien von 1945 Gemeinsamkeiten einer „antifaschistischen Terminologie“ mit den Schlüsselwörtern *Demokratie* und *Antifaschismus* – vor der dann einsetzenden terminologischen Auffächerung im Ost-West-Konflikt; als Phase der „Terminologie der Integration“ bestimmt er die Adenauer-Ära bis 1963, die in einen „verbreiteten Konsens“ münde (Bergsdorf 1983, S. 278); ihr folge eine „Terminologie der Entspannung“ in der Zeit von 1963 (Erhard) bis 1969 (Beginn der links-liberalen Koalition); die Zeit der Brandt-Regierung charakterisiert Bergsdorf als Phase einer „Terminologie der Bewegung“, und die Schmidt-Phase sieht er gekennzeichnet durch eine „Terminologie der Ernüchterung“.⁴

In seinem Versuch, die Sprachgeschichte der Bundesrepublik (und der Westzonen) in enger Beziehung zur Zeitgeschichte darzustellen, unterscheidet Hugo Steger (1983 und 1989) fünf Phasen, für die er insbesondere den politisch-institutionellen Wortschatz, Gruppensprachen, Fach- und Techniksprachen, die Literatursprache und die Sprache im religiösen Bereich untersucht. Mit Hinweis auf das Ende der Nazizeit und den Un-

2 Vgl. Herrmann 1983, S. 17.

3 Vgl. Broszat 1990.

4 Vgl. Wengeler 1992, S. 46ff.

tergang ihrer Institutionen- und Ideologiesprache in Rundfunk, Presse, Gesetzes- und Formularwesen setzt Steger 1945 als Epochenjahr, das die Sprachlenkung der Nazis auch von der neuen öffentlichen Meinungsvielfalt, dem „Sprachmarkt“, trennte und das zugleich den Beginn des Einflusses des amerikanischen Englisch und der Zurückdrängung der Dialekte zugunsten der Hochsprache markierte.

Nach dieser von ca. 1945 bis 1948 reichenden Phase setzt Steger von 1947/50 bis 1960/65 eine stärker konturierte Epoche unter dem Titel „Wirtschaftswunder und Sprachausgleich“ an. Den „Paradigmenwandel“ (1947/50) sieht er durch die Sprache der demokratischen Erneuerung (politische Werbung, neue Medienformen), die frühen fünfziger Jahre von der Ost-West-Spannung und der Remilitarisierungsdebatte geprägt. Das Ende dieser Phase (nach vorherigem größeren Konsens) ist für ihn durch eine „durchgreifende Unruhe“ und Kritik an der „Wohlstandsgesellschaft“ und Abweichung von etablierten Sprachnormen in der Literatursprache gekennzeichnet.

Eine weitere große Phase der Sprachgeschichte der Nachkriegszeit fixiert Steger zwischen 1960/65 und 1972/74 unter dem Titel „Vom Pluralismus zur Sprache der Entzweiung“. Diese Phase kennzeichnet die Ablösung einer pragmatisch („theorieabhold“) orientierten Politik durch – besonders von Sozialwissenschaften, Psychoanalyse und Strukturwissenschaften beeinflusste – rationalistische Grundströmungen, die zu Kritik- und Konfliktbewegungen führten. Sozial sei diese Epoche durch die Aufgabe der Integration von Gastarbeitern geprägt, sprachlich durch den steigenden Einfluß der Massenmedien und durch das Hervortreten von Gruppensprachen.

Die Zeit nach 1972/75 bis 1980/81 charakterisiert Steger als Phase der „Sozialromantik im Jahrzehnt der Realpolitik“, womit er die Umweltbewegung (mit der Neubedeutung von *grün*) und andere Bewegungen mit zum Teil „antirationalistischen Zügen“ meint (Steger spricht zum Beispiel in der ersten Fassung seines Aufsatzes vom „irrationalistischen, pazifistischen Gesamtklima“ dieser Zeit; ebd. S. 37). Die Schubkraft dieser Bewegungen sieht er begleitet durch einen Umschwung des Klimas (man spricht jetzt von *Reformeuphorie*), der die – auch durch die Energiekrisen notwendig gewordene – „Politik des Machbaren“ der Regierung Schmidt/Genscher einleitet.

In der zweiten Fassung seines Aufsatzes aus dem Jahre 1989 – also noch vor der „deutschen Revolution“ – fragt Steger, ob der Beginn der achtziger Jahre ebenfalls einen „(kleineren) Einschnitt im sprachlichen Geschehen der Bundesrepublik Deutschland“ darstelle. Diese Phase (1982–1988) kennzeichnet nach Steger eine „wieder größere Sprachsen-

sibilität für den differenzierten, kulturell anspruchsvollen Sprachgebrauch (*Sprachkultur*), der Vernunft- und Gefühlssphäre zum Ausgleich bringen will“ (1989, S. 22). Zum anderen ist diese Phase für ihn durch Gruppensprachen als akzeptierte Gegenbilder zur Standardsprache charakterisiert: durch die Gruppensprache der Jugend, die Sprache der alternativ Orientierten, die „Frauengruppensprache“. Ebenso verweist er auf die innenpolitischen Kontroversen dieser Zeit und den für sie typischen Sprachgebrauch, auf die sogenannte Wenderhetorik und die Schlüsselbegriffe der „geistigen Wende“ nach dem Regierungswechsel 1982, auf das wirtschaftspolitische Vokabular der „Sparpolitik“ und des „Sozialabbaus“, auf den Diskriminierungswortschatz bezüglich der sogenannten *Ausländer- und Asylantenflut*, auf den Wortschatz der *Nachrüstungsdebatte* usw.

Steger hat damit als erster – und bisher einziger – Sprachwissenschaftler ein Gesamtkonzept einer zeitgeschichtlich orientierten Sprachgeschichte von der Nachkriegszeit bis zur Gegenwart vorgelegt. Er sieht deutlich die Probleme der pauschalen zeitlichen Epochenbildung und die der Aufteilung der Kommunikationsgeschichte in mehrere „Stränge“, „Bereiche“ oder „Sprachvarietäten“. In seinen Periodisierungsvorschlägen geht er „vom Durchschlagen gesellschaftlicher und bewußtseinsmäßiger Bedingungen und Wandlungen auf den Sprachgebrauch in der alltäglichen Lebenspraxis, in den Institutionen, in der Literatur und Wissenschaft aus“ (1989, S. 29). Er ist sich darüber im klaren, daß es „kommunikationsgeschichtliche Gangunterschiede und Retardierungen in den unterschiedlichen Bereichen“ gibt, daß sich die Grenzen dieser Bereiche gegenseitig überschneiden und somit relativ breite „Epochengrenzsäume“ angesetzt werden müssen.

Bezüglich der „Bereiche“ innerhalb der Epochen veranschaulicht Steger seine Darstellung durch Belege, die die Rolle der Sprache im Verlauf der Zeitgeschichte verdeutlichen: Das reicht vom Entnazifizierungs- und Schwarzmarktvokabular der Nachkriegszeit, vom Neubeginn der Literatursprache und der Sprachdiskussion in der „Gruppe 47“, von der „Wiederbewaffnungsdebatte“ über die Kritik an der „Wohlstandsgesellschaft“, über den frühen Einfluß amerikanischer Wirtschaftsvorbilder (*Marketing, Management*), über Hinweise auf das Vokabular der Hallstein-Doktrin, auf die Sprache der Studentenbewegung, auf das Vokabular der Bildungs(notstands)-Diskussion, der Umweltbewegung, der „Feminismuswelle“, der Friedensbewegung bis hin zu dem Vokabular, das den Wertorientierungswandel bezüglich Ehe und Familie erkennen läßt (*nichteheliche Gemeinschaft, eheähnliche Gemeinschaft, Ehe ohne Trauschein, freie Lebensgemeinschaft, Ehe auf Probe* usw.).

Damit hat Steger das Konzept einer Sprachgeschichte der Gegenwart vorgelegt, innerhalb dessen er im Längsschnitt folgende „Stränge gleichzeitig zu verfolgen“ versucht:

„[...] die Veränderungen des öffentlichen ‚politischen‘ und fachlichen Vokabulars in Institutionen und institutionalisierten Kommunikationsmedien, z.B. in der Besatzungszeit, in den Jahren des wirtschaftlichen Wiederaufbaus, in den Jahren des Ausbaus des Sozialstaates und der studentischen Revolte, und in der Zeit erlahmender Reformen und stagnierender Wirtschaft in den erneuten Reformansätzen der 80er Jahre [...]“ (1989, S. 27f.)

Ogbleich Stegers erster Überblick eine wissenschaftliche Pionierleistung darstellt, erscheint es fraglich, ob seine Periodisierung als Grundlage für eine umfänglichere Sprachgeschichte geeignet wäre, die sich lediglich darauf beschränkte, die Stegersche Skizze empirisch aufzufüllen und umfänglicher zu machen. Steger selbst spricht davon, daß er für die einzelnen Epochen relativ breite Grenzsäume habe ansetzen müssen, weil die Kriterien der Epochenbildung relativ vage und heterogen blieben, eben weil sich unterschiedliche Inhaltsbereiche überschneiden. Wir haben für unser Buch einen eigenen Weg gewählt, der eine zu allgemeine und zu äußerliche Zäsursetzung vermeidet, die Materialauswahl methodisch legitimiert und letztendlich zu einer Sprachgeschichte der Gegenwart als Themengeschichte (oder Problemgeschichte) geführt hat. Im Rahmen dieses Konzepts, in dem die sprachrelevanten Aspekte der Zeitgeschichte weitgehend zu Themenkreisen zusammengefaßt worden sind, können die Rolle der Sprache und insbesondere die Wahl der lexikalischen Mittel bei den Versuchen der öffentlichen Problembildung und -bewältigung deutlicher analysiert werden.

3. Themenkreise und sprachliche Problemindikatoren

Das hier realisierte Konzept einer Sprachgeschichte der Gegenwart ist in vieler Hinsicht durch die bisherigen Ansätze, insbesondere diejenigen Stegers und von Polenz' angeregt worden, unterscheidet sich aber insofern grundlegend von ihnen, als es nicht ausschließlich auf der Zusammenschau bisheriger, methodisch divergenter Forschungsansätze oder mosaikhafter Materialanalysen zur Sprachgeschichte der Gegenwart beruht, sondern weitgehend auf eigener, methodisch geleiteter Quellauswahl und Quellenanalyse.

Um überhaupt einen Maßstab für die Materialauswahl zu finden, gingen wir von folgenden Überlegungen aus: Wir wollten in unserer Sprachgeschichte Sprache in einer ihrer wesentlichen Funktionen aufzeigen: in der auf der Arbitrarität sprachlicher Zeichen beruhenden realitäts-

konstitutiven und handlungsorientierenden Funktion. Wir haben uns also – systematisch betrachtet – auf die semantisch-pragmatische Ebene beschränkt und keine umfassende Sprachgeschichtsschreibung angestrebt. Wir wollten nicht die fachwissenschaftlichen Kategorien aller möglichen Analyseebenen – von der phonetisch-phonologischen bis zur Textebene – an inhaltlich austauschbares sprachliches Material herantragen. Wir haben sowohl den Textbereich wie auch die Auswahl des Sprachmaterials methodisch begrenzt, um zur Erkenntnis gesellschaftlich wichtiger Erscheinungen und Themenbereiche zu kommen. Wir wollten zeigen, wie Sprachgebrauch in das Handeln gesellschaftlicher Gruppen eingebettet ist, d.h. wir wollten zu konkreten Interpretationen der Rolle der Sprache im sozialen Handeln kommen.

Als ersten heuristischen Ausgangspunkt zur Erfassung und Veranschaulichung der oben genannten Sprachfunktionen wählten wir Presstexte, weil sie unserer Meinung nach die konstitutive Rolle der Sprache für Zustände und Veränderungen des öffentlichen Bewußtseins am besten erkennen lassen.

Da Presstexte der großen Zeitungen auf den überregionalen Nachrichtenseiten zu ca. 85 % aus Agenturmeldungen bestehen, die nur relativ wenig verändert in die Zeitungstexte eingehen, erschien uns für den ersten Schritt der Materialgewinnung ausreichend, die Nachrichtentexte einer großen Tageszeitung zu berücksichtigen. Wir wählten die traditionell CDU-nahe RHEINISCHE POST, eine in Düsseldorf erscheinende große Regionalzeitung mit einer Auflage von über 400 000 Exemplaren.

Bei der Textauswahl stützten wir uns vor allem auf Aspekte des allgemeinen Sprachgebrauchs, insbesondere auf das Kriterium der öffentlichen Thematisierung von Sprache, d.h. von unterschiedlichem Sprachgebrauch. Das Kriterium der expliziten Thematisierung verdeutlicht, daß in bestimmten Handlungszusammenhängen der Sprachgebrauch oder das Sprachverhalten so wichtig ist, daß es zum Gegenstand öffentlicher Diskussion wird. Auf dieses Relevanzkriterium hatten uns große öffentliche Diskussionen wie die über die Rolle der Sprache bei der Entstehung der Nazi-Herrschaft und ihr Beitrag zur Vorbereitung der Nazi-Verbrechen hingelenkt, ferner die öffentliche Diskussion und die regierungsseitigen Sprachregelungen (Richtlinien) im Rahmen des Ost-West-Konfliktes und speziell im Rahmen des Verhältnisses der beiden deutschen Staaten; schließlich sind hier auch die öffentlichen Sprachdiskussionen über das generelle bzw. politisch-strategische „Besetzen von Begriffen“ und über die sprachliche Diskriminierung von Frauen zu nennen.

In der fachwissenschaftlichen Diskussion hatte Harald Weinrich in seinem Aufsatz „Von der Alltäglichkeit der Metasprache“ die Tradition des

Konzepts von Sprache als selbstreflexives Medium in die aktuelle Diskussion über die Gegenstandsbestimmung einer kommunikativ orientierten Sprachwissenschaft eingebracht und darauf hingewiesen, daß Thematisierung von Sprache – auch in der Alltagskommunikation – ein Indikator für Kommunikationsprobleme sei. Eine Linguistik, die sich derart an von den Sprechern selbst deklarierten kommunikativen Problemen orientiere, entgehe dem (sowohl gegen den Positivismus wie gegen den dezisionistischen Konventionalismus möglichen) Vorwurf, daß sie sich ihre „Probleme selber mache“, indem sie sich nur an den traditionellen, rein fachwissenschaftlich anerkannten Fragestellungen orientiere.

Wie wirkten sich diese Vorüberlegungen konkret aus?

In einem ersten Schritt wurden zunächst die einzelnen Jahrgänge der RHEINISCHEN POST seit ihrem ersten Erscheinen am 2.3.1946 bis zu den deutschen Staatsgründungen im Jahr 1949 systematisch auf explizite Thematisierungen untersucht. Diese erste Recherche ergab, daß auf dem wiedererstandenen „Sprachmarkt“ explizite Thematisierungen aus wichtigen Themen- und Problembereichen vorlagen. Dazu gehörten die Bereiche Entnazifizierung (auch der Sprache), (Kollektiv-)Schulddiskussion, Jugendfragen (*HJ, verlorene Generation*), Fragen der Wirtschaftsordnung (*freie/soziale Marktwirtschaft, Sozialismus, Sozialisierung, Sozialpartner*) und der Wirtschaftsentwicklung (*Demontage, Reparationen, Exporte, Wirtschaftsaufschwung*), Fragen der Flüchtlings-Integration, Grenzfragen (im Westen und im Osten) und Probleme des Verhältnisses zu den Nachbarn in Europa (*deutsche Gefahr, Viertes Reich* usw.).

Explizite Thematisierungen offenbarten die Interpretation des eigenen und des fremden Sprachgebrauchs und stellen somit intrakommunikative Auslegungen des aktuellen Sprachgebrauchs und auch der Sprachgebrauchs-Geschichte dar; z.B. interpretiert die remotivierende Auslegung von *Gastarbeiter* – „Gäste“ mußten nach gewisser Zeit wieder nach Hause gehen – die Sprachgebrauchs-Geschichte zum Zweck parteipolitischer, in diesem Fall ausländerfeindlicher Zielsetzungen.

Zugleich zeigte sich, daß auch die sog. implizite Thematisierung, d.h. der heterogene Sprachgebrauch selbst als Problemindikator anzusehen war: Heterogener Sprachgebrauch als Bezeichnungskonkurrenz (*Oder-Neiße-Linie* vs. *Oder-Neiße-Grenze* bzw. *Friedensgrenze*) oder als Polysemie (*Sozialismus* im Sinne des christlichen oder des marxistischen Sozialismus) verweist ebenso wie die explizite Thematisierung auf die (bewußte oder nichtbewußte) Tendenz sozialer Gruppen, mit Hilfe von zunächst gruppenspezifischem Sprachgebrauch ihre Interpretation von Problemverhalten oder ihr Verständnis von bestimmten Ausdrücken als allgemein akzeptierte Norm durchzusetzen.

Schließlich haben wir zwei weitere Erscheinungen als Wandel- und Problemindikatoren berücksichtigt. Ihre Beachtung entspricht den durch von Polenz formulierten „Erkenntnisinteressen der Sprachgeschichtsschreibung“ (1991, S. 17ff.) und dem „modernen politischen Geschichtsbegriff“ (ebd., S. 19), der für die zukünftige Entwicklung bedeutsame und für die Handelnden und Betroffenen wichtige Erscheinungen umfaßt: Es handelt sich einmal um die auffällige Häufigkeit von sog. Gelegenheitskomposita mit gleichem Grund- oder Bestimmungswort (zum Beispiel *Bildungsfrage*, *Bildungsgefälle*, *Bildungskatastrophe*, *Bildungschancen*, *Bildungsreform* usw.). Solche Gelegenheitskomposita zeigen an, wie intensiv das aktuelle Wissen über den in Rede stehenden Problembereich ist, da ja die Bedeutung des jeweiligen Kompositums übersummativ gebildet und nicht durch die Bedeutung der Komponenten determiniert wird und daher auch nicht allein durch deren separate semantische Analyse darstellbar ist: So bedeutet zum Beispiel *Bildungskatastrophe* 1964, daß es zu wenig Lehrer höherer Schulen (und zu wenig Bildungschancen für Schüler besonders unterer sozialer Schichten) gibt, während 1982 unter *Bildungskatastrophe* der Überschuß, die Arbeitslosigkeit der Lehrer, eine sog. *Lehrerschwemme* verstanden wird.

Darüber hinaus zeigt die Häufigkeit von bestimmten Grund- oder Bestimmungswörtern an, welcher Problembereich zu bestimmten Zeiten so aktuell ist, daß eine Menge darauf bezogenen allgemeinen Wissens vorausgesetzt werden kann: Viele *Bildungs*-Komposita zu einer bestimmten Zeit zeigen z. B. die Hochphase einer Bildungs-Diskussion an.

Die vierte und letzte sprachliche Erscheinung, die Indikatorfunktion für geschichtliche Bedeutsamkeit hat und die auch traditionellerweise stets als Beleg für geschichtlichen Wandel gesehen wurde, sind die Neologismen: Zum Teil handelt es sich hierbei um in spezifischem Sinn lexikalisierte Komposita (zum Beispiel *Wirtschaftswunder*, *Entspannungseuphorie*, *Restrisiko*), um Neubedeutungen (zum Beispiel *Umwelt* oder *grün*, *Grüne*) oder um Neuwörter im vollen Sinne (*Aids* usw.). Die letztgenannten Erscheinungen sind in Zeitungstexten nicht ohne weiteres erkennbar. Oft aber werden Neuwörter, neue Gebrauchsweisen in den Zeitungstexten zunächst durch Anführungsstriche gekennzeichnet oder durch Hinzufügung von Bedeutungsangaben oder durch Erläuterungen bzw. Hinweise markiert.

Die textanalytische Anwendung dieser Kriterien hatte bereits in den späten siebziger und den achtziger Jahren in mehreren Studien die Bedeutsamkeit von expliziten Thematisierungen und heterogener Sprachverwendung bezüglich der Konstitution von Wirklichkeit durch öffentlichen Sprachgebrauch demonstriert (vgl. Stötzel 1980, 1986, 1990). Die-

se Studien betrafen meist einzelne sog. semantische Kämpfe (zum Beispiel *Zensur*, *Berufsverbot*, *KZ-Ei*, *Aggression/Befreiung*, *Aufschwung*, *Miezen*, *Wiedergutmachung*, *Deutsche*). In diesen Analysen wurden die einzelnen sprachlichen Daten als Belege für die realitätskonstitutive Kraft der Sprache und die – aufgrund der Arbitrarität der Zeichen möglichen und notwendigen – Auseinandersetzungen über soziale Normen des Sprachgebrauchs verwendet.

Daß sich sprachliche Thematisierungen und Auseinandersetzungen jeweils bestimmten historischen Themen- oder Problemkreisen zuordnen lassen und daß sich spezifisches öffentliches (zum Teil fachsprachlich vorgeprägtes) Vokabular erst in abgrenzbaren Themenkreisen ausformt, hatte sich anhand der Geschichte des sprachlichen Umgangs mit dem Problem der deutschen Zweistaatlichkeit seit 1949 gezeigt; eben deshalb war dieser „deutsch-deutsche“ Problemkreis auch schon in früheren Ansätzen verschiedentlich als ein eigenes „Kapitel“ der deutschen Sprachgeschichte behandelt worden.

Daneben ist bewußt geworden, daß einzelne soziale Gruppen ihre eigenen „Sprachen“ – d.h. hier: gruppenspezifische Seh- und Ausdrucksweisen – entwickelt haben. So sprach man von der Sprache der Jugend und stellte jugendsprachliches Vokabular zusammen; man sprach von der Sprache der Linken (und auch der Sprache der Rechten) und versuchte, deren Strategie des „Begriffe-Besetzens“⁵ und der Sprachveränderung nachzuweisen; man sprach von der Sprache der Umwelt-, der Friedensbewegung, von der Sprache (und der Sprachkritik) der Feministinnen usw.⁶ Diesem Bewußtsein sollen die Themensektoren unserer Sprachgeschichte entsprechen.

5 So wie in öffentlichen Diskussionen häufig die von Kurt Biedenkopf geprägte Wendung vom *Begriffe besetzen* gebraucht wird, ist oft auch von der „Bedeutung eines Begriffs“ die Rede. Die Sprachwissenschaft spricht präziser von der Bedeutung von Ausdrücken. Angesichts der vorherrschenden umgangssprachlichen Konventionen haben wir gerade in Passagen, in denen die öffentlichen Stellungnahmen zu einem „Begriff“ kommentiert oder interpretiert werden, auf eine präzisere Ausdrucksweise verzichtet. Zum zeichentheoretischen Status des Redens vom *Begriffe besetzen* vgl. Klein 1991.

6 Fast alle diese Aspekte gruppenspezifischen Sprachgebrauchs sind auch in Stegers erstem Versuch einer Skizze der deutschen Sprachgeschichte der Gegenwart berücksichtigt: Sie kommen bei ihm aber nur sporadisch und vereinzelt innerhalb seiner pauschal nach einem relativ vagen Hauptkriterium (wie „Sprachausgleich“) bestimmten Phasen vor. Außerdem führt Steger phasenspezifisches Vokabular an, das zwar zur Veranschaulichung des geschichtlichen Zeitraums dienen kann (wie *Nylonstrümpfe*, *Zigarettenwährung*), das aber nicht explizit einem Problemkreis zugeordnet ist. Mit diesen Bemerkungen soll der Ansatz Stegers, der auf Vergegenwärtigung des historischen Sprachwandels auch vermittlels der Anführung von Neologismen zielt, keineswegs generell kritisiert, sondern nur von dem hier erörterten methodischen Ansatz einer problemgeschichtlich orientierten Sprachgeschichte abgegrenzt werden.

4. Vorarbeiten zu einer Sprachgeschichte als Problemgeschichte sowie als Geschichte öffentlicher Diskursthemen

Was den methodischen Aufbau einer Sprachgeschichte der Gegenwart angeht, so haben sich das Problem der chronologischen Gliederung nach bestimmten Phasen und das Problem der inhaltlichen Gliederung der Gesamtgeschichte nach dominanten Themen als eng verbunden erwiesen. Für die Darstellung der Geschichte des öffentlichen Sprachgebrauchs erscheint uns die Gliederung nach Themenkreisen oder Problemsektoren auch deshalb als eine sinnvolle Lösung, weil dadurch eine pauschale Zäsur, die – nach einer immer strittigen Gewichtung – ein Kriterium oder einen Inhaltsbereich als absolut dominant setzt, überflüssig wird.

Erste Versuche, bestimmte Problemsektoren als Kapitel der Sprachgeschichte der Gegenwart darzustellen, haben wir in vorläufiger Form in den beiden Heften „Sprachgeschichte nach 1945“ der Zeitschrift SPRACHE UND LITERATUR IN WISSENSCHAFT UND UNTERRICHT (SuL) zur Vierzig-Jahr-Feier der BRD 1989 zusammen mit der Überblicksskizze von Steger vorgelegt. Dort wurde die Entwicklung der sog. Jugendsprache seit der frühen Nachkriegszeit dargestellt, ebenso der öffentliche Sprachgebrauch der Umweltdebatte in der BRD; die Begriffsgeschichte der ersten Phase der deutschen Spaltung wurde u.a. auf der Basis der Parteiprogramme rekonstruiert. Darüber hinaus wurde die sog. Wiederbewaffnungsdebatte als ein zentraler Sektor der Frühphase der Geschichte der BRD aufgearbeitet. Die für die sprachgeschichtliche Zäsursetzung wichtige Hypothese vom „Eindringen von 68er-Vokabular in die Gemein- und Bildungssprache“ wurde auf ihre Haltbarkeit hin untersucht; in drei pragmatisch orientierten Analysen wurden die Verwendungen von *Sozialismus*, *konservativ* und *Sympathisant* innerhalb ihrer jeweiligen Diskussionskontexte und mit genauer Zuschreibung zu den jeweiligen parteilichen Verwendern analysiert. Als eigenes Kapitel der deutschen Sprachgeschichte wurde die Geschichte (und die Diskussion) der Weiterverwendung von Nazi-Vokabular und die Geschichte der Nazi-Vergleiche von 1945 bis 1989 konzipiert.

In ähnlicher Weise haben die Verfasserinnen und Verfasser der vorliegenden Sprachgeschichte erkennbare und durch das öffentliche Bewußtsein quasi „vorgegebene“ Problemsektoren untersucht, d.h. länger andauernde öffentliche Debatten, die schon im allgemeinen Sprachgebrauch „Bildungsdiskussion“, „Rüstungsdiskussion“, „Umweltdiskussion“, „Atomdiskussion“ und „Abtreibungsdiskussion“ genannt wurden. Karin Böke, Silke Hahn, Matthias Jung und Martin Wengeler haben in ihren Magisterarbeiten und Dissertationen die jeweiligen Konfliktdiskurse in

ihren Vorlaufphasen, auf den Höhepunkten und in ihrem Abklingen sowie den Neuauflagen detailliert analysiert.

Diese Arbeiten verdeutlichten beispielsweise, daß die Polysemie sog. ideologischer Ausdrücke (Begriffe) durch statische (bzw. synchronische) Gegenüberstellungen oder auch durch merkmalsanalytische Charakterisierungen sprachgeschichtlich nur sehr unzureichend erfaßt wird und daher eine Skizzierung des Argumentationsablaufs für die Erfassung der Geschichte politischen Handelns unabdingbar ist. Diese ersten Längsschnittstudien für die von uns geplante Sprachgeschichte der Gegenwart hatten wesentliche Ausweitungen des Quellenmaterials als notwendig erwiesen, ebenso die Kenntnis der (allgemeinen) Zeitgeschichte und ihre Einbringung in die Sprachgeschichte. Insgesamt hatte sich gezeigt, daß eine sektorale Aufteilung der Sprachgeschichte die Bedeutung wichtiger Vokabeln durch Bedeutsamkeitserzählung wesentlich besser vergegenwärtigen kann, als dies isolierte Einzelworterläuterungen vermögen, zumal sich das Vokabular in diesen Sektoren oder Feldern zum Teil erst gegenseitig semantisch konstituiert (zum Beispiel in Gegensatzpaaren wie *Chancengleichheit* und *Chancengerechtigkeit*) und nur zeitweise bestimmte – auch gruppenspezifische – Konnotationen trägt (wie z.B. im Falle von *Pazifismus* oder *Neutralität*); auch gibt es den Fall, daß in einem bestimmten Sektor mit einem Ausdruck eine spezifische Bedeutung verbunden ist: z.B. *Modernisierung* innerhalb der Rüstungsdiskussion.

Für die Überlegungen zu Gegenstand und Gliederung der von uns geplanten Sprachgeschichte als Geschichte des öffentlichen Wortschatzes waren diese exemplarischen Vorstudien in vieler Hinsicht wichtig. Um jedoch nicht auf schon öffentlich bekannte „Diskussionen“ beschränkt zu bleiben und um nicht bislang unentdeckte Problemsektoren zu überspringen, haben wir nach dem Kriterium der Thematisierung systematisch Quellenstudien durchgeführt, die über den in der ersten Recherche behandelten Zeitraum von 1945 bis 1949 hinausgingen und die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland annalistisch abdecken.

Zusammen mit Studentinnen und Studenten wurde die RHEINISCHE POST ohne thematische Gliederungsvorgaben auf Berichte über explizite Thematisierungen untersucht, d.h. auf Sprachthematisierungen durch die Journalistinnen und Journalisten der RHEINISCHEN POST selbst, ebenso auf in den Berichten erkennbare sprachliche Heterogenität (d.h. unterschiedliche „Ausdrucksweisen“) von Parteien oder anderen sozialen Gruppen. Die Recherche nach auffälligen Gelegenheitskomposita und Neologismen erfolgte auf weniger strenge Weise. Auf der Grundlage der genannten Vorarbeiten konnten wir dann Überlegungen zur konkreten

Struktur einer Sprachgeschichte der Gegenwart anstellen und mit dem Verfassen von Kapitelentwürfen beginnen, wobei nun Texte weiterer Presseorgane, auch Bundestagsreden⁷ und zeitgeschichtliche Analysen einbezogen wurden. Die Verzahnung von chronologischer und inhaltlicher Gliederung wurde in der Weise versucht, daß die Anordnung der (Problemereichs-)Kapitel der zeitlichen Folge des Einsetzens bzw. der Höhepunkte der einzelnen öffentlichen Diskussionen folgt (also zum Beispiel die Wirtschafts- und Rüstungsdiskussion vor der Bildungs- und der Umweltdiskussion). In der Kapitelanordnung haben wir zwar versucht, die Zäsur um 1968 zu verdeutlichen; pauschale oder „äußerliche“ Phasenbildungen und Zäsuren erscheinen jedoch in unserer nach öffentlichen Diskursthemen differenzierenden Sprachgeschichte überflüssig.

Das hier realisierte Konzept einer Sprachgeschichte der Gegenwart als Themen- oder Problemgeschichte kann einerseits viele der bisher zum Teil isolierten Forschungsansätze integrieren. Andererseits ist dieses Konzept so offen, daß neue – d.h. bisher nicht berücksichtigte – Problem- oder Themenkreise hinzugefügt werden können. Wir hoffen, daß unser Neuansatz der Sprachgeschichtsschreibung Impulse gibt und auch kritische Kommentare und Anregungen provoziert, die zukünftigen Darstellungen zugute kommen werden.

(Georg Stötzel)

Beleg- und Stichwörter

- *Aggression*
- *Aids*
- *Antifaschismus*
- *Asylantenflut*
- *Aufschwung*
- *Ausländerflut*
- *Befreiung*
- *Begriffe besetzen*
- *Berufsverbot*
- *Bildungschancen*
- *Bildungsfrage*
- *Bildungsgefälle*
- *Bildungskatastrophe*
- *Bildungsreform*
- *Chancengerechtigkeit*
- *Chancengleichheit*
- *Demokratie*
- *Demontage*
- *deutsch*
- *Deutsche*
- *deutsche Gefahr*
- *Ehe auf Probe*
- *Ehe ohne Trauschein*
- *eheähnliche Gemeinschaft*
- *Entspannungseuphorie*
- *Exporte*
- *freie Lebensgemeinschaft*
- *freie/soziale Marktwirtschaft*

7 Sie sind zitiert als BT mit Angabe von Datum und Seite der Stenographischen Berichte des Deutschen Bundestages, z. T. mit vorangestellter Sitzungs-Nummer.

- *Friedensgrenze*
- *Gastarbeiter*
- *grün*
- *Grüne*
- *HJ*
- *konservativ*
- *KZ-Ei*
- *Lehrerschwemme*
- *Management*
- *Marketing*
- *Miezen*
- *Modernisierung*
- *Nachrüstungsdebatte*
- *Neutralität*
- *nichteheliche Gemeinschaft*
- *Nylonstrümpfe*
- *Oder-Neiße-Grenze*
- *Oder-Neiße-Linie*
- *Pazifismus*
- *Reformeuphorie*
- *Reparationen*
- *Restrisiko*
- *Sozialisierung*
- *Sozialismus*
- *Sozialpartner*
- *Sympathisant*
- *Umwelt*
- *verlorene Generation*
- *Viertes Reich*
- *Wiedergutmachung*
- *Wirtschaftsaufschwung*
- *Wirtschaftswunder*
- *Zensur*
- *Zigarettenwährung*

Die frühe Nachkriegszeit

1. Das Jahr 1945 als Zäsur / 2. Sprachliche Problemfelder der frühen Nachkriegszeit

1. Das Jahr 1945 als Zäsur

Eine Sprachgeschichte, die 1945 beginnt, setzt das Ende der national-sozialistischen Gewaltherrschaft als sowohl politisch wie auch sprach-historisch bedeutsame Zäsur. Trotz aller Kontinuität der national-sozia-listisch geprägten Welt- und Wertorientierung im alltäglichen Sprachge-brauch ist der *demokratische Neuanfang* in den Westzonen ein tief-gehender Einschnitt in der öffentlichen, durch Sprache vermittelten Be-wußtseinsbildung.

Die frühe Nachkriegszeit ist unter anderem gekennzeichnet durch öf-fentliche Diskussionen, die unter der problematischen historischen Vo-kabel *Vergangenheitsbewältigung* zusammengefaßt worden sind, und durch den politischen Streit über die Zukunft des ehemaligen Deutschen Reiches.

Vergangenheitsbezogen waren Diskussionen über *Schuld* beziehungs-weise *Kollektivschuld* und Diskussionen über die Rolle der Sprache bei der „Verführung“ des Volkes zum Glauben an die angebliche *Herrenrasse* und an die aus dieser pseudobiologischen Vorstellung abgeleitete Legi-timität von Untaten. Diese vergangenheitsbezogenen Diskussionen wa-ren aber keineswegs akademisch, sondern dienten aktuellen und zu-kunftsbezogenen Zwecken: Parteien begründeten ihre Programme mit den „Erfahrungen aus der Vergangenheit“, mit der Zuweisung einer *Kol-lektivschuld* versuchten die Alliierten, restriktive Maßnahmen gegen die westdeutsche Bevölkerung, Demontagen und Reparationen zu rechtferti-gen. In diesem Zusammenhang spielte auch der amerikanische *Morgen-thau-Plan*, der für ein verkleinertes und aufgeteiltes Deutschland einen Agrarland-Status vorsah, noch eine gewisse Rolle.¹ Der Stichtag der Ge-

1 Präsident F. D. Roosevelt hatte die bereits geleistete Unterschrift unter die Denkschrift seines Finanzministers zurückgezogen, die nur noch subkutan als Direktive ICS 1067 (gültig von Mai 1945 bis Juli 1947) die amerikanische Besatzungspolitik beeinflusste.

schichtszäsur selbst – der 8. Mai 1945 – wurde Objekt einer öffentlichen politischen Diskussion, die bis in die Gegenwart andauert. Einig waren sich die politischen Parteien der frühen Nachkriegszeit und auch die Presse zunächst in der Verurteilung des „(Industrie-) Kapitalismus“. Als aber aus dieser Kritik Pläne für eine sozialistische Wirtschaftsordnung abgeleitet wurden, setzte eine kontroverse Diskussion ein. Ganz parallel entwickelte sich nach Kriegsende der politische Streit über den zunächst überall hoch bewerteten *Pazifismus* zu einer kontroversen Wiederbewaffnungsdiskussion im Rahmen des sich abzeichnenden Ost-West-Konflikts.

In der Vorphase des tiefgreifenden Einschnitts, den das Kriegsende bildet, diffamieren die Nazis im Frühjahr 1945 in dem bis zum 28.4.1945 erscheinenden VÖLKISCHEN BEOBACHTER (VB), dem „Kampfblatt der nationalsozialistischen Bewegung Großdeutschlands“ (Herausgeber: Alfred Rosenberg), in maßloser Weise die westlichen Alliierten als „perverse Patrioten“ (VB 7.3.1945) und die *Feindbund* genannte west-östliche Allianz als „wahnwitzige Massenmordkoalition“ (VB 22.3.1945), in der sich das „Nomadentum der östlichen Steppe“ mit dem „Nihilismus jüdischer Klassenhetze“ (VB 14.3.1945) verbinde. In ebenso geißelnder Propagandasprache werden sowohl die östlichen wie die westlichen Besatzungsarmeen in Schlagzeilen wie „Alle Einwohner verschleppt! So sieht die Bolschewistenherrschaft aus“ (VB 16.3.1945) bzw. „Schwarze Lustmörder bleiben straffrei – USA Negersoldaten schänden und morden deutsche Knaben“ (VB 14.4.1945) dargestellt.

Andererseits aber ist deutlich zu erkennen, daß die Nazis die spätere West-Ost-Blockbildung argumentativ in gewisser Weise vorwegnehmen, indem sie den Krieg im Osten als Kampf zwischen Wertesystemen zu stilisieren versuchen, als Verteidigung des *Abendlandes* und seiner Werte gegen die *rote Flut* des Bolschewismus. Im Frühjahr 1945 ist im VÖLKISCHEN BEOBACHTER deutlich ein Argumentationskonzept erkennbar, mit dem Deutschland als „kämpfendes Herz Europas“ (VB 12.3.1945), als „deutsches Kernland“ (VB 14.3.1945), als „Kerneuropa“ (VB 9.3.1945) und auch als „Keimzelle eines neuen Europa“ (VB 19.3.1945) offenbar auch die Westalliierten zu einer „nationalen Erhebung aller schöpferischen Völker gegen die blutige Drohung der bolschewistischen Furie“ (VB 22.3.1945)² auffordert. Innerhalb dieses Konzeptes wird den westlichen Alliierten – mit dem Argument, die Weltherrschaftsansprüche der

2 P. von Polenz (1978, S. 162) weist darauf hin, daß die Nazis bereits 1940 „nach der Eroberung europäischer Länder und im Hinblick auf den Angriff auf die Sowjetunion die Ideologie der ‚Verteidigung des Abendlandes‘ aktivierte[n] und sich deshalb ‚europäisch‘ zu geben bemühte[n]“.

Sowjetunion zu verkennen – vorgeworfen, daß sie „die Völker Europas in Jalta dem Bolschewismus ausgeliefert“ hätten (VB 21.3.1945).

Ebenfalls in diesem Zusammenhang wird der nationalsozialistische Sozialismus-Begriff, der als „kultureller Sozialismus“ (VB 27.2.1945) für die „soziale Verfassung des Abendlandes“ (VB 14.3.1945) bürge und jedem Individuum die „Kulturquellen“ zugänglich mache, ausdrücklich dem „marxistischen Sozialismus“ gegenübergestellt, dem „grauen Massensozialismus“ mit seiner „Massenkultur“, mit seinem Massenmenschen, der bar jeder „persönlichen Freiheit“ in eine „form- und farblose graue Masse“ (VB 12.4.1945) eingestampft sei.

Obgleich es außerordentlich schwierig ist zu überprüfen, inwieweit solche propagandistischen Konzepte meinungsbildend waren, darf man einerseits ihre Wirksamkeit aufgrund der totalitären, d.h. Widerspruch und Gegeninformation unterdrückenden Kommunikations- und Sprachlenkung der Nazis doch vermuten. Andererseits werden offensichtlich ältere antirussische Ressentiments aktiviert, die auch nach Kriegsende noch in antikommunistischen Argumentationen der westdeutschen Zeitungen erkennbar sind. Die antirussische oder antikommunistische Einstellung gilt als ein Identifikationsmoment der Westzonen und der frühen Bundesrepublik, das die Zäsur von 1945 überdauert und somit auch relativiert hat.³ Ganz im Sinne dieser Beobachtungen kommt Gabriel Falkenberg in seiner begriffsgeschichtlichen Untersuchung zur *Stunde Null*, eine Bezeichnung, die von Historikern als „Metapher für eine Stimmung“ bezeichnet wird, zu dem Ergebnis: „Sprachgeschichtlich gibt es keine Stunde Null“ (G. Falkenberg 1989, S. 6).

Wie sehr Fragen der Sprache, der sprachlichen Manipulation, der Kommunikation überhaupt mit der geschichtlichen Zäsur des Kriegsendes in Verbindung gebracht werden, wird in vielfacher Hinsicht deutlich.

Auffällig ist zunächst, daß sich die Westalliierten gegenüber Deutschland nicht als *Befreier* bezeichnen. Diese Vokabel der Selbstinterpretation schrieben sich die Westalliierten nur dann zu, oder sie wurde ihnen zugeschrieben, wenn sie westliche, ehemals von der deutschen „Wehrmacht“ besetzte ausländische Gebiete „befreiten“⁴; zum Beispiel wurde in den Niederlanden der 5. Mai als „Befreiungstag“ (Lademacher 1989, S. 241) gefeiert. Ebenso wurde *Befreiung* in den späteren „sozial-

3 Vgl. dazu den sehr sprachsensiblen „Serien“-Bericht des Spiegel-Redakteurs W. Malanowski 1989 (24.4.1989), H. 17, bes. S. 136f.

4 Erst 1994, als der 50. Jahrestag der Landung der Alliierten (6.6.1944) in der Normandie naht und die Bundesregierung von „Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag der britisch-amerikanischen Invasion in Frankreich“ spricht, entsteht eine öffentliche Sensibilität gegen dies „Nazi-Wort“, die der französische Historiker Joseph Rovin auf den Begriff bringt: „Wer Invasion sagt, stellt sich in den Sichtwinkel der Nazis“ (FRANKFURTER RUNDSCHAU 19.3.94, S. 2).

stischen“ Ländern des europäischen Ostens die institutionalisierte Vokabel für den Sieg der Roten Armee über die deutschen Truppen; in der DDR beispielsweise wurde der 8. Mai zunächst als Feiertag und später als Gedenktag, als „Tag der Befreiung“ eingeführt.

Die West-Alliierten wollten sich gegenüber Deutschland und den Deutschen durchaus nicht als *Befreier* verstanden wissen. In seiner Deklaration Nr. 1 betont der Oberbefehlshaber West, der spätere amerikanische Präsident, General Eisenhower, die Westalliierten verstünden sich als *Sieger* (sie kämen als „siegreiches Heer“), nicht jedoch als *Unterdrücker* (Thränhardt 1986, S. 14).

Vom östlichen Alliierten berichten westdeutsche Zeitungen am 10. Jahrestag der bedingungslosen Kapitulation, der Sowjetmarschall Schukow habe anlässlich der zweitägigen „Befreiungsfeiern“ am 8. Mai 1955 rückblickend erklärt, „er sei damals nicht als Unterdrücker, sondern als Befreier gekommen“ (RHEINISCHE POST (RP) 9.5.1955, S. 2, Sp. 2). Angesichts der 1990 aufgedeckten Massenmorde in den von den Sowjets im Osten Deutschlands weitergeführten und mit neuen Opfern gefüllten Vernichtungslagern kann dies nur als rein manipulativer Sprachgebrauch bezeichnet werden.

Auch auf westdeutscher Seite ist in der frühen Nachkriegszeit nirgendwo von *Befreiung* die Rede. Die in Reims und Karlshorst am 7. und 9. Mai unterzeichnete bedingungslose Kapitulation⁵ wird vielmehr sowohl volksläufig wie historiographisch mit den Geschichtsvokabeln *Zusammenbruch* oder *Niederlage* benannt und interpretiert.

Wie wirksam diese Interpretation blieb, illustrieren beispielsweise westdeutsche Abituraufsätze, die bis 1962 dieses lexikalisierte Verständnis von *Niederlage* problemlos voraussetzen, wenn etwa Themen formuliert werden wie: „Selbstkritik und Selbstvertrauen als notwendige Grundkräfte nach der Niederlage“ (1951), „Ein Sieg stärkt ein Volk, eine Niederlage erweckt es neu!“ (1962).⁶ Gerade die Interpretation des 8. Mai 1945 als geschichtliche Zäsur ist bis zum heutigen Tag umstritten, weil in ihr das sich wandelnde und in sich heterogene Selbstverständnis der gesellschaftlichen Gruppen zum Ausdruck kommt. Den Hauptgegensatz der politischen Interpretation artikuliert der erste Bundespräsident, Theodor Heuß, so unabsichtlich wie prophetisch in der Formel, der 8. Mai 1945 habe alle Deutschen „erlöst und vernichtet in einem“ (Malanowski 1989, S. 142). Mit der Rede des Bundespräsidenten, Richard von

5 Vgl. dazu G. Falkenberg 1989, S. 5, Anm. 7, und S. 6.

6 Belege: Festschrift „Fünfundseibzig Jahre Städtisches Helmholtz-Gymnasium Hilden“. 1910–1985. Hilden 1985, S. 76.

Weizsäcker, erlebte die fortdauernde öffentliche Diskussion am 8. Mai 1985 einen glanzvollen Höhepunkt (s. Kapitel „Der Nazi-Komplex“).

Die Ablehnung des Ausdrucks *Befreier* als Selbstinterpretationsvokabel durch die westlichen Alliierten gegenüber den Deutschen hängt mit einem durch die historische Vokabel *Kollektivschuld* benannten Problemkomplex zusammen. Hierbei ging es einmal um den Vorwurf, daß die Deutschen in ihrer Mehrheit den Nationalsozialismus nicht nur geduldet, sondern enthusiastisch begrüßt, die NSDAP schließlich zur stärksten Reichstagspartei gewählt und den Nazis somit selbst die *Macht übergeben* hätten – ein Vorgang, den die historischen Vokabeln *Machtübernahme* oder *Machtergreifung* bezeichnenderweise verdecken.⁷

Gegen die Angemessenheit der Interpretationsvokabel *Kollektivschuld*, aus der die Alliierten auch die Legitimation zu ganz konkreten harten Maßnahmen gegen die deutsche Bevölkerung ableiteten (zum Beispiel die Festsetzung niedrigster Kalorienmengen pro Kopf), wandten sich Sprecher der Katholischen Kirche – wie beispielsweise Kardinal Frings und selbst der Papst (RP 16.3.1946, S. 3, Sp. 5). Zu diesem Aspekt der Schuldfrage nehmen auch die schon kurz nach Kriegsende gegründeten oder wiedergegründeten Parteien KPD, SPD und CDU in ihren Gründungsaufufen vom Juni 1945 direkt und indirekt Stellung. Das „deutsche Volk“ wird darin teilweise als verführtes Opfer der „verbrecherischen Abenteurer“ dargestellt.⁸

Wie dieser erste Aspekt der Schuldfrage die Zeit vor und nach dem 8. Mai 1945 politisch und bewußtseinsmäßig verklammert, so bildet ein zweiter Gesichtspunkt, der ganz explizit sprachbezogen ist, eine vergleichbare Verklammerung der Nazi- und der Nachkriegszeit: Es ist die im Zuge der schon vor Kriegsende begonnenen Umerziehung („reeducation“)⁹ gestellte Forderung, als Beitrag zur „Entnazifizierung“ des Bewußtseins „auch die Sprache [zu] entnazifizieren“ (Rudolf Leonard, VORWÄRTS-Berlin (Ost), 7.10.1947, S. 3).

Der als amerikanischer Presseoffizier nach Europa zurückgekehrte Hans Habe – Leiter der ab 18.10.1945 in der amerikanischen Zone von der Besatzungsmacht für die Deutschen herausgegebenen NEUEN ZEITUNG¹⁰ – regte eine Serie von sprachkritischen Aufsätzen an, die sich

7 „Statt *Machtergreifung* solle man ehrlicher *Machtübergabe* sagen“, so Peter Wapnewski am 3.9.1989 in einer ARD-TV-Diskussion zum Thema „Der deutsche Soldat und der zweite Weltkrieg“ (22.45–23.45 Uhr). Die RHEINISCHE POST vom 29.1.1993 verwendet „Machtübertragung“ und „Machtergreifung“ nebeneinander (Seite „Aus der Landeshauptstadt“).

8 G. Falkenberg (1989, S. 11–15) hat eine detaillierte Analyse dieser Aufrufe vorgelegt.

9 Schon der VÖLKISCHE BEOBACHTER vom 18.4.1945 kommentiert diese Praxis in den von den Westalliierten eroberten deutschen Gebieten; vgl. Hans Borchers 1979.

10 Sprachthematierungen in der NEUEN ZEITUNG weisen auf die sprachlichen Auswir-

größtenteils auch gegen Erscheinungen des damals aktuellen Sprachgebrauchs wandten.

Unter anderem wird die Verwendung von Wörtern wie *marschieren*, *triumphieren*, *Sieger* kritisiert und eine „Entmilitarisierung der Begriffe“ (NEUE ZEITUNG 30.11.1945, S. 5) gefordert. Wilhelm Emanuel Süskind stellt z.B. fest, daß die Nazis „die Sprache statt zum Bestimmen vornehmlich zum Beeinflussen verwendet“ hätten. In der Zeitschrift DIE WANDLUNG publiziert er in den folgenden Jahren – zusammen mit Dolf Sternberger und Gerhard Storz – eine Anzahl sprachkritischer Artikel, die unter dem Titel „Aus dem Wörterbuch des Unmenschen“ später auch in Buchform erscheinen und (bei aller Unzulänglichkeit des sprachkritischen Ansatzes) zu einer ersten Sensibilisierung für totalitären Sprachgebrauch im Deutschen beitragen. In gleicher Weise wirkte das „Tagebuch eines Philologen“, das Victor Klemperer schon während des Krieges aufgezeichnet hatte und das er 1947 unter dem Titel „LTI“ (Lingua Tertii Imperii-Sprache des Dritten Reichs) herausgab. Bezugnehmend auf diese frühe Wort- und Sprachkritik und auf das 1964 erschienene „Vokabular des Nationalsozialismus“ von Cornelia Berning überprüfte Urs Widmer 1966 in seinem Buch „1945 oder die ‚Neue Sprache‘“ detailliert die Weiterverwendung nazistisch „belasteter“ sprachlicher Mittel in der frühen Nachkriegszeit. Er kommt zu dem Ergebnis, daß die „junge Generation“ beim journalistischen Schreiben z.T. unbewußt und unkritisch „belastete“ Wörter weiterverwende (z.B. Hans Werner Richter und Alfred Andersch) und trotz antifaschistischer Einstellung ein „schleichendes Gift“ (S. 67) weitertransportiere. Sprachkritische Schriftsteller wie Wolfgang Borchert dagegen klopften die einzelnen Wörter ab und machten den Wortschatz des falschen Heroismus kritisch bewußt (S. 78).

Die frühe öffentliche Sprachkritik geht von zwei zentralen Fragen aus: „Wie konnte es dazu kommen?“ und „Wie können wir eine Wiederholung (in veränderter Gestalt) verhindern?“. Der kritische Ansatz, der zu Recht von der Annahme ausgeht, daß problematische Wörter ebensolche Denkweisen in Umlauf bringen oder halten, hat eine seit dieser Zeit fortbestehende Tradition sprachkritischer Argumentation eröffnet. Freilich wurde schon bald die kritische Potenz meist einseitig instrumentalisiert, um politische Gegner mit der Unterstellung nazistischer Denkweisen zu diffamieren.¹¹

kungen der Entnazifizierungspraxis hin und machen Neuwörter bewußt mit Titeln wie „Was sind Persilscheine?“ (18.11.1945, S. 3) beziehungsweise „Entlastete – ein neuer Begriff“ (18.1.1946, S. 3). Weitere Literaturangaben finden sich im Kapitel „Der Nazi-Komplex“.

11 Vgl. die Ausführungen zu sogenannten Nazi-Vergleichen.

2. Sprachliche Problemfelder der frühen Nachkriegszeit

Bereits 1946 existiert in den Westzonen ein vielfältiges Pressewesen, das in der britischen Besatzungszone parteinah, in der amerikanischen überparteilich orientiert ist. In den Zeitungen wird die seit Kriegsende diskutierte Schuldfrage unter verschiedenen Aspekten thematisiert.¹² In Berichten über die Nürnberger Prozesse wird teilweise der Sprachgebrauch der Nazis bewußt gemacht. So macht die RHEINISCHE POST (14.3.1946) unter dem Titel *Herrenrasse* zugleich die zynische Schuldabstreitung Görings und den Sprachgebrauch der Nazis bewußt, wenn sie berichtet: „Göring bezeichnet den Ausdruck als nicht zu seinem Vokabular gehörig“.

Bezüglich der *Kollektivschuld*-Frage weist der Kölner Kardinal Frings „auf eine Aussage des Papstes“ hin, die besage, „niemand dürfe wegen seiner Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gemeinschaft – ohne persönlichen Schuldnachweis – mit Kollektivschuld belastet werden“ (RP 16.3.1946). Gegen Kollektivschuldzuweisungen und „Hungerrationen“ bei der Lebensmittelzuweisung (Kalorienzahlen) wandten sich die sogenannten *Hungerzüge* mit bis zu einer Million Demonstranten (RP 14.12.1946). Angesichts der katastrophalen Versorgung wurde kirchlicherseits Lebensmittel- und Kohlenraub als *Mundraub* für moralisch zulässig erklärt und umgangssprachlich allgemein als *fringsen* (nach dem Kölner Kardinal Frings) bezeichnet. Innerhalb der Schulddiskussion wurde der Ausdruck *verlorene Generation* zur Bezeichnung der Jugend abgelehnt (vgl. Kap. 6).

Selbstverständlich wirken sich auf den Sprachgebrauch der frühen Nachkriegszeit auch die vielen Probleme und Interessenkonstellationen aus, die mit der *territorialen Neuordnung* oder den Problemen des *inneren Wiederaufbaus* zu tun haben. Dabei zeigt sich am pluralistischen Sprachgebrauch die neue Freiheit der Meinungsäußerung. In Problemfeldern der staatlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftspolitischen Neuorientierung, die zunächst sprachfern erscheinen, werden implizit und explizit Auseinandersetzungen ausgetragen, die den Gebrauch, das heißt, die Bedeutung von Ausdrücken zentraler und vertrauter Stichwörter betreffen. Eines dieser Stichwörter ist das auch schon von den Nazis thematisierte Wort *Sozialismus*.

12 Als hauptsächliche Quelle für explizite Thematisierungen benutzen wir die von Anfang sehr sprachensible RHEINISCHE POST, die ab dem 2.3.1946 in der britischen Besatzungszone als Lizenzzeitung, die der CDU nahesteht, zunächst nur zweimal wöchentlich mit einer Startauflage von 235 000 Exemplaren erscheint; als Sigle verwenden wir RP.

Im Mai und August 1946 (am 11.5.1946 und 28.8.1946) finden sich in der in Düsseldorf erscheinenden RHEINISCHEN POST explizite Thematisierungen von *Sozialismus* und Versuche einer semantischen Normierung im Sinne der CDU. Bekanntlich bestand zunächst in den Westzonen und der Ostzone insofern ein Konsens bezüglich der Kritik am Nationalsozialismus und an der deutschen Großindustrie, als dem *Großkapital* oder (pauschaler) dem *Kapitalismus* eine Mitschuld am Aufstieg der Nazis und an ihrer Kriegslüsterheit und damit schließlich auch an der „deutschen Katastrophe“ (sprich: *Niederlage*) zugeschrieben wurde.

Schon im Laufe des Jahres 1946 wird deutlich, daß von verschiedenen Seiten Normierungsversuche bezüglich der Semantik von *Sozialismus* und *Sozialisierung* einsetzen, das heißt, daß verschiedene politische Gruppen aufgrund ihrer verschiedenen Wertorientierungen und Interessen unterschiedliche Sachverhalte mit den positiv konnotierten Termini *Sozialismus* oder *Sozialisierung* bezeichnen wollen.

Obgleich das Ahlener Programm der CDU von 1947 die Verstaatlichung der Eisen- und Kohle-Industrie vorsah, kündigt sich schon Mitte 1946 in der konservativen Presse – wie eben in der CDU-nahen RHEINISCHEN POST – eine erste Reserviertheit gegen das „Zauberwort“ *Sozialisierung* an. In einem Artikel „Was ist Sozialisierung?“ (RP 11.5.1946) wird beispielsweise die allgemeine Erwartungshaltung, die sich von der Sozialisierung „die Lösung aller wirtschaftlichen und sozialen Probleme“ erhoffe, sehr distanziert skizziert, und es wird in Zweifel gezogen, daß die *Vergesellschaftung* nach marxistischem Konzept dem *Privatkapital* vorzuziehen sei.

Kurz darauf werden Begriff und Konzeption eines „*Christlichen Sozialismus*“ (so ein Titel der RHEINISCHEN POST vom 13.7.1946) des CDU-Vorsitzenden der Ostzone, Jakob Kaiser, vorgestellt. Zeitungsberichte aus dem Spätsommer 1946 verdeutlichen, daß sich die CDU gegen die Fremdbezeichnung *reaktionär* zu wehren hat¹³, während Adenauer als CDU-Vorsitzender der britischen Besatzungszone die „Sozialdemokratie“ als Vertreter des *marxistischen Sozialismus*, des „Staatssozialismus“ und als „größten Feind der persönlichen Freiheit“ darzustellen versucht (RP 28.8.1946, S. 3).

In gleicher Weise soll das umstrittene CDU-Wahlplakat vom Oktober 1946 mit dem Motto „Mensch oder Prolet“ (RP 5.10.1946, S. 2, Sp. 2.) die gegensätzlichen Zielvorstellungen von CDU und SPD charakterisieren. Die im Frühjahr 1947 vom Landtag NRW getroffene Entscheidung einer „kleinen“ Sozialisierung („Vergesellschaftung des Bergbaus“) wird von der CDU-nahen Presse mit dem Titel „Sozialisierung im Sinne der CDU“

13 RP 24.8.1946, S. 2, Sp. 1.

(RP 8.3.1947, S. 1) kommentiert, während beispielsweise der VORWÄRTS der Ostzone das Ereignis unter dem Titel „Landtag von Westfalen gegen Sozialisierung“ bekannt macht (VORWÄRTS vom 6.3.1947, S. 1).

Nach der westdeutschen Währungsreform Mitte 1948 und dem Anlaufen der Marshallplan-Hilfe ist einerseits festzustellen, daß das Wort *frei* allgemein verwendet wird, wenn bisherige Einschränkungen oder Bewirtschaftungsmaßnahmen wegfallen: „Kartoffeln werden frei“ – das heißt die Bewirtschaftung wird aufgehoben – beziehungsweise „Freier Verkehr für Kraftfahrzeuge“ – das heißt Beendigung des Verbots von Feiertagsfahrten durch die Militärregierung¹⁴.

Zugleich wird aber deutlich, daß in der weitergeführten Sozialisierungsdebatte – Schlagzeile: „Kohle wird sozialisiert“ (RP 7.8.1948, S. 1) und dem Kommentartitel dazu: „Verstaatlichung oder Gemeinwirtschaft“ (RP 9.8.1948, S. 2) – die kapitalistischen Konzeptionen mit dem positiven Wertewort *frei* bezeichnet werden. Zugleich ist die soziale Perspektive der Wirtschaftsfreiheit in Mäßigungsappellen wie dem folgenden gegenwärtig: Am 9.8.1948 kritisiert die RHEINISCHE POST die „Preistreiberei“ nach der Währungsreform mit dem ein falsches Verständnis von *Freiheit* anprangernden Titel: „Freie Wirtschaft, nicht Zügellosigkeit“.

In die gleiche Richtung geht ein Titel, der das Wort *sozial* in der die Wirtschaftsform umschreibenden Formel „soziale Marktwirtschaft“ einlegt: „Marktwirtschaft muß sozial sein“ (RP 28.8.1948, S. 1, Sp. 3–5). Insgesamt zeigt sich, daß in der CDU-nahen Presse disjunktive Argumentationsformeln Platz greifen, in denen die Alternative *Freiheit* oder *Sozialismus* beziehungsweise *Sozialisierung* als bewußtseinsprägende politische Dichotomie durchgesetzt werden soll. Im Herbst 1948 wird bereits mit dieser Formel gegen die Übernahme des englischen Modells im Gesundheitswesen argumentiert: „Sozialisiertes oder freies Arztum“ lautet eine Unterzeile in der RHEINISCHEN POST vom 6.11.1948 (S. 3) zu einem Artikel „Der deutsche Arzt – ein Lagebericht“.

Mit dem Ende der frühen Nachkriegszeit hat sich ein grobes Argumentationsraster entwickelt, mit dem sich die beiden großen Parteien der Bundesrepublik Deutschland gegenseitig zu diffamieren versuchen (und gegen das sich jede Partei wehrt): Die CDU/CSU soll durch die Schlagwörter *reaktionär* und *konservativ*¹⁵ als fortschritts- und reformfeindlich dargestellt werden, während die Sozialdemokraten als *marxistisch* bzw. *sozialistisch*¹⁶ möglichst in einer Reihe gesehen werden sollen mit der schlechten stalinistischen Praxis des später so genannten „real existieren-

14 Beides Titelzeilen der RP 9.8.1948, S. 1.

15 Zu begriffsgeschichtlichen Thematisierungen von *konservativ* seit den fünfziger Jahren: siehe Bolten 1989.

16 Zur Verwendungsgeschichte seit 1945 vgl. Liedtke 1989.

den Sozialismus“ des Ostblocks, wo erst in den sechziger Jahren in der Tschechoslowakei und Anfang der neunziger Jahre in der dann bald aufgelösten Sowjetunion ein demokratischer „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“¹⁷ konzipiert werden wird.

Gegen Ende der frühen Nachkriegszeit führen die Marshallplanhilfe ab April 1948, die Drosselung der Demontagen und die westdeutsche Währungsreform im Juni 1948 zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage. Auf der Folie des Vergleichs mit dem östlichen Teil Restdeutschlands und des Vergleichs mit den Hungerjahren der unmittelbaren Nachkriegszeit schreibt der Journalist Werner Höfer – wohl mit Bezug auf Friedenszeiten – knapp zwei Wochen nach der Währungsreform einen Artikel mit dem Titel: „Kommt der Komfort zurück?“ (RP 3.7.1948, S. 3)

Das Wiedererstarken der deutschen Wirtschaft löst aber offenbar bei den europäischen Nachbarn Ängste aus, die zu vergangenheitsorientierten politischen Reaktionen führen. Im Januar 1949 berichtet die RHEINISCHE POST dreimal über „Vorurteile“ der europäischen Nachbarn gegenüber dem wirtschaftlich wiedererstarkten und selbstbewußteren Westdeutschland. Die RHEINISCHE POST spricht im Titel von „Unnötigen Mißverständnissen“, berichtet über die verschiedenen Sichtweisen von „Deutschland als Freund oder Feind“ (RP 10.1.1949, S. 2) und weist z.B. darauf hin, daß die deutschen Volkswagen als Konkurrenz mißgünstig angesehen würden, daß Proteste gegen Demontagen unberechtigt als „Nationalismus“ interpretiert und diffamiert würden, daß bei Briten und Franzosen das *Made in Germany* aus Konkurrenzangst beneidet und gefürchtet werde¹⁸; was man in anderen Ländern als *Patriotismus* preise, werde in bezug auf Deutschland als *Nationalismus* denunziert.

Damit stellt die CDU-nahe RHEINISCHE POST einen Zusammenhang mit den zur gleichen Zeit von Frankreich verursachten „Neue(n) Schwierigkeiten für die Trizone“ (Titel RP 19.1.1949, S. 1) her, mit den französischen Widerständen gegen den Zusammenschluß der Westzonen, der als „deutsche Gefahr“ (RP 5.7.1948, S. 1) bezeichnet wird. Am 10.1.1948 hatte Paris gegen die „Zweizonen-Charta“ protestiert, am 9.6.1948 gegen die „neue“ Deutschlandpolitik von Engländern und Amerikanern. Der letzte ausführliche Bericht über die französischen Befürchtungen vor der Konstituierung der „Bundesrepublik Deutschland“ durch die Verkündung des „Grundgesetzes“ am 23.5.1949 findet sich in der RHEINISCHEN POST vom 7.3.1949 (S. 2) unter dem Titel: „Angst vor dem ‚Vierten Reich‘“. Hier wird einem in Frankreich publizierten französischen „Reise-

17 Am 5.2.1990 zitiert die RP (S. 1, Sp. 2) den Pressedienst INTERFAX von Radio Moskau: „Gorbatschow werde dem ZK-Plenum den Entwurf für einen ‚demokratischen und menschlichen Sozialismus‘ vorlegen“.

18 RP 19.1.1949, S. 3 und 24.1.1949, S. 1, Titel: Angst vor „Made in Germany“.

bericht aus Westdeutschland“ vorgeworfen, er biete „Zerrbilder statt Wahrheit“, wenn er behaupte, daß es Deutschland besser gehe als Frankreich und England und daß in Deutschland ohne verfassungsmäßige Grundlage ein *viertes Reich* entstehe.

Ein Jahr nach der Währungsreform, zu einem Zeitpunkt, da noch die Probleme westlicher „Annexionen“, der Demontage und der Berliner Blockade drücken, formuliert ein Titel der RHEINISCHEN POST offenbar eine populäre Situationsinterpretation: „Ein Jahr Wirtschaftsaufschwung“ (RP 20.6.1949, S. 1). Im Zusammenhang mit der später historisch gewordenen Bezeichnung dieser Periode als Zeit des *Wirtschaftswunders* ist die im Untertitel zitierte Interpretation von Ludwig Erhard bezeichnend: „Weder Währungsreform noch Marshallplan waren entscheidend“. Vielmehr wird der Wirtschaftsaufschwung dem Konzept der „Sozialen Marktwirtschaft“ (RP 16.7.1949, S. 1) zugeschrieben, das die CDU dann im Bundestagswahlkampf vertritt.

Nicht nur über das künftige Wirtschaftssystem, sondern auch über den Komplex der aktuellen ökonomischen Probleme wird in der frühen Nachkriegszeit kontrovers diskutiert. Dabei zeigen sich Interessengegensätze, die sich auch im Gebrauch verschiedener Argumentationshaltungen und Legitimationsvokabeln ausdrücken. Die Ablehnung und die Gegenwehr gegen den von den Besatzungsmächten angeordneten Abbau und Abtransport von Industrieanlagen äußert sich außer in konkreten Arbeitsverweigerungen und Transportbehinderungen auch in der Argumentation, daß damit die deutsche Industrie total zerstört werde. Gegen diesen Vorwurf setzen sich die Alliierten durch öffentliche Bekämpfung unliebsamer Interpretationsvokabeln zur Wehr: Am 6.9.1947 berichtet die RHEINISCHE POST mit der Unterzeile „Das Wort ‚Reparationen‘ nicht erwünscht“ darüber, daß die englische und amerikanische Militärregierung darauf bestünden, daß bestimmte Holzlieferungen als *Exporte* zu bezeichnen seien.¹⁹

Ebenso explizit verbitten sich die Alliierten – und die RHEINISCHE POST berichtet auch darüber sehr sensibel – die Bezeichnungen *Reparationen* und *Industriezerstörung* für die „Demontagen von Rüstungswerken“²⁰.

19 In der Antwort auf die Bitte des Wirtschaftsrates, Reparationsleistungen an Holz auf ein Mindestmaß zu beschränken, wendet sich das Zweizonenkontrollamt der Militärregierungen zunächst scharf gegen den Gebrauch des Wortes „Reparationen“ und verlangt vom Wirtschaftsrat, der Öffentlichkeit mitzuteilen, daß die Holzexporte aus der englisch-amerikanischen Zone nach dem Weltmarktpreis in fremder Währung bezahlt würden, damit für die deutsche Bevölkerung Lebensmittel und andere lebensnotwendige Güter eingekauft werden könnten. Die Exporte hätten keinen nennenswerten Einfluß auf die Holzverknappung. Auch halte sich der Holzeinschlag in angemessenen Grenzen (s. RP 6.9.1947).

20 RP 11.10.1947, S. 1, und 29.10.1947, S. 1.

Die Demontage-Politik wird von deutscher Seite explizit als Widerspruch zum Demokratisierungsauftrag dargestellt, wenn etwa der Wirtschaftsminister von NRW, Erik Nölting (SPD), 1948 im Düsseldorfer Landtag der britischen Besatzungsmacht vorwirft: „Demokratie läßt sich auf keinem Scherbenhaufen errichten“.²¹

Ein weiteres Feld von Problemen, die als Kriegsfolgen anzusehen sind und in der frühen Nachkriegszeit sprachthematisierend diskutiert werden, stellen Einheits-, Spaltungs- und Grenzfragen dar. Schon vor dem Ende des Zweiten Weltkrieges hatten die Alliierten die Aufteilung Deutschlands in *Besatzungs-* oder *Okkupationszonen* beschlossen. Stalin hatte zwar im Sommer 1945 öffentlich abgelehnt, Deutschland zu zersstückeln (engl. *to dismember*), und die Einheit Deutschlands gefordert, aber am 4. Juni 1945 schon vor der Potsdamer Konferenz hatte er bei einem Treffen mit den Berliner Genossen Pieck, Ulbricht und Ackermann entschieden: „Es wird zwei Deutschlands geben“²² (ebenso hatte er schon vor der Potsdamer Konferenz die Gebiete östlich der Oder und Neiße polnischer Verwaltung unterstellt und das Gebiet um Königsberg annektiert).²³

Angesichts des schon 1945 von Churchill so genannten *eisernen Vorhangs*²⁴ und der sich besonders in Berlin offenbarenden Gegensätze zwischen den westlichen Alliierten und den Sowjets wird in den westdeutschen Zeitungen die Notwendigkeit der *Reichseinheit*²⁵ – zum Beispiel der „wirtschaftlichen Einheit des Reiches“ – betont. Im Laufe der frühen Nachkriegszeit kommt aber die Verwendung des Wortes *Reich* als Bezeichnung von Deutschland in den Grenzen von 1937 aus vielerlei Gründen außer Gebrauch. Einerseits ist zu beobachten, daß vor allem Frankreich – und hier besonders de Gaulle²⁶ – den Gedanken der Vereinigung der Besatzungszonen mit der Warnung vor einem *vierten Reich*

21 RP 10.2.1990, S. „Das politische Buch“, Besprechung eines Buches von Claudia Nölting; angesichts der deutschen Vereinigung seit 1989 wird darüber diskutiert, daß die DDR viel länger und intensiver unter *Reparationen* zu leiden hatte als die Bundesrepublik und daß ein *Marshallplan für die Ostblockländer* ein *zweites Wirtschaftswunder* bewirken könne.

22 Erst im April 1991 hat der Berliner Soziologe Manfred Wilke dieses Protokoll in der FRANKFURTER ALLGEMEINEN ZEITUNG publiziert; den betreffenden Fotoausriß brachte DER SPIEGEL in Heft 16/1991 am 15.4.1991, S. 105.

23 Vgl. dazu die auch bezüglich der sprachlichen Mittel sehr akribische Arbeit von Gabriel Falkenberg in: SuL 20 (1989), H. 64, S. 3–22, hier besonders S. 7–10.

24 Churchill gebraucht den Ausdruck bereits am 12. Mai 1945 in einem Telegramm an den amerikanischen Präsidenten Harry S. Truman, dann in einer Rede vor dem Unterhaus am 16. August 1945; als Schlagwort wurde er weltweit bekannt durch Presseberichte über Churchills Rede am 5. März 1946 am Westminster College in Fulton im Bundesstaat Missouri (USA); zur Wortgeschichte s. Wolfgang Mieder 1981.

25 Z. B. RP 25.1.1947, S. 1, Sp. 4–5 mit der Schlagzeile: „Bayern für die Reichseinheit“.

26 Vgl. RP 4.8.1948, S. 1 mit dem Titel: „De Gaulle: Länder statt Reich“.

als Quasi-Nachfolger des *Dritten Reichs* zu desavouieren versucht.²⁷ Andererseits wird offenbar auch auf dem Verordnungswege der Gebrauch des Wortes *Reich* unterbunden (und zum Beispiel durch *Vaterland* ersetzt): Am 27.10.1948 berichtet die RHEINISCHE POST²⁸, daß Bischöfe in der französischen Besatzungszone nicht mehr auf das *Reich*, sondern auf das *Vaterland* vereidigt würden. Auch die Institutionenbezeichnungen *Reichsbahn*, *Reichspost* usw., die bis zur Gründung der Bundesrepublik fortbestehen, werden nach 1949 nur noch in der DDR verwendet, die bis ca. 1970 offiziell *Ostzone* genannt wurde.

Bevor 1949 de facto die Existenz eines einheitlichen deutschen Reiches durch die beiden Staatsgründungen abgelöst wurde, war ein gewichtiger staatsrechtlicher und politischer Streit ins Bewußtsein der Öffentlichkeit getreten. Seit 1946 berichten westdeutsche Zeitungen über die Frage der *deutschen Ostgrenze*, die von westlicher Seite als *Demarkationslinie* oder als *Oder-Neiße-Linie* bezeichnet wird, von polnischer und russischer Seite aber als *polnische Westgrenze*²⁹; von seiten der Führung der Ostzonen-SED und der späteren DDR wird sie *Friedensgrenze* genannt, wie im Oktober 1948 in westdeutschen Zeitungen vermerkt wird.³⁰

Der seit dieser Zeit praktizierte Vokabelstreit (*Linie* vs. *Grenze*, *Oder-Neiße-Linie* vs. *Oder-Neiße-Grenze*) war bis in die sechziger Jahre ein west-östliches Kontraststereotyp. Bei der sogenannten Anerkennungsdebatte wurden *Linie* und *Grenze* Abzeichenvokabeln für Befürworter und Gegner der Ostpolitik der sozial-liberalen Koalition.³¹

Neben dieser sprachthematisierenden Praxis, die das öffentliche Problembewußtsein bezüglich der polnischen Westgrenze förderte, sind allerdings auch seit 1946 bisher sprachgeschichtlich unbeachtet gebliebene semantische Kämpfe zu beobachten, die durch die Gebietsforderungen

27 Im November 1989 wird im Zuge der Vereinigungstendenzen nach der gewaltlosen Revolution in der DDR von englischer Seite der gleiche Ausdruck gebraucht. Bundeskanzler Helmut Kohl wendet sich angesichts der Diskussion über die Vereinigung von BRD und DDR gegen die diffamierende Bezeichnung „Viertes Reich“ (so am 8.2.1990 vor seiner Moskau-Reise in der „Heute“-Sendung des ZDF um 19 Uhr). Am 24.3.1990 weist er auf dem rheinland-pfälzischen Landesparteitag der CDU die Ängste ausländischer Regierungen und die Rede vom „Vierten Reich“ zornig zurück: Es scheine ihm, als seien vierzig Jahre Demokratie umsonst gewesen.

28 RP 27.10.1948, S. 2, Sp. 4: „Auf das Vaterland vereidigt“.

29 Vgl. RP 11.9.1946, S. 1 in einem Artikel „Deutsche Ostgrenze und Potsdamer Abkommen“.

30 Vgl. RP 25.10.1948, S. 1, Sp. 5, Titel: Die „Friedensgrenze“.

31 Aber auch ohne Vokabeldublette wurde in den späten achtziger Jahren die *Grenzfrage* im Rahmen der „offenen deutschen Frage“ diskutiert; die Diskussion zieht sich hin bis zur Ratifizierungsdebatte des Bundestages im Sommer und Herbst 1991, in der der Präsident des Bundes der Vertriebenen, Czaja, mit Berufung auf Adenauer eine Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze ablehnt (RP 7.9.1991, S. 1).

der westlichen Nachbarn Holland, Belgien und Frankreich ausgelöst wurden.³²

Es geht bei den holländischen Forderungen unter anderem um die Grafschaft Bentheim, um etwa 2000 qkm Gebiet und 120 000 Einwohner. Von Anfang an wird die betreffende Auseinandersetzung – auch über französische, belgische und luxemburgische Gebietsforderungen – mit Hilfe zweier gegensätzlicher Legitimationsvokabeln als semantischer Kampf ausgetragen.

Die Nachbarstaaten versuchen, ihre Ansprüche mithilfe von Wörtern zu legitimieren, die durchgängig eine Korrektur meinen. Die deutschen Zeitungen geben diese Vokabeln mit *Grenzberichtigung* in distanzierenden Anführungsstrichen wieder und weisen damit Wort und Anspruch als illegitim zurück. Die westdeutsche RHEINISCHE POST spricht durchgängig von *Annexionen*, um auf diese Weise die Forderungen sprachlich als unrechtmäßig zu kennzeichnen. Der Konflikt dauert insgesamt fast 10 Jahre an. In seinem Verlauf wird immer wieder explizit der Zusammenhang von Sprachgebrauch und öffentlichem Bewußtsein thematisiert – auch in ausländischen Zeitungen wie beispielsweise im niederländischen Arbeiterblatt PAROL.³³ Auf dem Höhepunkt des Konflikts im Frühjahr 1949 berichtet die RHEINISCHE POST:

„In seiner Ansprache stellte Ministerpräsident Arnold zunächst fest, daß es sich bei den ‚Grenzberichtigungen‘ offensichtlich um einseitig auferlegte Gebietsabtretungen handele, die von der deutschen Öffentlichkeit als Annexionen empfunden werden.“ (RP 19.3.1949, S. 1, Sp. 3–5)

Ende März 1949 werden die – wie es heißt – „Annexionsgebiete gesperrt“ (Titel RP 2.4.1949); es werden zu dieser Zeit ausdrücklich Vergleiche zu Gebietsverlusten östlich der Oder-Neiße-Linie gezogen.³⁴ Niederländische Truppen rücken schließlich Ende April (am 23.4.1949) in die beanspruchten Gebiete ein, die RHEINISCHE POST berichtet darüber unter dem Titel „Annexionen vollzogen“ (RP 25.4.1949, S. 1).

Völkerrechtlich betrachtet wurde das Problem der Westgrenze der Bundesrepublik Deutschland dadurch endgültig gelöst, daß die 1949 von Luxemburg, Belgien, den Niederlanden und Frankreich übernommenen Grenzgebiete (mit einer Bevölkerung von 13 500 Menschen) am 24.9.1956 teilweise an die – inzwischen „voll“ souverän gewordene – Bundesrepublik zurückkamen.

32 Vgl. Lademacher 1989, S. 194–239, der die „Annexions- bzw. Grenzkorrekturproblematik“ sehr detailliert behandelt (S. 206).

33 Vgl. RP 13.11.1946.

34 RP 2.4.1949, S. 1, Titel: „Die Sprache des Siegers“.

Insgesamt läßt sich für die frühe Nachkriegszeit aufgrund der Beobachtung uneinheitlichen Sprachgebrauchs und anhand von Neuprägungen, von Komposita und expliziten Thematisierungen eine ganze Reihe von Themen- und Konfliktfeldern eruieren, die eigene problemorientierte Längsschnittanalysen verlangen. Das betrifft die *Vergangenheitsbewältigung* mitsamt der sprachkritischen Diskussion über die Tradierung nazistischer Denkweisen und die Instrumentalisierung von sogenannten Nazi-Vergleichen. Das betrifft darüber hinaus beispielsweise die Komplexe der Wiederbewaffnungs- und Rüstungsdiskussion, der staatlichen Spaltung und der Ostgrenz-Diskussion, der Europa-Diskussion, der Diskussion über die Wirtschaftsordnung, der Einwanderungspolitik sowie der Integration von „Fremden“ (Flüchtlingen, Vertriebenen, Gastarbeitern, Asylbewerbern).

(Georg Stötzel)

Beleg- und Stichwörter

- *Abendland*
- Ahlener Programm
- *Annexion*
- *Befreier*
- *Befreiung*
- *Befreiungstag*
- *Besatzungszonen*
- *bolschewistische Furie*
- *christlicher Sozialismus*
- *Demarkationslinie*
- *demokratischer Neuanfang*
- *Demokratisierung*
- *Demontage*
- *deutsche Gefahr*
- *deutsche Katastrophe*
- *deutsche Ostgrenze*
- *Drittes Reich*
- *Eiserner Vorhang*
- *Entnazifizierung (der Sprache)*
- *Exporte*
- *Feindbund*
- *frei*
- *Freie Wirtschaft*
- *Freiheit*
- *Friedensgrenze*
- *fringsen*
- *Gemeinwirtschaft*
- *German Wonder*
- *Grenzberichtigung*
- *Grenzfrage*
- *Großkapital*
- *Herrenrasse*
- *Hungerzüge*
- *Industriezerstörung*
- *innerer Wiederaufbau*
- *jüdische Klassenbetze*
- *Kapitalismus*
- *Kerneuropa*
- *Klassenkampf*
- *Kollektivschuld*
- *Komfort*
- *konservativ*
- *Korea-Konflikt*
- *Korea-Krieg*
- *Korea-Polizeiaktion*
- *kultureller Sozialismus*

- *Linie/Grenze*
- *LTI*
- *Machtergreifung*
- *Machtübergabe*
- *Machtübernahme*
- *Made in Germany*
- *marschieren*
- *Marshallplan*
- *marxistisch*
- *marxistischer Sozialismus*
- *Massenkultur*
- *Massenmensch*
- *Massenmordkoalition*
- *Massensozialismus*
- *Mensch oder Prolet*
- *Morgenthau-Plan*
- *Mundraub*
- *Nationalismus*
- *(nationalsozialistischer) Sozialismus*
- *Niederlage*
- *Oder-Neiße-Grenze*
- *Oder-Neiße-Linie*
- *Ostzone*
- *Patriotismus*
- *Pazifismus*
- *perverse Patrioten*
- *polnische Westgrenze*
- *Preistreiberei*
- *Privatkapital*
- *reaktionär*
- *reeducation*
- *Reich*
- *Reichsbahn*
- *Reichseinheit*
- *Reichspost*
- *Reparationen*
- *rote Flut*
- *Schuld*
- *semantischer Kampf*
- *Sieger*
- *sozial*
- *soziale Marktwirtschaft*
- *soziale Partnerschaft*
- *soziales Gefüge*
- *sozialisieren*
- *Sozialisierung*
- *Sozialisierungsdebatte*
- *Sozialismus*
- *sozialistisch*
- *Sozialpartner*
- *Sprachlenkung*
- *Staatssozialismus*
- *Stunde Null*
- *territoriale Neuordnung*
- *triumphieren*
- *Trizone*
- *Umerziehung*
- *Unterdrücker*
- *Vaterland*
- *Verführung*
- *Vergangenheitsbewältigung*
- *Vergesellschaftung*
- *verlorene Generation*
- *Verstaatlichung*
- *Viertes Reich*
- *Währungsreform(en)*
- *Westgrenze Polens*
- *Wiederbewaffnung*
- *Wirtschaftsaufschwung*
- *Wirtschaftswunder*
- *Wörterbuch des Unmenschen*
- *Zerstückelung*
- *Zügellosigkeit*
- *Zusammenbruch*
- *zweites Wirtschaftswunder*

»Der alte Streit hier Marktwirtschaft, dort Planwirtschaft ist vorbei«¹

Ein Rückblick auf die sprachlichen Aspekte wirtschaftspolitischer Diskussionen

1. Auseinandersetzungen um die Wirtschaftsordnung und ihre Bezeichnung in den vierziger und fünfziger Jahren / 1.1 *Christlicher Sozialismus* / 1.2 Das Wortfeld um *Planwirtschaft*, *Planung* und *Zwangswirtschaft* im Sommer 1947 und *Misch-Vokabular* / 1.3 *Soziale Marktwirtschaft* / 1.4 *Planwirtschaft* und neues Vokabular bei der SPD / 2. Weitere wichtige Diskussionen und Vokabeln der fünfziger Jahre / 2.1 *Sozialisierung* / 2.2 *Mitbestimmung* / 2.3 *Sozialpartner(schaft)*, *Lastenausgleich* und *Wirtschaftswunder* / 3. Die sechziger Jahre / 3.1 *Maßhalten* und *Formierte Gesellschaft* / 3.2 Planungsbezogenes Vokabular / 3.3 *Konzertierte Aktion* / 3.4 *Soziale Symmetrie* / 4. Die siebziger und achtziger Jahre / 4.1 *Soziale Marktwirtschaft* versus Lenkungsvorschläge (*Freiheit oder Sozialismus*) / 4.2 *Wachstum* / 4.3 Sozialpolitische Folgen der wirtschaftlichen Krisen: *Sozialabbau*, *Neue Armut*, *Zweidrittelgesellschaft* / 5. Ausblick: Die *Kosten der Einheit* und der *Wirtschaftsstandort Deutschland*

Angesichts der Zerstörungen durch den Zweiten Weltkrieg und der danniederliegenden, zunächst von den alliierten Besatzungsmächten neu zu organisierenden Wirtschaft spielten in der frühen Nachkriegszeit ökonomische und wirtschaftspolitische Themen in der Presse und der öffentlichen Diskussion eine herausragende Rolle. Sie blieben auch in der darauffolgenden Zeit zentral, da wirtschaftspolitische Entscheidungen in der Regel direkte Auswirkungen auf alle Bürgerinnen und Bürger haben.

Durch relativ schnelle wirtschaftliche Erfolge und den Wirtschaftsaufschwung in den fünfziger Jahren waren auch das Selbstverständnis der jungen Bundesrepublik und das wachsende Selbstbewußtsein ihrer BürgerInnen von ökonomischen Themen bestimmt. Davon profitierten in dieser Zeit vor allem die Regierungsparteien CDU/CSU und FDP, denen es gelang, den Aufschwung als Folge ihres wirtschaftspolitischen Konzeptes der *Sozialen Marktwirtschaft* darzustellen².

1 Das Zitat stammt vom Wirtschaftssprecher der CDU, Rainer Haungs, und ist belegt in: FRANKFURTER RUNDSCHAU 13.10.1993, S. 3.

2 Die Grundlagen und Bedingungsfaktoren des wirtschaftlichen Aufschwungs der fünfziger Jahre sind inzwischen von Wirtschaftswissenschaftlern und Wirtschaftshistorikern eingehend untersucht, ohne daß Einigkeit darüber erzielt worden wäre. Es hängt wohl stark von wirtschaftstheoretischen Prämissen ab, wie man den Anteil, den Währungsreform und „Soziale Marktwirtschaft“ an den wirtschaftlichen Erfolgen hatten, einschätzt. Ihre entscheidende Bedeutung wird jedenfalls nicht mehr allgemein

Zu den Wahlerfolgen von CDU/CSU und FDP trug auch die Durchsetzung der Bezeichnung verschiedenster wirtschaftspolitischer Maßnahmen und der ihnen zugrundeliegenden Wirtschaftsordnungsvorstellungen als *Soziale Marktwirtschaft* bei, verbunden mit der erfolgreichen Bekämpfung konkurrierender Konzepte und Vokabeln. Es war aber keineswegs so, daß diese Wirtschaftsordnungsvorstellung und ihre sprachliche Realisierung sofort nach Kriegsende vorhanden waren und zielstrebig verfolgt wurden.

Vielmehr blieben bis zum Sommer 1947 sozialistische Konzeptionen tonangebend, deren Bezeichnungen zunächst positiv konnotiert waren und später zunehmend diskreditiert wurden. Als argumentative Negativ-Folie gegen wirtschaftliche Konzeptionen mit mehr planwirtschaftlichen Elementen dienten dabei vor allem die zumeist als *Zwangswirtschaft* bezeichnete NS-Wirtschaft sowie die behördlich kontrollierte *Bezugs-scheinwirtschaft* der Nachkriegsjahre bis zu den Währungsreformen, später auch die wirtschaftliche Organisation des Ostblocks oder der DDR.

1. Auseinandersetzungen um die Wirtschaftsordnung und ihre Bezeichnung in den vierziger und fünfziger Jahren

Bis zum Sommer 1947 war ein wirtschaftliches Denken öffentlich dominant, das eine staatliche Planung und Lenkung der Wirtschaft für notwendig hielt, sie positiv bewertete und Planung und Lenkung beinhaltende Wirtschaftsordnungen befürwortete.

Diese Dominanz bewirkt das, was Ambrosius als „sozialistischen Zeitgeist“ (Ambrosius 1977, S. 109) der frühen Nachkriegsjahre bezeichnet, der durch Äußerungen von CDU-Politikern bestätigt wird. So spricht etwa Jakob Kaiser auf CDU-Parteitag im August und September 1947 vom „sozialistischen Zug der Zeit“³, und die Berliner CDU übernahm den Begriff *Christlicher Sozialismus*, weil „heute [...] in einer öffentlichen Versammlung jeder, der es ablehnt, sich als Sozialisten zu bekennen, als liberal-kapitalistisch-reaktionär abgestempelt würde!“⁴

akzeptiert. In Abelshauser 1983 wird diese Relativierung begründet. Sie wird von vielen Politologen und Zeithistorikern übernommen (vgl. z. B. Ambrosius 1977, S. 182, der sich auf Abelshausers erste Veröffentlichung von 1975 beruft), von anderen Wirtschaftswissenschaftlern aber abgelehnt. Klump 1985 versucht eine Widerlegung der Abelshauserschen Thesen.

3 Vgl. Ambrosius 1977, S. 99 und 103.

4 Zit. nach ebd., S. 21. Auch Walter Dirks geht davon aus, daß „die sozialistische Lösung [...] heute als Gesetz des Zeitalters offenbar geworden ist“ (FRANKFURTER HEFTE Okt. 1946, S. 637). Dirks liefert in dem zitierten Aufsatz ein brillantes sprachreflexives Plädoyer für die Verwendung des Ausdrucks *Sozialismus* in der CDU, das die Relevanz sprachlicher Benennungen betont.

Zur gleichen Zeit gab es konservative und liberale Politiker und Wirtschaftler, die andere Konzepte verfolgten. Öffentlich begannen sie aber erst seit dem Sommer 1947, vom dominanten Vokabular abzuweichen und offensiv marktwirtschaftliches Vokabular und die Negativkonnotation von Wortfeldern um *Planwirtschaft* und *Sozialismus* durchzusetzen. Während SPD-Politiker zu dieser Zeit die Ausdrücke *Sozialismus*, *Planwirtschaft*, *Lenkung*, *Planung*, *Sozialisierung* – und in der ganz frühen Zeit auch *Verstaatlichung* – problemlos positiv verwenden, läßt sich die Veränderung in der öffentlich dominanten Verwendung von Ausdrücken, die wirtschaftspolitische Konzeptionen bezeichnen, am Sprachgebrauch von CDU-Politikern, liberalen Wirtschaftsfachleuten und der ihnen nahestehenden Presse ablesen.

1.1 *Christlicher Sozialismus*

Das am 3.2.1947 vom CDU-Ausschuß der britischen Besatzungszone verabschiedete Ahlener Programm formuliert ein wirtschaftspolitisches Konzept aus, das von seinen Verfechtern als *Christlicher Sozialismus* bezeichnet wurde. Dieser Ausdruck wird allerdings im Ahlener Programm nicht gebraucht. Jakob Kaiser, einer der wichtigsten Protagonisten des zuvor so bezeichneten Programms, verwendet den Ausdruck auf dem CDU-Parteitag vom 6. bis 10.9.1947 in Berlin nicht mehr. Auch von anderen Rednern wird er während des Parteitages nur noch selten benutzt. Daran zeigt sich, daß sich in der CDU bereits gegen den Gewerkschaftsflügel eine liberalwirtschaftliche Richtung durchgesetzt hatte, die den Gebrauch der Bezeichnung *Sozialismus* für eigene Vorstellungen ablehnte.

Während sich noch im Herbst 1945 in offiziellen Veranstaltungen und Veröffentlichungen der CDU der Ausdruck *Christlicher Sozialismus* immer stärker durchgesetzt hatte⁵, wandte sich vor allem Konrad Adenauer (letztlich erfolgreich) schon früh gegen den Begriff *Sozialismus* in der CDU. In der offiziellen Parteiprogrammatik war der Ausdruck *Christlicher Sozialismus* schon in den „Leitsätzen der Christlich Demokratischen Union“ vom Oktober 1945 nicht enthalten, ebenso wenig wie in dem von Adenauer entworfenen Programm von Neheim-Hüsten vom 1.3.1946.⁶ Wohl auf seine Initiative hin bezeichneten die Vorsitzenden der

5 Vgl. Uertz 1981, S. 59; Beispiel Jakob Kaiser am 24.11.1945: „[...] in solcher Situation entzünden wir die Fackel des christlichen Sozialismus, also jener Geisteskraft, die aus der kristallklaren christlichen Gesamtverpflichtung kommt [...]“ (zit. nach ebd.). Nach Conze wurde das Schlagwort zuerst in einer Präambel zum „Ruf der Sammlung“ des Kölner Gründerkreises der CDU gebraucht: „So vertreten wir einen wahren christlichen Sozialismus, der nichts gemein hat mit falschen kollektivistischen Zielsetzungen.“ (zit. nach Conze 1969, S. 40).

6 Vgl. Flechtheim 1963, Bd. II, S. 48 ff.

CDU/CSU-Landesverbände der britischen und amerikanischen Zone am 3.4.1946 „Ausführungen wie ‚Wir sind Sozialisten‘ oder ‚Christlicher Sozialismus‘“ als „Schlagworte ohne besonderen Inhalt, die aber geeignet seien, Verwirrung und tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten [...] hervorzurufen“.⁷

Explizit geht Adenauer bei einer Tagung der CDU der britischen Zone vom 26. bis 28.6.1946 auf die Bezeichnung *christlicher Sozialismus* ein und versucht, für CDU-Mitglieder die Bezeichnung *Sozialismus* zu stigmatisieren. Er setzt *Sozialismus* mit *Marxismus* gleich und bezeichnet die aktuelle wirtschaftliche Situation als *Sozialismus*: Es handele sich bei dem Ausdruck *christlicher Sozialismus* „nicht um eine zutreffende Wortzusammenstellung“. Wörtlich wird Adenauer zitiert:

„Mit dem Wort Sozialismus gewinnen wir fünf Menschen, und zwanzig laufen weg. In der heutigen Zeit in Deutschland von Sozialismus zu sprechen, ist reine und blasse Theorie. Wir haben einen derartigen Sozialismus in Deutschland, daß bis zum letzten Hosenknopf und bis zur letzten Nähnadel nichts produziert und verkauft werden kann, ohne daß es von den Alliierten genehmigt, die Zuteilung erfolgt und der Preis festgesetzt ist.“

Adenauer schlug als Konsequenz aus diesen sprachstrategischen Überlegungen eine schließlich nicht verabschiedete EntschlieÙung vor, in der es hieß:

„Die Anwendung der Bezeichnung ‚Christlicher Sozialismus‘ oder ‚Sozialismus aus christlicher Verantwortung‘ [eine in der CDU synonym gebrauchte Wendung] als Ausdruck sozialer Haltung und sozialen Wollens oder auch in einer umfassenderen Bedeutung ist irreführend.“⁸

Auch in CDU-nahen Zeitungen wie der KÖLNISCHEN RUNDSCHAU und dem RHEINISCHEN MERKUR wurde zu dieser Zeit schon die Verwendung von *Sozialismus* und *Christlicher Sozialismus* abgelehnt und unter anderem als alternative Eigenbezeichnung *Solidarismus* vorgeschlagen.⁹ Solche Überlegungen faÙten offenbar so sehr Fuß in der CDU, daß im Sommer 1947 Vertreter des christlichen Gewerkschaftsflügels wie Jakob Kaiser nur noch im Bewußtsein der Ablehnung dieser Worte, sprachthematisierend und sich entschuldigend, positiv von *Sozialismus* bzw. *sozialistisch* sprechen konnten:

„Unsere Verantwortungen haben gerichtet zu sein auf ein fortschrittliches Deutschland, ein Deutschland – nun gestatten Sie mir, daß ich es aus-

7 Zit. nach Uertz 1981, S. 84.

8 Alle Zitate aus: Protokoll der Zonenausschußsitzung, zit. nach Uertz 1981, S. 85.

9 Vgl. KÖLNISCHE RUNDSCHAU 11.6.1946, S. 2: „Christlicher Sozialismus?“; dies. 5.7.1946, S. 3: „Christlicher Sozialismus?“; RHEINISCHE POST 13.7.1946: „Christlicher Sozialismus“; RHEINISCHER MERKUR 27.8.1946, S. 2: „Christlicher Sozialismus?“ (A. Süsterhenn); ders. 10.9.1946, S. 1: „Solidarismus statt Sozialismus“ (A. Süsterhenn); zit. nach Ambrosius 1977, S. 22f.; vgl. zur Wahl zwischen *Solidarismus* und *Sozialismus* auch Conze 1969, S. 40f.

spreche, weil mir daran gelegen ist, daß wir uns darüber zu einigen vermögen und auch in diesen Angelegenheiten eine Sprache sprechen: gestatten Sie, daß ich das umstrittene Wort ausspreche, auch wenn es bei diesem oder jenem noch Anstoß erregen sollte – das den Zug der Zeit – meine Freunde, demonstrieren Sie nicht gegen mich, soweit Sie nicht einverstanden sind, den sozialistischen Zug der Zeit nicht vermeint, sondern ihn bejaht.“¹⁰

Selbst solche vorsichtigen Formulierungen lösten scharfe Gegenerklärungen aus: Andere Redner forderten, eine „scharfe Trennungslinie gegenüber dem Sozialismus [zu] ziehen“ (Robert Lehr), oder sorgten sich „vor den Einbrüchen eines sozialistisch-marxistischen Gedankengutes in den Bereich“ der Partei (Gerd Bucerius).¹¹

1.2 Das Wortfeld um *Planwirtschaft*, *Planung* und *Zwangswirtschaft* im Sommer 1947 und *Misch-Vokabular*

Die Umbruch-Situation des Sommers 1947, die sich hier anhand des Rückzugs der CDU vom Gebrauch der Ausdrücke *Sozialismus* und *Christlicher Sozialismus* zeigt und die in der CSU zur gleichen Zeit schon mit der Antithese „Freiheit oder Sozialismus“ die zukünftige Auseinandersetzung eingeleitet hatte¹², zeigt sich auch in den öffentlichen Äußerungen der führenden neo-liberalen Wirtschaftstheoretiker Ludwig Erhard und Alfred Müller-Armack, die sich nun häufiger zu Wort meldeten. Angesichts der öffentlichen Stimmung – Bayerns stellvertretender Ministerpräsident Josef Müller behauptet noch im September 1947, „der Sozialismus sei gegenwärtig ein Dogma“ (DIE NEUE ZEITUNG 30.9.1947) – und der realen wirtschaftlichen Probleme, die auch ihnen ein gewisses Ausmaß staatlicher Planung zumindest für eine Übergangszeit notwendig erscheinen lassen, verwenden die Vertreter der später sich durchsetzenden Denkrichtung zu dieser Zeit einige zentrale Begriffe uneinheitlich.

Planwirtschaft, *Lenkungswirtschaft*, *Zentralverwaltungswirtschaft*, *Sozialismus* als Bezeichnungen einer Wirtschaftsordnung und *Planung* und *Lenkung* als Vorgangsbezeichnungen, die alle bald darauf von dieser Richtung und den Unions-Parteien sowie der FDP eindeutig als Stigmawörter benutzt werden, werden zu dieser Zeit noch neutral verwendet. Gleichzeitig wird in ausführlicheren Erörterungen ihre Pejorisation bereits vorbereitet, indem man kontrastiv die eigene Konzeption darstellt.

10 Jakob Kaiser auf dem CDU-Parteitag am 14./15.8.1947 in Recklinghausen, zit. nach Ambrosius 1977, S. 99.

11 Zit. nach ebd.

12 Der bayerische Ministerpräsident Hans Ehard hatte auf dem Eichstätter Parteitag der CSU am 30./31.8.1947 Sozialismus und politische Demokratie als Antagonismen dargestellt und den Sozialismus als Hindernis für die „Erhaltung der persönlichen Unabhängigkeit“ bezeichnet. (vgl. Ambrosius 1977, S. 101).

Erhard stellt diese als mittleren Weg zwischen *freier Wirtschaft* und *Planwirtschaft* bzw. zwischen *Kapitalismus* und *Sozialismus* dar, bei Müller-Armack wird sie schon als *soziale Marktwirtschaft* bezeichnet.

Als eindeutige Negativvokabeln dienen zu dieser Zeit nur die folgenden Ausdrücke. Sie werden zumeist mit Referenz auf die Nazi-Zeit und das Sowjet-System verwendet, später aber auch häufig mit den dann ebenfalls negativ konnotierten erwähnten „planwirtschaftlichen“ Vokabeln gegen den innenpolitischen Gegner eingesetzt: *Zwangswirtschaft*, *Befehlswirtschaft*, *Kommandowirtschaft* (beide meist mit dem Attribut *staatliche*), *Staatskapitalismus*, *Kollektivismus* bzw. *kollektivistische Wirtschaft* und *Bürokratismus*.¹³

Zum Lavieren mit den genannten Ausdrücken kommt in dieser Umbruchzeit der Gebrauch von Vokabeln für wirtschaftliche Konzepte, die ebenfalls sowohl die akute Notwendigkeit wirtschaftlicher Planung wie die für Planungskonzepte günstige öffentliche Stimmung berücksichtigen. Konrad Adenauer setzt in der CDU in programmatischen Formulierungen durch, daß die Wirtschaft auf dem *machtverteilenden Prinzip* aufgebaut werden solle und das Ziel eine *Gemischtwirtschaft* sei.¹⁴ Alfred Müller-Armack sprach 1947 von *Mischformen* in der Wirtschaft. Ebenso hielt er eine *demokratische Zentralverwaltungswirtschaft*¹⁵ für möglich; dabei versucht er, mit Hilfe des Attributs *demokratisch* den sonst als Stigmawort gebrauchten Ausdruck positiv verwendbar zu machen.

Während etwa Ludwig Erhard zu dieser Zeit das Wort *Planwirtschaft* noch ambivalent verwendet, werden ab der Umbruchzeit des Sommers 1947 einige Schlagwörter, vor allem aber der Ausdruck *Planwirtschaft*, je nach parteipolitischer Zugehörigkeit unterschiedlich verwendet. Für CDU/CSU/FDP werden sie zu Stigmawörtern, für die SPD bleiben sie Fahnenwörter, bevor auch sie in den fünfziger Jahren langsam von ihnen abbrückt.

In mehreren Beiträgen in DIE NEUE ZEITUNG (14.10.1946, 7.4.1947, 23.6.1947) versucht Ludwig Erhard, sein Konzept, das er *freie Marktwirt-*

13 Vgl. zu den ersten dreien etwa Ludwig Erhard in: DIE NEUE ZEITUNG 14.10.1946, 7.4.1947, 23.6.1947, Rundfunkansprache am 11.11.1948; in Erhard 1962, S. 96ff. Spätere Ausnahmen dieses Sprachgebrauchs bestätigen in der Regel diese auch allgemein negative Verwendung, wenn erst nach expliziter Sprachthematization des Negativcharakters einer Vokabel wie *Zwangswirtschaft* eine ausführlicher begründete positive Verwendung folgt: z.B. Friedrich Stampfer in DAS VOLK 20.11.1948 mit dem Fazit: „Die ‚soziale Marktwirtschaft‘ kann gar nicht ‚sozial‘ sein, ohne bei ihrer gehästen Gegnerin, der ‚Zwangswirtschaft‘, eine gehörige Anleihe zu machen.“ *Kollektivismus* und *kollektivistisch* sind Anfang der 50er Jahre über die Wirtschaftsordnungsdiskussion hinaus häufig gebrauchte Stigmawörter, die z.B. gegen gewerkschaftliche Mitbestimmungsforderungen verwendet werden.

14 Vgl. Uertz 1981, S. 90 und 180ff.

15 Vgl. Ambrosius 1977, S. 111 und 109.

schaft, Marktwirtschaft mit freier Preisbildung, Marktwirtschaft nennt, als sowohl von kapitalistischen wie sozialistischen Einflüssen bestimmt darzustellen. Sein Hauptanliegen scheint darin zu bestehen, die Diskussion um die Wirtschaftsordnung von „der Zuspitzung auf scheinbar unversöhnliche Extreme – hie freie Wirtschaft, dort Planwirtschaft, hie Sozialismus, dort Kapitalismus“ – zu lösen. Indem er die jeweils negative Lesart der Begriffe als unangemessen brandmarkt, scheint er alle vier Begriffe rehabilitieren zu wollen:

„Wer unter freier Wirtschaft nach wie vor immer nur das hemmungslose Freibeutertum der früh- und hochkapitalistischen Ära zu verstehen geneigt ist, wird der Dynamik hochentwickelter Volkswirtschaften so wenig gerecht wie der beziehungslose Individualist, der Planwirtschaft schlechthin mit Verödung und Bürokratisierung einer seelenlosen Wirtschaft gleichsetzt. Nicht anders verhält es sich mit den Begriffen Kapitalismus und Sozialismus. Es ist für die Gegenwart durchaus einseitig, unter kapitalistischer Wirtschaft ein auf der Ausbeutung des arbeitenden Menschen beruhendes Wirtschaftssystem zu verstehen und Sozialismus mit völliger Nivellierung und Beseitigung jeglicher wirtschaftlichen Freiheit gleichzusetzen.“¹⁶

Gleichzeitig aber verwirft er alle vier Ausdrücke als angemessene Bezeichnungen für die zukünftig zu verwirklichende und mögliche Wirtschaftsform, für die er die terminologische Alternative *Marktwirtschaft mit freier Preisbildung* bereithält:

„Der eigentliche Gegensatz besteht nicht zwischen freier Wirtschaft und Planwirtschaft, wie auch nicht zwischen kapitalistischer und sozialistischer Wirtschaft, sondern zwischen Marktwirtschaft mit freier Preisbildung und staatlicher Befehlswirtschaft mit regulativem Eingriff auch in die Verteilung.“¹⁷

Während Erhard mit diesem Argumentationsmuster in allen drei Artikeln wohl Konzessionen an die langsam abflauende Zeitströmung macht, wird im jeweils fortlaufenden Text der Ausdruck *Planwirtschaft* mehr und mehr in negativen Kontexten verwendet und erscheint dadurch mit *Zwangswirtschaft* und anderen Stigmawörtern zunehmend synonym, obwohl er zuvor diese Gleichsetzung explizit ablehnt. Vor allem mit den Attributen *total* und *staatlich* und in der Gegenüberstellung zum eigenen Konzept wird der Ausdruck bei Erhard in dieser Zeit langsam zum Stigmawort; das bleibt er später bei allen Verfechtern – der dann so genannten – *Sozialen Marktwirtschaft*.

Im April 1947 warnt Erhard unter der Schlagzeile „Freie Marktwirtschaft oder Planwirtschaft?“ bereits vor denen,

„die die [bestehende] Zwangswirtschaft möglichst geräuschlos in die totale Planwirtschaft – und das ist zugleich auch immer staatliche Befehls-

16 DIE NEUE ZEITUNG 14.10.1946, zit. nach Erhard 1962, S. 19.

17 DIE NEUE ZEITUNG 14.10.1946, zit. nach ebd., S. 20.

wirtschaft – überleiten wollen. [...] Jede Planwirtschaft muß notwendig einer zentralistischen Staatsordnung und Staatsgewalt zuneigen“ (DIE NEUE ZEITUNG 7.4.1947).

Im Juni beklagt sich Erhard darüber, daß „die Planwirtschaft zum Dogma“ erhoben werde. Ihr „Nachteil gegenüber der Marktwirtschaft“ werde sich unter normalen wirtschaftlichen Verhältnissen erweisen (DIE NEUE ZEITUNG 23.6.1947). Entsprechend negativ verwendet Erhard in diesem Artikel den Ausdruck *Planwirtschaft*, wobei er seine Konzeption von *Marktwirtschaft* sowohl gegen *kapitalistische* Vorstellungen wie gegen *kollektivistische Planwirtschaftler* abgrenzen will.

Ab Herbst 1947 ist bei der CDU und bei Marktwirtschaftlern die Negativverwendung von *Planwirtschaft*¹⁸ konventionalisiert. Eine sprachthematisierende Ausführung des SPD-Wirtschaftsexperten Nölting am 1.4.1951 auf dem Parteitag der SPD, die ja zu diesem Zeitpunkt noch für *Planwirtschaft* und *Sozialismus* eintritt¹⁹, zeigt, wie negativ der Ausdruck *Planwirtschaft* schon „besetzt“ ist. Nachdem Nölting das SPD-Konzept zuvor als *Lenkung der leichten Hand* bezeichnet hatte, führt er aus:

„Ich bitte, einmal zu erwägen, ob es taktisch klug ist, daß wir immer von Planwirtschaft sprechen. Wir haben den Rohstoff der Sprache nicht souverän in unserer Hand. Dieses Wort ‚Planwirtschaft‘, ob uns das gefällt oder nicht, ob das gerechtfertigt ist oder nicht, ist nun einmal mit Zwangsassoziationen beladen. [...] ich glaube, wir kämen durch eine terminologische Auswechslung, indem wir vielleicht von – so wie ich es tue – ‚Lenkungswirtschaft‘ oder nur von planwirtschaftlicher Wirtschaftsführung, von planmäßiger Zukunftssorge oder was ihr wollt, sprechen, um viele Schwierigkeiten herum.“²⁰

1.3 Soziale Marktwirtschaft

Durchsetzen konnte sich dagegen ein wirtschaftspolitisches Schlagwort, das die CDU nach der Absetzung von früher sozialistischer Terminologie schon in den Düsseldorfer Leitsätzen 1949 als Fahnenwort für die aus ihren wirtschaftspolitischen Maßnahmen hervorgehende Wirtschaftsordnung aufgenommen hatte: *Soziale Marktwirtschaft*. Dieses Schlagwort wurde in den fünfziger Jahren zum Wahlkampfschlager der CDU.

Als wesentlich für die Umsetzung der Theorien, die dem neuen Begriff zugrunde lagen, und für die Durchsetzung der Terminologie können Alfred Müller-Armack und Ludwig Erhard angesehen werden. Beide legten Wert darauf, daß ihre Konzeption nicht als *freie Wirtschaft*, was ihnen zu

18 „Die Planwirtschaft mündet immer darin, daß das einzelne Individuum [...] unter die Knute des Staates – [...] – gezwungen wird.“ (Erhard auf dem 2. Parteikongreß der CDU der britischen Zone am 28. August 1948 in Recklinghausen, zit. nach Erhard 1962, S. 70).

19 Vgl. Svensson 1984, S. 103ff.

20 Zit. nach Flechtheim 1963, Bd. III, S. 53 f.

stark nach altem liberalistischem Kapitalismus klang, sondern als *Marktwirtschaft* bzw. *freie Marktwirtschaft* bezeichnet wurde. In zahlreichen Äußerungen und Publikationen seit den frühen Nachkriegsjahren wurde diese Terminologie sowie ihre entsprechenden Antonyme (*Planwirtschaft*, *Zentralverwaltungswirtschaft*, *Zwangswirtschaft*) vor allem von dem aktiven Wirtschaftspolitiker Erhard verbreitet.

Müller-Armack hatte in einer Schrift von 1946 die Wortzusammenstellung *Soziale Marktwirtschaft* geprägt, die aber im Jahre 1947 von Erhard noch nicht verwendet wurde. In CDU-Gruppierungen etablierte sie sich erst im Laufe des Jahres 1948. Im Jahre 1949 erhielt sie in den Düsseldorfer Leitsätzen der CDU eine zentrale Stellung und wurde seitdem von der CDU für die politische Werbung eingesetzt.

Bereits in seiner im Krieg entstandenen Denkschrift „Kriegsfinanzierung und Schuldenkonsolidierung“ (1943/44) hatte Erhard sein Konzept von der *freien Wirtschaft* abgegrenzt²¹ und als „freie, auf echten Leistungswettbewerb beruhende Marktwirtschaft mit den jener Wirtschaft immanenten Regulativen“ (Erhard 1977, S. 264) bezeichnet. Die später behauptete soziale Komponente dieser Wirtschaftsform sollte zum einen in diesen *Regulativen*, zum anderen in staatlichen Regelungsmöglichkeiten bestehen, „denn auch die freieste Marktwirtschaft [...] bedarf eines Organs der Rechtsetzung und der Rechtsüberwachung“ (ebd., S. 265).

In dieser Passage verwendet Erhard mit *Leistungswettbewerb* ein zweites, in den 40er/50er Jahren wichtiges Fahnenwort seiner Konzeption. Mit diesem Wort, das metaphorisch den Wirtschaftsablauf wie eine sportliche Wettkampf-Veranstaltung erscheinen ließ, wurde, zumeist verknüpft mit den Attributen *echt* und/oder *frei*, die Bedingung zur Verwirklichung dieser Marktordnung ausgedrückt. Das Wort *Leistungswettbewerb* wurde vor allem nach der Währungsreform „zu einem der am häufigsten benutzten Begriffe dieser Zeit. Welche Form er konkret annehmen sollte, wurde nicht gesagt“ (Ambrosius 1977, S. 198). Der Ausdruck war trotz seines ideologischen Gehalts, der als wesentliche Komponenten des Wirtschaftslebens *Leistung* und *Wettbewerb* behauptete²², nicht umstritten und wurde sowohl als Zustandsbezeichnung²³ wie als Programmvokabel verwendet.

21 Vgl. Erhard 1977, S. 239ff.

22 „Die Soziale Marktwirtschaft beruht auf dem Wettbewerb, der ein Wettbewerb der echten wirtschaftlichen Leistungen sein muß und nicht zum gezielten Schädigungs- und Vernichtungswettbewerb entarten darf. Leistungswettbewerb bewirkt ein Höchstmaß an Produktivität, ein faires Zusammenleben der wirtschaftlichen Kräfte und erschwert die Bildung von privater wirtschaftlicher und politischer Macht.“ (Programm der *Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft* vom 26.3.1956).

23 „Die heutige Wirtschaftspolitik beruht auf dem Grundsatz eines unverfälschten und ungehemmten Leistungswettbewerbs.“ (BULLETIN DES PRESSE- UND INFORMATIONSAMTS DER BUNDESREGIERUNG 26.2.1953).

Den Ausdruck *Soziale Marktwirtschaft* führte dann in den Jahren 1946 und 1947 Alfred Müller-Armack in einigen Veröffentlichungen und Stellungnahmen in die öffentliche Diskussion ein. In den meisten Kontexten spricht er, ebenso wie seine Mitstreiter in den folgenden Jahren, nur von *Marktwirtschaft*. Nur wenn explizit auf die vorgesehene soziale Gestaltung Bezug genommen wird, verwendet er den Ausdruck *Soziale Marktwirtschaft*. Dessen spätere Werbewirksamkeit als gelungene Wortverbindung scheint in den ersten Jahren, bis zur parteioffiziellen Übernahme durch die CDU, noch nicht erkannt worden zu sein. Sie wäre vielleicht auch nicht gegeben gewesen, weil sich mit dem Schlagwort noch keine konkreten Erfolge und Erfahrungen verbinden ließen. Jedenfalls wurde in diesen ersten Jahren von Müller-Armack, Erhard und anderen häufiger von *Marktwirtschaft* oder *freier Marktwirtschaft* gesprochen.²⁴ Zudem hatte sich zur Hervorhebung des Sozialen in dieser Marktwirtschaft das kompakte Schlagwort noch nicht gegen umständlichere Umschreibungen (s.u.) durchgesetzt. Zwei Müller-Armack-Zitate von 1946 und 1947 sollen die explizit sprachreflexive Einführung des wichtigen Schlagwortes belegen:

„Wir müssen den Weg zu einer wirtschaftspolitischen Synthese [zwischen Lenkungswirtschaft und Marktwirtschaft] beschreiten. [...] Wir sprechen von ‚Sozialer Marktwirtschaft‘, um diese dritte wirtschaftspolitische Form zu kennzeichnen. Es bedeutet dies [...], daß uns die Marktwirtschaft notwendig als das tragende Gerüst der künftigen Wirtschaftsordnung erscheint, nur daß dies eben keine sich selbst überlassene, liberale Marktwirtschaft, sondern eine bewußt gesteuerte, und zwar sozial gesteuerte Marktwirtschaft sein soll.“²⁵

Im Juli 1947 nimmt er auf diese Begriffsprägung Bezug:

„Die Vereinigung der Widerstrebenden kann nur [...] in einer Marktwirtschaft erfolgen, die mit wirksamen sozialen Sicherungen versehen wird. Für diese neue Form habe ich den Begriff ‚Soziale Marktwirtschaft‘ vorge schlagen und damit vielfache Zustimmung erhalten.“²⁶

Dieses neue wirtschaftspolitische Schlagwort wurde „während des Jahres 1948 im politischen Sprachgebrauch zur Standardformel“ (Ambrosius 1977, S. 196). Daß es aber zu diesem Zeitpunkt noch weniger konventionalisiert war als nach seiner programmatischen Übernahme durch die CDU in den Düsseldorfer Leitsätzen von 1949, zeigen die 1948 noch synonym gebrauchten Wendungen *sozial gesteuerte* (siehe Müller-Armack-Zitat), *sozial verpflichtete*²⁷ und *sozial gebundene Marktwirtschaft*.

24 Wie auch noch in den 50er Jahren vor allem von Wirtschaftsliberalen, denen ihre reine Lehre wichtiger war als die Verwendung eines wählerwirksamen Schlagworts.

25 Hier zit. nach Müller-Armack 1966, S. 109, unter dem Titel „Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft“ zuerst im Dezember 1946 in Hamburg erschienen.

26 Zit. nach Müller-Armack 1974, S. 74.

27 Ludwig Erhard am 28.8.1948 auf dem 2. Parteikongreß der CDU der britischen Zone (in Erhard 1962, S. 70).

Ebenso waren weiterhin andere Bezeichnungen im Gebrauch in Äußerungskontexten, bei denen die Betonung der sozialen Komponente der Wirtschaftsordnung für weniger wichtig gehalten wurde, bzw. bei Sprechern, denen diese Komponente nicht wesentlich war und denen auch die Bedeutung der öffentlichen Herausstellung dieser Betonung unwichtig erschien; solche Bezeichnungen waren *Marktwirtschaft*, *freie Marktwirtschaft*, *freie Markt- und Wettbewerbswirtschaft*²⁸, *freie Verkehrswirtschaft*²⁹, *Wettbewerbswirtschaft* (INDUSTRIEKURIER 29.10.1949, HAMBURGER FREIE PRESSE 6.1.1950).

Marktwirtschaft und *freie Marktwirtschaft* werden in den fünfziger Jahren weiterhin alternativ und zum Teil konkurrierend zu *Soziale Marktwirtschaft* verwendet, während die anderen Ausdrücke in den fünfziger Jahren kaum noch benutzt werden und auch andere Einzelschlüsse wie *Verbraucherwirtschaft*³⁰ keinen Erfolg haben. Der Ausdruck (*freie*) *Marktwirtschaft* wird nicht nur von der eben genannten Sprechergruppe und in den genannten Äußerungskontexten verwendet³¹, sondern auch von denen, die die soziale Komponente der Wirtschaftskonzeption bezweifeln und daher diese Ausdrücke für ehrlicher und angemessener halten und sie mit negativer Konnotation verwenden. Von den Protagonisten der *Sozialen Marktwirtschaft* werden jedenfalls schon in dieser frühen Nachkriegszeit die Ausdrücke *freie Wirtschaft* und *liberale Marktwirtschaft* „peinlich vermieden“ (Ambrosius 1977, S. 196).

Für die öffentliche Durchsetzung der Bezeichnung *Soziale Marktwirtschaft* war die parteioffizielle Übernahme derselben durch die CDU im ersten Halbjahr 1949 entscheidend. Diskutiert und akzeptiert wurde die Bezeichnung in einer Zonenausschußsitzung der CDU am 25.2.1949, programmatisch niedergelegt und begründet in den Düsseldorfer Leitsätzen vom 15.7.1949, und auf deren Grundlage wurde sie – in Opposition zur nun bei der CDU bereits negativ konnotierten *Planwirtschaft* – im ersten Bundestagswahlkampf als Bezeichnung für die Wirtschaftskonzeption angepriesen, die für das gesteigerte Warenangebot seit der Währungsreform verantwortlich sei.

In der genannten Zonenausschußsitzung begründet Erhard, offenbar gegen Kritik, die die Unangemessenheit des Attributs *sozial* behauptet, die „Richtigkeit“ dieser Benennung, wertet gleichzeitig, offener als in seinen Zeitungsartikeln aus dem Jahre 1947, *Planwirtschaft* ab und ver-

28 Z.B. in einer paraphrasierten Wiedergabe einer Stellungnahme der Wirtschaftsvereinigung Zieherei und Kaltwalzwerke in DIE NEUE ZEITUNG 17.6.1948.

29 Indirekte Wiedergabe von F. A. Hayek in DIE NEUE ZEITUNG 30.6.1947.

30 Vgl. den Artikel von Volkmar Muthesius in der FRANKFURTER ALLGEMEINEN ZEITUNG vom 8.9.1951.

31 Vgl. etwa den FDP-Politiker Dehler in der FRANKFURTER ALLGEMEINEN ZEITUNG vom 13.4.1954 und den Präsidenten der Industrie- und Handelskammer Frankfurt a. M., Bartmann, im VORWÄRTS 8.3.1959.

sucht, die Opposition *unsoziale Planwirtschaft* versus *soziale Marktwirtschaft* zu etablieren:

„Es ist eine völlige Illusion, etwa zu glauben, daß die Planwirtschaft sich von sozialen Aspekten leiten ließe, und daß dieses Prädikat ‚sozial‘ der Marktwirtschaft nicht zukomme. Gerade das Gegenteil ist der Fall, und die Wahrheit beruht im Gegenteil. Die Planwirtschaft ist das Unsozialste, was es überhaupt gibt, und nur die Marktwirtschaft ist sozial.“³²

Bezogen auf den kommenden Wahlkampf gibt Adenauer in dieser Sitzung die Opposition *Planwirtschaft* versus *Marktwirtschaft* ganz offen als Parole aus und zeigt, mit welcher Attribuierung die gewünschten deontischen Komponenten des Wortes zu erreichen sind:

„Akut ist im kommenden Wahlkampf die Frage: Planwirtschaft oder Marktwirtschaft. [...] Ich würde vorschlagen, zunächst dieses Thema ein bißchen sehr kurz zusammengedrängt in die Frage: Planwirtschaft oder Marktwirtschaft (Zuruf Albers: Soziale!), oder sagen wir: bürokratische Planwirtschaft oder soziale Marktwirtschaft (Heiterkeit) [...] zu fassen.“³³

In dieser Passage zeigt sich auch, daß das Attribut *sozial* für den wirtschaftsliberalen Flügel der CDU rein taktische Bedeutung hat, während es für den „linken“ Flügel nach der Aufgabe ihres christlich-sozialistischen Konzeptes für das Selbstverständnis unabdingbar ist. Der Vertreter des „linken“ Flügels, Johannes Albers, fordert hier auch inhaltlich das Attribut *sozial* ein. Adenauer hatte es zuvor nicht beachtet, so daß sein Eingehen auf den Zuruf als taktisch bedingt interpretiert werden kann.

Die Düsseldorfer Leitsätze vom 15.7.1949 gehen schließlich ausführlich auf das Konzept „soziale Marktwirtschaft“ ein. Es wird für die wirtschaftlichen Erfolge seit der Währungsreform in Anspruch genommen, und der Ausdruck wird definiert:

„Diese marktwirtschaftlichen Grundsätze wurden durch die von der CDU vertretene ‚soziale Marktwirtschaft‘ am 20. Juni 1948 zur Grundlage der deutschen Wirtschaftspolitik gemacht. [...] Die ‚soziale Marktwirtschaft‘ ist die sozial gebundene Verfassung der gewerblichen Wirtschaft, in der die Leistung freier und tüchtiger Menschen in eine Ordnung gebracht wird, die ein Höchstmaß von wirtschaftlichem Nutzen und sozialer Gerechtigkeit für alle erbringt. [...] Die ‚soziale Marktwirtschaft‘ steht im scharfen Gegensatz zum System der Planwirtschaft. [...] Das System der Planwirtschaft beraubt den schaffenden Menschen seiner wirtschaftlichen Selbstbestimmung und Freiheit. [...] Statt einer freiheitlichen Ordnung entsteht

32 Zit. nach Ambrosius 1977, S. 199.

33 Zit. nach ebd., S. 204. Nachdem Adenauer selbst den Antagonismus *Planwirtschaft* versus (*Soziale*) *Marktwirtschaft* erst als Wahlkampfstrategie geschaffen hat, kann er ihn nach gewonnener Wahl in seiner ersten Regierungserklärung wieder aufgreifen und die Wahlentscheidung als Volksentscheid für die *soziale Marktwirtschaft* interpretieren: „Die Frage: ‚Planwirtschaft‘ oder ‚Soziale Marktwirtschaft‘ hat im Wahlkampf eine überragende Rolle gespielt. Das deutsche Volk hat sich mit großer Mehrheit gegen die Planwirtschaft ausgesprochen.“ (Stenographische Berichte des Deutschen Bundestages (BT) 20.9.1949, S. 22).

mit zwingender Folgerichtigkeit die Diktatur oder das Chaos. [...] Die ‚soziale Marktwirtschaft‘ steht auch im Gegensatz zur sogenannten ‚freien Wirtschaft‘ liberalistischer Prägung. [...] Weil wir die unsozialen Auswüchse einer solchen ‚freien Wirtschaft‘ vermeiden wollen, [...] fordern wir neben dem Leistungswettbewerb die Monopolkontrolle. [...] Dadurch [durch die Monopolkontrolle] führt die von uns geforderte Wirtschaftsordnung [...] zu wahrer Wirtschaftsdemokratie und deshalb nennen wir sie die ‚soziale Marktwirtschaft‘.“³⁴

Seit dieser programmatischen Festlegung wurde *Soziale Marktwirtschaft* von der CDU zur Bezeichnung ihrer Wirtschaftskonzeption verwendet. Vor allem in den fünfziger Jahren wurden mit dem Schlagwort Wahlkämpfe bestritten und gewonnen, indem es gelang, den Wirtschaftsaufschwung dieser Zeit als Folge dieser Wirtschaftskonzeption darzustellen. Obwohl die SPD deshalb zunehmend gezwungen war, Elemente des Konzepts zu übernehmen, um sich als regierungsfähig und wirtschaftspolitisch kompetent darzustellen, stand doch das Attribut *sozial* immer wieder im Mittelpunkt sprachkritischer Reflexionen.

Von gewerkschaftlicher und sozialdemokratischer Seite, ab und zu auch vom christdemokratischen Gewerkschaftsflügel wird in den Anfangsjahren angesichts der hohen Arbeitslosigkeit und später angesichts der ungleichen Verteilung des neuen Wohlstands die Angemessenheit des Attributs *sozial* zur Bezeichnung der bestehenden Wirtschaftsordnung angezweifelt und dabei das Adjektiv als Euphemismus kritisiert. Die tatsächliche *freie Marktwirtschaft* werde durch das „Tarnungsadjektiv“ (LÜBECKER FREIE PRESSE 15.8.1953) *sozial* in ihrer wirklichen Gestalt verschleiert³⁵. Häufig wird dabei auch auf den Wahlerfolg des Schlagwortes hingewiesen.³⁶

34 Zit. nach Flechtheim 1963, Bd. II, S. 58ff. In diesen Leitsätzen der CDU wurde auch 1949 schon als Ziel festgehalten, „einen Weg zu neuem Wohlstand zu finden“ (Flechtheim 1963, Bd. II, S. 64). Das Wort *Wohlstand* wurde aber erst 1957 in dem Slogan *Wohlstand für alle* zu einer zentralen Vokabel der CDU-Werbesprache.

35 Die NÜRNBERGER NACHRICHTEN etwa zitieren einen „Parteigenossen Erhards“, den CDU/CSU-Bundestagsabgeordneten Hans Bodensteiner, der schreibe, daß sich „hinter dem schönen Schleier der sozialen Marktwirtschaft [...] eine unsoziale Profitwirtschaft“ verberge und daß Erhard „mit der freien Marktwirtschaft [...] den größten Bluff der Nachkriegszeit erfunden [habe], und das Beiwort sozial sei nur deswegen angehängt worden, weil es sich nach außen so besser ausnimmt“ (NÜRNBERGER NACHRICHTEN 11.10.1950). Die katholische Arbeitnehmerschrift KETTLER WACHT meint, daß die bestehende Wirtschaftsform nicht sozialer sei als die alte liberal-kapitalistische Wirtschaft. Diese Wirtschaft strebe nicht von sich aus nach „sozialer Gerechtigkeit“, sie sei eine „freie Marktwirtschaft“ und habe nicht das Recht, als „soziale Marktwirtschaft“ bezeichnet zu werden. Den Anteil am Sozialertrag, den ärmere Schichten bekommen hätten, habe diese Wirtschaft nicht freiwillig gegeben, sondern „jede Verbesserung der Lebenshaltung mußte dieser Wirtschaft, die sich doch sozial nennt, durch die Gewerkschaft abgerungen werden“ (1.4.1952).

36 So stellt die CDU-nahe Zeitung RHEINISCHER MERKUR fest, daß das „Zauberwort ‚Soziale Marktwirtschaft‘“ in Wahlkämpfen „eine sehr wichtige, vielleicht sogar entscheidende Rolle gespielt“ habe (RHEINISCHER MERKUR 28.5.1954). Und die FRANKFURTER RUNDSCHAU schreibt, „daß die ‚soziale Marktwirtschaft‘ nur auf dem Papier steht“ und

Gegen diese Kritik melden sich immer wieder Vertreter der Bundesregierung, vor allem Ludwig Erhard, öffentlich zu Wort und zählen soziale Erfolge der Regierung auf, um die Adäquatheit des Attributs *sozial* für die bestehende Wirtschaftsordnung zu belegen, um zu zeigen, daß sie zu Recht „das Prädikat verdiene, sozial zu sein“ (FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG 9.5.1952).³⁷ Die zweite Strategie, die Legitimität des Ausdrucks *sozial* zu behaupten, besteht darin zu erklären, daß die *Soziale Marktwirtschaft* aus sich heraus, durch ihr eigenes Funktionieren, d.h. auch ohne staatliche Maßnahmen *sozial* sei: „Sozial verdient nur jene Wirtschaftspolitik genannt zu werden, die ein Volk und eine Volkswirtschaft zu höchster Leistung entfacht [...]“. Die dadurch ausgelöste „zunehmende Produktivität der Volkswirtschaft“ sei *sozial*, während die *Planwirtschaft*, da sie diese „Leistungssteigerung“ nicht schaffe, *unsozial* sei (BULLETTIN DES PRESSE- UND INFORMATIONSAMTS DER BUNDESREGIERUNG 10.1.1953).

Seltener gerät das Attribut *sozial* von unternehmerischer bzw. wirtschaftsliberaler Seite unter Beschuß, die den Anspruch des Attributs *sozial* in der Marktwirtschaft für verheerend hält, weil durch dieses Wort Versprechungen gemacht und auch eingehalten würden, die dem wirtschaftlichen Fortschritt oder der deutschen Wettbewerbsfähigkeit entgegenstünden und so im schlimmsten Fall unsoziale, weil die Wirtschaftsentwicklung hindernde Auswirkungen hätten. Sie wenden sich gegen die mit dem Attribut geweckten Erwartungen, die den unternehmerischen Interessen offenbar entgegenstehen.³⁸

Die vielfältige Sprachkritik hat allerdings am Erfolg des Schlagworts nichts geändert. Es wird auch in jüngeren Diskussionen als Fahnwort für die bundesrepublikanische Wirtschaftsordnung gebraucht und weit-

„seit langem zu einem Wahlschlager degradiert worden ist“ (FRANKFURTER RUNDSCHAU 16.1.1957).

37 In einer Diskussion in der Hamburger Universität etwa führt Erhard als Belege dafür die Zahl der jährlich gebauten Wohnungen, die Renten- und Sozialleistungen und die gestiegenen Realeinkommen der Arbeitnehmer an (vgl. FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG 9.5.1952). In einer Diskussion mit dem SPD-Wirtschaftsexperten Nölting nennt Erhard den prozentualen Anteil der „Leistungen für Sozialaufgaben“ aus dem Steueraufkommen (51,8 %) im Vergleich zu viel niedrigeren Prozentzahlen anderer westeuropäischer Staaten sowie die Eingliederung von „neun bis zehn Millionen Flüchtlinge[n] und Heimatvertriebenen[n]“ in den Arbeitsprozeß als Begründungen dafür, „daß wir ein gutes Recht haben, von sozialer Marktwirtschaft zu sprechen“ (DAS PARLAMENT (9.12.1951), H. 14, S. 5).

38 Da in wirtschaftlichen Belangen „der Begriff des Sozialen nur zu häufig ein Deckmäntelchen für den Neid geworden ist“ (Hayek 1957, S. 81), schlägt etwa der Nobelpreisträger für Ökonomie, F. A. Hayek, vor, daß man sich „von dem verwirrenden Einfluß einer solchen magischen Beschwörungsformel“ (ebd., S. 73) befreien und also das Wort aufgeben solle. Ein anderer Unternehmervertreter stellt fest: „Es sind eine Fülle negativer Erscheinungen zu registrieren, die ausschließlich Auswirkungen moderner sozialer Heilslehren sind, die aber deshalb nicht abgeschafft werden können, weil das Beiwort ‚sozial‘ sie geradezu tabu für Kritik macht.“ (D. Schäfer im INDUSTRIEKURIER 13.7.1957).

hin akzeptiert. Die Sprachkritik hat vielleicht dazu beigetragen, daß der Ausdruck im Godesberger Programm der SPD nicht vorkommt, obwohl die inhaltliche Konzeption weitgehend übernommen worden ist³⁹, und daß in wirtschafts- bzw. gesellschaftskritischen Kreisen der Ausdruck bis heute nicht oder nur mit Distanzindikatoren verwendet wird.

1.4 *Planwirtschaft* und neues Vokabular bei der SPD

Die SPD hatte es in den fünfziger Jahren mit ihren frühen oppositionellen Konzeptionen und deren Bezeichnungen schwer, gegen dieses erfolgreiche Schlagwort inhaltlich und sprachlich anzugehen. Zunächst hatte sie ja in den vierziger Jahren eindeutig die *Planwirtschaft* gefordert, während die CDU diese schon, mit *Unfreiheit* gleichgesetzt, als Opposition zu *Soziale Marktwirtschaft* stigmatisierte. Diese Stigmatisierung war deshalb leicht, weil auch die nationalsozialistische und die sowjetische Wirtschaft sich als *Planwirtschaft* verstanden und über den Ausdruck die SPD-Vorstellungen mit diesen Systemen assoziiert werden konnten.

Terminologisch flankiert wurde die Stigmatisierung von *Planwirtschaft* als Opposition zu (*soziale*) *Marktwirtschaft* durch die Verwendung synonym gemeinter Ausdrücke wie *kollektivistische Befehlswirtschaft*, *zentrale Verwaltungswirtschaft*, *Zwangswirtschaft*, *Kommandowirtschaft*, deren Verwirklichung „den Weg in die Knechtschaft“ und „den Termitenstaat“ bedeuteten.⁴⁰

Auf diese Gleichsetzung reagierten SPD-Politiker schon recht früh, so daß nach der zitierten sprachreflexiven Äußerung Nöltings auf dem Parteitag von 1951 der Ausdruck *Planwirtschaft* zunehmend vermieden wurde, obwohl die SPD weiterhin mehr planende Elemente in der Wirtschaft wünschte. Auf dem Parteitag 1946 war noch uneingeschränkt von *Planwirtschaft* gesprochen worden.⁴¹ 1947/48 begann dann das Absetzen von diesem Ausdruck, indem er, mit eindeutig negativen Attributen versehen, abgelehnt wurde:

Die SPD sei gegen „die detaillierte zentralistische Planwirtschaft“⁴² und gegen die „totale Planwirtschaft“⁴³. Dann aber wurde auch das isolierte Wort *Planwirtschaft* abgelehnt. Rudolf Zorn betonte z.B. den Unter-

39 Vgl. Hermanns 1989, S. 85ff.

40 Vgl. E. Nölting (SPD) am 1.4.1951 auf dem SPD-Parteitag, wo er Äußerungen Erhards und Hayeks referiert. In folgendem Beleg wird die direkte Gleichsetzung von *Kommandowirtschaft* mit *Planwirtschaft* vorgenommen: „Diejenigen, die mit der Kommandowirtschaft (Planwirtschaft) sympathisieren, [...]“ (HAMBURGER FREIE PRESSE 6.1.1950).

41 Vgl. Svensson 1984, S. 112.

42 Schumacher auf dem SPD-Parteitag 1947 (zit. nach Svensson 1984, S. 112).

43 Der bayerische Wirtschaftsminister Zorn auf dem Parteitag 1948 (zit. nach Svensson 1984, S. 113).

schied zwischen *Wirtschaftsplanung* und *Planwirtschaft*. Letztere greife „von einer Zentralstelle aus bis in das letzte Rädchen des Wirtschaftsablaufs“⁴⁴ ein.

Während hier vom Gegner die negative Verwendung von *Planwirtschaft* übernommen und dadurch folgerichtig nur noch für *Wirtschaftsplanung* (die „der Gesetzmäßigkeit, die der Wirtschaft eigen ist, zu ihrem Recht“⁴⁵ verhilft) plädiert wird, beruht Nöltings Ablehnung (s.o.) und sein Vorschlag, von *Lenkungswirtschaft* oder ähnlichem zu sprechen, auf rein sprachstrategischen Überlegungen. Es gab auch (schließlich offenbar unterlegene) SPD-Vertreter, die vor den gegnerischen Sprachstrategien nicht zurückweichen wollten und *Planwirtschaft* (sowie *Sozialismus*) als positive Bezeichnungen der SPD erhalten wollten:

„Gewiß wir tun uns schwer mit diesem Wort, ebenso wie mit dem Begriff Sozialismus, weil sie beide durch Mißbrauch verfälscht worden sind. Aber muß ich meinen guten Namen ändern, weil ein anderer unter meinem Namen Verbrechen begangen hat?“⁴⁶

Trotz solcher Rettungsversuche nahm die SPD in den fünfziger Jahren vom Ausdruck *Planwirtschaft* ebenso wie von *Sozialismus* Abstand, von *Planwirtschaft* vollständig und schon seit 1950, von *Sozialismus* als isoliertem Ausdruck und vor allem in der Außendarstellung in Wahlkämpfen, während er intern noch gebraucht wurde. Statt *Planwirtschaft* gebrauchte die SPD nach 1950 vor allem den Ausdruck *Planung*.⁴⁷ *Planwirtschaft* war nicht nur „historisch“, sondern auch aktuell dadurch belastet, daß die DDR ihr Wirtschaftssystem so bezeichnete.

Aber auch *Planung* war der SPD wohl in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre nicht mehr geheuer. Laut Svensson wurde das Wort zunehmend durch Äußerungen mit anderen Vokabeln abgelöst. Karl Schiller hatte 1957 gegen den „Mythos des Zauberswortes Planung“ bei bestimmten Sozialisten protestiert.⁴⁸

Die neuen SPD-Ausdrücke sollten das gesamtwirtschaftliche Konzept mit dem seit 1954 vertretenen Motto „Wettbewerb soweit wie möglich, Planung soweit wie nötig“⁴⁹ darstellen. Auch dieses Konzept sah stärkere lenkende Eingriffe des Staates als die von der Regierung praktizierte Wirtschaftspolitik vor und stand deshalb ebenfalls unter dem *Planwirtschaft*-Verdacht der Marktwirtschaftler. Die SPD forderte seit dem Dort-

44 Zit. nach Svensson 1984, S. 112.

45 Rudolf Zorn (zit. nach ebd.).

46 Hermann Veit auf dem SPD-Parteitag 1950 (zit. nach Svensson 1984, S. 113).

47 Vgl. Svensson 1984, S. 190f., mit Belegen z.B. von Carlo Schmid auf dem SPD-Parteitag 1956.

48 Zit. nach Svensson 1984, S. 192.

49 Aktionsprogramm von 1952 mit den Erweiterungen des Berliner Parteitages von 1954 (zit. nach Flechtheim 1963, Bd. III, S. 103).

munder Aktionsprogramm 1952 ein *Nationalbudget* und eine *volkswirtschaftliche Gesamtrechnung* (im genannten Aktionsprogramm noch *Gesamthaushalt*)⁵⁰, Forderungen, die in den sechziger Jahren bei SPD-Regierungsbeteiligung eher in den Formen der Schillerschen *Globalsteuerung* verwirklicht wurden, als daß sie älteren *Planungs*-Konzepten entsprachen.

Neben diesen recht abstrakten Vokabeln versuchte die SPD in den fünfziger Jahren, ihre sich langsam ändernden und an die erfolgreichen Konzepte der Regierungsparteien anlehnenen Vorstellungen mit einer programmatischen Vokabel zu bezeichnen, die folgende Anforderungen erfüllen mußte: Sie sollte einerseits die eigenständige Konzeption deutlich werden lassen, andererseits aber sollte sie sowohl Elemente der als erfolgreich erachteten Regierungsvokabeln enthalten als auch der stigmatisierenden Wirkung einiger bis dahin verwendeter Bezeichnungen entgehen.

So benutzte die SPD zwar intern und zum Teil nach außen hin weiter auch isoliert den Ausdruck *Sozialismus*, zunehmend wurde er aber gerade in der Außendarstellung mit den hochwertig positiven Attributen *demokratisch* und *freieitlich* verknüpft.⁵¹ Im Godesberger Programm wird *demokratischer Sozialismus* zu dem Fahnenwort des Programms, obwohl (nach Hermanns) sozialistische Konzeptionen gerade mit diesem Programm, das ein Bekenntnis zur Marktwirtschaft enthält, aufgegeben werden. Die Bindung an die Tradition hindert aber die SPD daran, das stigmatisierte Wort ganz aufzugeben.⁵²

Schon 1951 hatte Nölting die SPD-Position als *demokratisch-freieitlichen Sozialismus*⁵³ bezeichnet, das Dortmunder Aktionsprogramm der SPD von 1952 bekennt sich zum *freieitlichen Sozialismus*.⁵⁴ Weitere

50 Vgl. zum Ganzen Svensson 1984, S. 194ff., zum Letzten Klink 1965, S. 108: Laut diesem war der Ausdruck *Nationalbudget* im ursprünglichen Programmwurf noch nicht enthalten und wurde auf dem Parteitag von Helmut Schmidt thematisiert. (ebd., S. 109) Dieser entdeckte als „eine weitere Lücke im Aktionsprogramm [...] das volkswirtschaftliche Instrument des Nationalbudgets“ (Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der SPD vom 24.–28.9.1952 in Dortmund, S. 142), das daraufhin ins Programm aufgenommen wurde.

51 Zur *Sozialismus*-Verwendung bei der SPD vgl. Liedtke 1989, S. 33.

52 Vgl. Hermanns 1989, S. 88ff. Zum vieldiskutierten und umstrittenen Schlagwort wird *Demokratischer Sozialismus* laut Niehr aber offenbar erst nach der Regierungsübernahme der sozialliberalen Koalition 1969, als die SPD erstmals die Möglichkeit hatte, ihre programmatischen Vorstellungen als Regierungspartei umzusetzen und diese nun mit dem Fahnenwort *Demokratischer Sozialismus* vertrat. Besonders im Wahlkampf 1972 war die Wortverbindung ein heftig umkämpftes Schlagwort, das die SPD zur Eigenwerbung benutzte und das von den Unionsparteien, auf *Sozialismus* verkürzt, genutzt wurde, um der SPD freiheitsfeindliche Ziele zu unterstellen und sie assoziativ mit dem Staatssozialismus der Ostblockstaaten zu verbinden (vgl. dazu ausführlicher Niehr 1993, S. 141–150).

53 Vgl. Flechtheim 1963, Bd. III, S. 52.

54 Vgl. ebd., S. 73.

Versuche, die wirtschaftspolitische Gesamtkonzeption der SPD zu benennen, die sich nicht durchgesetzt haben und innerhalb der Partei zum Teil umstritten waren, sind: *Lenkung der leichten Hand*⁵⁵, *Lenkungswirtschaft* (s.o.), *geplante Marktwirtschaft*, *Marktwirtschaft von links*⁵⁶, *geleitete Marktwirtschaft*⁵⁷, *sozialistische Marktwirtschaft*, *freiheitliche Planwirtschaft*⁵⁸.

Mit diesen von der SPD vertretenen wirtschaftspolitischen Vorstellungen verknüpft werden können zwei Ausdrücke, die von wirtschaftsliberaler Seite ebenfalls pejorativ verwendet und zu stigmatisieren versucht wurden: *Wohlfahrtsstaat* und *Vollbeschäftigung*. Wirtschaftsliberale warnten vor dem *Wohlfahrtsstaat*: Das Streben nach Sicherheit und der Gewährleistung materieller Sicherheiten verhindere die Eigenverantwortung der Menschen und schwäche damit ihren Leistungswillen. Darin bestünden die „ethischen Gefahren eines Wohlfahrtsstaates“ (HAMBURGER ANZEIGER 17.4.1953): Der Staat „darf aber auch nicht zum Wohlfahrtsstaat werden und dadurch in seinen Bürgern den Willen zur Leistung und zur Verantwortung untergraben.“⁵⁹

1958 versucht der neue Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Theodor Blank, eine positive Lesart des Ausdrucks zu etablieren. Er tut dies, indem er eine Opposition zwischen *Wohlfahrtsstaat* und *Versorgungsstaat* herstellt. *Versorgungsstaat* erhält dabei die negative Bedeutung, die zuvor zumeist mit *Wohlfahrtsstaat* ausgedrückt wurde. „Sie wissen, daß [...] von uns der Wohlfahrtsstaat bejaht, aber der Versorgungsstaat, ein Produkt des Kollektivismus, strikte abgelehnt wurde.“⁶⁰

55 Nölting 1951 auf dem Parteitag, vgl. ebd., S. 52.

56 Karl Schiller am 27.2.1953 im NEUEN VORWÄRTS. Weitere Belege: Kommentar von Alfons Montag in der FRANKFURTER RUNDSCHAU 30.10.1953, Thematisierung im INDUSTRIEKURIER 26.3.1953: „Man versteht sich im sozialistischen Lager auf die Erfindung von Schlagworten: ‚Marktwirtschaft von links‘ ist propagandistisch nicht schlecht. Um so mehr aber sollten diejenigen, deren Stimmen man damit fangen möchte, auf der Hut sein. [...] Aber man darf sich nicht darüber täuschen lassen, daß diese Konzession nur die Sprache betrifft; mit Worten läßt sich trefflich streiten. In der Sache hat sich gar nichts geändert. [...] Hier gilt es einer Begriffsverwirrung vorzubeugen, mit der nur das taktische Spiel der SPD vor den Wahlen gefördert würde.“

57 Z.B. Schiller im Vortrag „Sozialismus und Wettbewerb“ am 16.11.1954 in St. Gallen (vgl. Klink 1965, S. 11).

58 Vgl. FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG 24.8.1953.

59 Otto Seeling, Präsident des Landesverbandes der bayerischen Industrie, in: DER VOLKSWIRT H. 51/52 vom 20.12.1952. Beinahe offen sozialdarwinistisch wird neben dem *Wohlfahrtsstaat* der Unternehmenseite der *Wohlfahrtsbetrieb* abgelehnt, weil von ihm nicht die „besten Arbeiter“, sondern nur eine Schicht profitiere, „die weder sozial noch wirtschaftlich wertvoll ist.“ (Josef Winschuh in INDUSTRIEKURIER 7.2.1953).

60 Blank laut HESSISCHE NACHRICHTEN 6.2.1958, vgl. auch INDUSTRIEKURIER 18.9.1958 und HANDELSBLATT 19.9.1958. Im Zusammenhang der Wirtschaftskrise Anfang der 90er Jahre versuchen die Arbeitgeberverbände erneut, sowohl *Versorgungsstaat* als auch *Wohlfahrtsstaat* als Stigmaworte gegen sozialstaatliche Ansprüche zu nutzen: „[...] der Sozialstaat drohe in einen Wohlfahrtsstaat umzukippen, warnte der BDI [...]“ (FRANKFURTER RUNDSCHAU 1.9.1993, S. 1). „Der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Tyll Necker, hat [...] vor einem ‚Versorgungs- und Wohl-

Aus heutiger Sicht ist sicherlich überraschend, daß *Vollbeschäftigung* auf wirtschaftsliberaler Seite Ende der vierziger/Anfang der fünfziger Jahre, offenbar im Rahmen ihrer volkswirtschaftlichen Theorien, als negative Vokabel verstanden wurde. *Vollbeschäftigung* galt bei Wirtschaftsliberalen nicht als erstrebenswert, sondern als riskant und gefährlich, weil sie zu Inflation und Geldwertverfall führe. So bezeichnet Hayek *Vollbeschäftigung* als „gefährlichen Begriff“, weil sie zu Inflation führe (DIE NEUE ZEITUNG 30.6.1947), und im BULLETIN DES PRESSE- UND INFORMATIONSSAMTES DER BUNDESREGIERUNG ist am 13.10.1951 (S. 3) zu lesen, Erhard wolle „ein größtmögliches Maß an voller Beschäftigung“ erreichen, „womit allerdings nicht gesagt ist, daß damit das sozialistische Dogma der Vollbeschäftigung anerkannt wird, deren Realisierung zu einer Inflation und zu einem Verfall der Währung führen kann“.

In einer Unternehmerzeitung wird *Vollbeschäftigung* mit „Interventionismus und Planung des Staates“ gleichgesetzt und mit ihr der Fall der *Marktwirtschaft* befürchtet: „Über eine Lohnoffensive [...] wird die Marktwirtschaft aus dem Gleichgewicht geworfen und dann ‚Vollbeschäftigung‘, d.h. Interventionismus und Planung des Staates, herbeigeführt“ (DEUTSCHE ZEITUNG UND WIRTSCHAFTS-ZEITUNG 5.6.1954).

Trotz dieser wirtschaftsliberalen Versuche, dem Streben nach *Vollbeschäftigung* das Stigma ‚Planwirtschaft‘ anzuheften, wird in den späten 50er Jahren offenbar der Ausdruck *Vollbeschäftigung* allgemein als positive Vokabel zur Bezeichnung des erreichten Zustands benutzt⁶¹ und auch von den Regierungsparteien als positive Vokabel zur Bezeichnung des Erfolges ihrer Wirtschaftspolitik verstanden.

2. Weitere wichtige Diskussionen und Vokabeln der fünfziger Jahre

2.1 Sozialisierung

Neben den Konzepten und Bezeichnungen für globale wirtschaftspolitische Programme stand in den vierziger und fünfziger Jahren eine Debatte auf der Tagesordnung über das, was anfangs allgemein als *Sozialisierung* bezeichnet wurde. Es ging um die kurz nach dem Krieg allgemeine, später nur noch von links erhobene Forderung, bestimmte Industriezweige, zumeist die sogenannte *Grundstoffindustrie* (Eisen, Kohle, Stahl, Energiewirtschaft, zum Teil auch Chemie) aus Privateigentum in irgend-

fahrtsstaat‘ gewarnt.“ (FRANKFURTER RUNDSCHAU 28.6.1993).

61 So etwa, wenn in der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG (19.1.1957) nach der besten Politik „in der Vollbeschäftigung“ gefragt wird und der MÜNCHNER MERKUR (31.10.1957) über „die nun schon seit Jahren erreichte Vollbeschäftigung“ schreibt. (Die Arbeitslosenquote betrug 1957 knapp unter 4 %).

eine Form öffentlichen, gemeinschaftlichen Eigentums zu überführen. Auch hier läßt sich feststellen, daß die CDU nach einer anfangs allgemeinen Zustimmung zu solchen Maßnahmen und dem damit verbundenen positiven Gebrauch der Bezeichnungen im Zuge des Wirtschaftsaufschwungs von diesen abrückt und bei der SPD ein späteres langsames Aufweichen der Position mit terminologischen Veränderungen erfolgt. *Verstaatlichung* wurde nur sehr früh von der SPD positiv verwendet⁶², war aber sehr bald als allgemeines Stigmawort etabliert.⁶³ Die Ausdrücke *Sozialisierung* und *Vergesellschaftung*, die in CDU-Reihen nur bis 1947 noch positiv gemeint sein konnten, wurden von der SPD noch einige Jahre positiv verwendet⁶⁴, später aber gemieden und durch abgeschwächtere Formulierungen ersetzt.

Die SPD forderte in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre nur noch die *öffentliche Kontrolle* von Großunternehmen und die *Überführung der Grundstoffindustrien in Gemeineigentum*. Beide werden von SPD-Gegnern in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre häufiger als Tarnbezeichnungen für die alten Konzepte von *Sozialisierung* oder gar *Verstaatlichung* diskreditiert. Die Ausdrücke *Gemeinwirtschaft* und *Gemeineigentum*, die neben *Vergesellschaftung* auch Eingang in den sogenannten Sozialisierungs-Artikel 15 des Grundgesetzes gefunden haben⁶⁵, werden offenbar, vielleicht wegen der verfassungsmäßigen Verankerung, auch im CDU-Sprachgebrauch nicht thematisiert, obwohl man sich schon sehr früh nicht mehr dafür ausspricht.

Während die CDU-nahe RHEINISCHE POST noch im Frühjahr 1947 auf diesen Themenkomplex bezogene, später nie umgesetzte Beschlüsse als „Sozialisierung im Sinne der CDU“ bezeichnete (RHEINISCHE POST 8.3.1947)⁶⁶, hatten schon 1949 die politischen Ziele Adenauers und sei-

62 Z.B. Schumacher-Rede in Kiel am 27.10.1945: „Die Verstaatlichung der Großindustrie, der Großfinanz [...] sind volkswirtschaftlich eine absolute Notwendigkeit“ (zit. nach Steininger 1983, Bd. 1, S. 120).

63 Im NRW-Landtag protestierte der SPD-Abgeordnete Josef Walter „gegen die von der CDU gebrauchte Bezeichnung ‚Verstaatlichung‘ für die von der SPD gewünschte Sozialisierung [...]“ (DIE NEUE ZEITUNG 7.8.1948). In „12 Thesen zur Frage der Sozialisierung“ vom 6.1.1947 bezeichnet die SPD die Frage *Sozialisierung* oder *Verstaatlichung* als „mehr als einen Streit um bloße Worte.“ Letztere wird mit *Staatskapitalismus* und *kollektivistisch* gleichgesetzt und damit abgewertet, *Sozialisierung* wird mit den positiv gewerteten Vokabeln *Vergesellschaftung* und *Demokratisierung* verknüpft. (Vgl. Steininger 1983, Bd. 2, S. 337ff.).

64 Das Ahlener Programm fordert, den Bergbau „zu vergesellschaften“ (vgl. Flechtheim 1963, Bd. II, S. 56). In der Regierungserklärung des NRW-Ministerpräsidenten Karl Arnold (CDU) wurde die „Sozialisierung der Grundstoffindustrien“ als wichtiges Ziel genannt (vgl. DIE NEUE ZEITUNG 20.6.1947).

65 „Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz [...] in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden“ (Grundgesetz-Artikel 15).

66 Die Polysemie des Schlagwortes *Sozialisierung* schon zu diesem Zeitpunkt zeigt ein zu den gleichen Beschlüssen im Ostberliner VORWÄRTS abgedruckter Beitrag unter der Überschrift „Landtag von Westfalen gegen Sozialisierung“ (VORWÄRTS 6.3.1947).

ner Mitstreiter sowie die Festlegung der CDU auf die „soziale Marktwirtschaft“ *Vergesellschaftungs*-Konzepte in der CDU zurückgedrängt.⁶⁷ In den Folgejahren entwickelte sich *Sozialisierung* in CDU/FDP-Kreisen zur Negativvokabel, die gegen die SPD gerichtet war.⁶⁸

Vor allem im Wahlkampf 1953 versuchten CDU und FDP, das Konzept der SPD auch damit zu bekämpfen, daß der Ausdruck *Sozialisierung* stigmatisiert wurde. Die SPD benutzte den Ausdruck als Selbstbezeichnung in ihrer Außendarstellung bis etwa 1954.⁶⁹ Schon in den ersten Jahren hatte sie immer wieder betont, daß mit ihrer *Sozialisierung* nicht *Verstaatlichung* gemeint sei.⁷⁰

In den folgenden Jahren aber verwendet die SPD die eben genannten neuen Fahnenwörter⁷¹, die von ihren Gegnern nun damit bekämpft werden, daß sie nur eine „Verschleierung“ der „wahren Absichten“ der SPD, nämlich *Sozialisierung* und damit *Enteignung*, darstellten.⁷² Gegen diese zahlreichen Euphemismus-Vorwürfe hat es die SPD schwer, ihr inhaltlich verändertes Konzept mit neuen Schlagworten zu verdeutlichen, und sie hat mit ihnen auch keinen Erfolg in den Wahlkämpfen. Zudem wird sie weiter mit dem Vorwurf konfrontiert, *Verstaatlichung* zu wollen.⁷³ Trotz dieser Erfolglosigkeit und Kritik sind beide Fahnenwörter (*Gemeineigentum* und *öffentliche Kontrolle*) noch im Godesberger Programm enthalten – als letztes Zugeständnis an traditionelle Sozialdemokraten zu verstehen angesichts der in diesem Programm ratifizierten Zustimmung zur *Marktwirtschaft*.

67 Vgl. Uertz 1981, S. 193.

68 Erhard hatte schon in seiner Denkschrift im Krieg den Ausdruck *Sozialisierung* nur pejorativ verwendet, indem er davor warnte, daß, wenn die Wirtschaft der Hilfe des Staates bedürfe, „ein erster Schritt zur Sozialisierung getan“ sei. (Erhard 1977, S. 203).

69 Vgl. das 1954 erweiterte SPD-Aktionsprogramm von 1952 in Flechtheim 1963, Bd. III, S. 106 und 131, vgl. z.B. auch Sozialdemokratischer Pressedienst 23.3.1954.

70 Vgl. Svensson 1984, S. 109.

71 Eines dieser Fahnenwörter (*Gemeineigentum*) versucht Heinrich Deist noch 1959 explizit als neuen von SPD-Politikern zu verwendenden Begriff zu begründen: „Der Begriff ‚Sozialisierung‘ deckt verschiedene, einander ausschließende Vorstellungen. Er wird insbesondere vom Kommunismus für Ordnungsvorstellungen in Anspruch genommen, die mit dem demokratischen Sozialismus nichts mehr gemein haben. Er gibt daher immer wieder Anlaß zu Mißdeutungen, [daher ist es] im Interesse der Klarheit und Eindeutigkeit sozialdemokratischer Politik auch notwendig, in Zukunft auf die Verwendung des vieldeutigen Begriffs ‚Sozialisierung‘ zu verzichten und nur noch den Begriff ‚Gemeineigentum‘ zu verwenden.“ (zit. nach Svensson 1984, S. 177f.).

72 Als Beispiele solcher Sprachkritik seien angeführt: „Sozialisierung ist ein anrüchiges Wort geworden“, deshalb benutze die SPD jetzt „vorsichtig tarnende Bezeichnungen“ (INDUSTRIEKURIER 23.7.1957); sie benutze „die Tarnbezeichnung ‚Öffentliche Kontrolle‘“ (DER KURIER 6.5.1957) als „Umschreibung für eine Art kalter Sozialisierung“ (DER VOLKSWIRT 4.5.1957).

73 Vgl. VOLKSSTIMME 22.3.1956.

2.2 Mitbestimmung

Die zweite wichtige öffentliche Diskussion um eine wirtschaftspolitische Einzelmaßnahme in der frühen Bundesrepublik stellt die Diskussion um das *Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer* dar, wie es in den zeitgenössischen Texten oft hieß, bzw. um *die Mitbestimmung*, wie es mit zunehmender Intensität der Debatte kurz hieß. Dabei diente der Ausdruck *Mitbestimmung* – bzw. *Mitbestimmungsrecht* – vor allem den Gewerkschaften bei der Diskussion verschiedener Gesetze für verschiedene industrielle Bereiche als zentrales Fahnenwort.

Während *Mitbestimmung* uns heute als selbstverständliche und neutrale historische Vokabel für die damals anstehenden gesetzlichen Entscheidungen erscheint, weil mit dem Wort auch in späteren Jahren auf diesen Problembereich referiert wird, war der Ausdruck in den frühen Diskussionen eine zum Teil brisante und umstrittene Vokabel.

Von Gewerkschafts- und Unternehmerseite wurde er nur für ganz bestimmte Festlegungen der gewerkschaftlichen Beteiligung an wirtschaftspolitischen Entscheidungen gebraucht und dabei sehr bewußt gegen andere, ebenfalls immer wieder verwendete *Mit*-Komposita wie *Mitwirkung*, *Mitarbeit* oder *Mitsprache* abgegrenzt: die inhaltliche Betonung von Seiten der Gewerkschaften lag eindeutig auf dem Grundwort *Bestimmung*.⁷⁴

Diese Betonung geschieht vor allem als Antwort auf die Thematisierung des Schlagwort-Charakters von *Mitbestimmung* seitens der Arbeitgeber mit der Behauptung, der Begriff sei zu vage, inhaltlich unklar, zur Phrase zerredet. Da kaum ein Zweifel bestehen kann, daß in der gewerkschaftlichen Verwendung des Wortes recht klare Vorstellungen über die Art der *Mitbestimmung* enthalten sind, nämlich vor allem das *Mitbestimmungsrecht* in wirtschaftlichen Dingen, kann die sprachkritische Offensive der Unternehmerseite als Versuch angesehen werden, diese klare Referenz des gewerkschaftlichen Fahnenwortes zu verwässern.

Die Sprachkritik dient eher als Aufhänger, um für die eigenen Vorstellungen einen alternativen Ausdruck zu etablieren, der explizit gegen *Mitbestimmung* abgesetzt wird. Als solcher wird vor allem *Mitwirkung* verwendet⁷⁵, aber auch *Mitsprache*, *Mitarbeit*, *Mitberatungsrecht*, *Mitre-*

74 In der kritischen historischen Rückschau läßt sich natürlich auch das Präfix *Mit* als symptomatisch für die Haltung der Gewerkschaften und damit als wichtigster Bestandteil des Wortes interpretieren: Mit der Forderung nach *Mitbestimmung* erstrebten Gewerkschaften und SPD nicht mehr eine bestimmende, selbst-bestimmte Rolle der Lohnabhängigen im Wirtschaftsprozeß, sondern nur noch die Teilhabe, das Mit-Reden, die Symmetrie von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerinteressen, was sich sprachlich im genannten Schlagwort ausdrückt, in dem die Vorsilbe *mit* präsupponiert, daß einem anderen Gremium, einer anderen Gruppe oder Person eine gleichberechtigte Position eingeräumt wird (vgl. Kehm 1991, S. 145).

75 Unter anderem wird gegen ein „übertriebenes Mitbestimmungsrecht“ eingewendet,

derecht werden benutzt, um den den Unternehmern zu weit gehenden Gewerkschaftsvorstellungen etwas entgegenzusetzen, ohne die Einbeziehung der Arbeitnehmer vollständig abzulehnen und damit die eigene *Partnerschafts*-Ideologie Lügen zu strafen. Am deutlichsten wird der Versuch, die Fahnenworte *Mitbestimmung* und *Mitwirkung* politischen Haltungen zuzuordnen, in einem Zitat von Ludwig Erhard, der die vorhandene Dichotomie *freie Marktwirtschaft* versus *Planwirtschaft* nutzt, um auch für das gewerkschaftliche Fahnenwort *Mitbestimmung* die beginnende stigmatisierende Kraft des Ausdrucks *Planwirtschaft* zu nutzen. Erhard hatte im Informationsdienst der CDU erklärt: „Zuerst muß eine saubere Grenze zwischen Mitwirkung und Mitbestimmung gefunden werden. Mitwirkung ist ein Bestandteil der freien Marktwirtschaft, Mitbestimmung gehört in den Bereich der Planwirtschaft“ (ALLGEMEINE KÖLNISCHE RUNDSCHAU 27./28.12.1949).⁷⁶

Ein zweiter Grund für die Umstrittenheit der Vokabel *Mitbestimmung* ergibt sich vor allem durch die gesetzgeberischen Entscheidungen, die Verabschiedung des *Montanmitbestimmungsgesetzes* am 10.4.1951 und die Verabschiedung des *Betriebsverfassungsgesetzes* am 19.7.1952. Mit dem Wort *Mitbestimmung* kann auf beide gesetzliche Festlegungen referiert werden, wobei weiterhin umstritten ist, für welches der beiden Gesetze das Wort zu Recht verwendet werden kann.⁷⁷ Um die Referenz wieder eindeutig zu machen und dabei gleichzeitig die eigene Bewertung mit einzubringen, bietet sich die Verwendung von Attributen an, die vor allem für die im erstgenannten Gesetz beschlossene *Mitbestimmung* genutzt wird. Das zeigt, daß sich öffentlich bei der Verwendung des isolierten Ausdrucks *Mitbestimmung* in den fünfziger Jahren die Referenz auf das Betriebsverfassungsgesetz durchgesetzt hat. Neben dieser dominanten Verwendungsweise wird *Mitbestimmung* aber auch weiter unspezifisch oder in Referenz auf die *Montanmitbestimmung* gebraucht. Wenn aber genauer spezifiziert wird, ist die letztere gemeint. Neben dem Kompositum *Montanmitbestimmung* ist *paritätische Mitbestimmung* die häufigste, vor allem gewerkschaftlich benutzte Bezeichnung.⁷⁸

daß der Ausdruck *Mitwirkung* doch besser sei als das „diktatorisch klingende Mitbestimmen“ (AACHENER VOLKSZEITUNG 11.1.1950).

- 76 Diese Erhardsche Festlegung wird von Gewerkschaftsseite ironisch durch Referenz auf geschichtliche Ereignisse in einer Art Remotivierung diskreditiert: „Es paßte schon zur freien Wirtschaft der alten Ägypter, zehntausenden Fellachen das ‚Mitwirkungsrecht‘ am Bau der Pyramiden zu gewähren; [...] Die englischen Baumwollindustrien waren nicht minder frei, als sie selbst Kinder am Webstuhl ‚mitwirken ließen‘. Man sieht also, daß die ‚Mitwirkung‘ der Arbeiter an der Schaffung des Reichtums anderer nicht gerade die neueste Erfindung ist.“ (WESTFÄLISCHE RUNDSCHAU 5.1.1950).
- 77 Vgl. dazu einen Streit zwischen der DGB-Zeitung WELT DER ARBEIT (29.10.1954) und dem INDUSTRIEKURIER (4.11.1954) um eine Äußerung des Bankiers Hermann Josef Abs über die wünschenswerte *Mitbestimmung*.
- 78 Vgl. WELT DER ARBEIT 8.8.1954; INDUSTRIEKURIER 23.10.1958 mit doppelten Distanzindikatoren (*sogenannte* und *Anführungsstriche*).

Von SPD und DGB wurden sowohl Forderungen nach *Sozialisierung* wie nach *Mitbestimmung* von zwei anderen programmatischen Vokabeln als Fahnenworte begleitet: *Wirtschaftsdemokratie* und *Wirtschaftsbürger*.⁷⁹ Während diese in den frühen Nachkriegsjahren (wie auch *Demokratisierung der Wirtschaft*) umfassendere Neuordnungsvorstellungen bezeichneten und sich an Konzepte aus der Weimarer Republik anlehnten⁸⁰, wurden sie später auch gleichbedeutend mit der Durchsetzung der gewerkschaftlichen *Mitbestimmungs*-Vorstellungen benutzt⁸¹ bzw. von dem Schlagwort *Mitbestimmung* „in den Hintergrund gedrängt“⁸².

In der Frühzeit der Bundesrepublik bemühte sich auch der linke Flügel der CDU, den Ausdruck *Wirtschaftsdemokratie* mit anderer Bedeutung zu besetzen, und zwar in der Weise, daß diese im Rahmen der *Sozialen Marktwirtschaft* verwirklicht sei.⁸³

79 Das Leitbild des *Wirtschaftsbürgers*, das die Rechte und die Rolle des einzelnen im wirtschaftlichen Bereich analog zu den durch das Wort *Staatsbürger* benannten Rechten im staatlichen Bereich ausdrücken sollte, wurde vom DGB-Vorsitzenden Hans Böckler 1949 aus Konzepten der Weimarer Republik wieder aufgegriffen (vgl. Kehm 1991, S. 134) und 1950 in der DGB-Losung „Vom Staatsbürger zum Wirtschaftsbürger“ zu popularisieren versucht (vgl. ebd., S. 154). Auch im Godesberger Programm der SPD von 1959 ist noch die Formulierung enthalten, daß „der Arbeitnehmer [...] aus einem Wirtschaftsuntertan zu einem Wirtschaftsbürger werden“ müsse.

80 Vgl. Schmidt 1970, S. 61ff. In der frühen Nachkriegszeit wurde die Forderung nach *Wirtschaftsdemokratie* bzw. *Demokratisierung der Wirtschaft* von SPD und DGB als notwendige Ergänzung zur politischen Demokratie verlangt, ausführlicher dargestellt etwa im Wirtschaftsprogramm-Entwurf Kurt Schumachers von 1945 (in: Flechtheim 1963, Bd. III, S. 11f.). Während die Befürworter einer *Wirtschaftsdemokratie* meinten, ohne sie sei und bleibe „das Wort Demokratie eine formale Verfassungsarabeske“ (E. L. Kreidl in VORWÄRTS 24.4.1950), „die formale politische Demokratie“ reiche nicht aus und müsse „deshalb durch die Demokratisierung der Wirtschaft [...] ergänzt werden“ (WESTFÄLISCHE RUNDSCHAU 13.3.1950), sahen gerade Vertreter der Unternehmenseite mit ihrer Verwirklichung das Ende der Freiheit und der parlamentarisch-repräsentativen Demokratie, Funktionärsherrschaft, wirtschaftliches Chaos oder ostzonale Verhältnisse heraufziehen. (vgl. dazu vor allem den Artikel in der FRANKFURTER ALLGEMEINEN ZEITUNG vom 31.1.1951).

81 Ein Beispiel dafür: „Die Demokratisierung des politischen Lebens muß deshalb durch die Demokratisierung der Wirtschaft – durch die Mitbestimmung der Arbeitnehmer ergänzt werden.“ (WESTFÄLISCHE RUNDSCHAU 13.3.1950).

82 Aussage des SPD-Politikers Deist aus dem Jahre 1959 (zit. nach Svensson 1984, S. 184); vgl. auch eine Äußerung des IG-Metall-Vorsitzenden W. Freitag, der schon 1950 meinte: „Damals [1932] sprach man von Wirtschaftsdemokratie. Heute spricht man von Mitbestimmungsrecht.“ (Zit. nach Kehm 1991, S. 145).

83 Vgl. KETTLER WACHT 15.8.1952: „[...] daß die eigentliche echte Wirtschaftsdemokratie nur in der freien Marktwirtschaft gesichert werden kann. [...] die [...] freie Unternehmerrwirtschaft hat im Endeffekt die besten demokratischen Wirkungen, weil sie die Freiheit der Wahl am allerwenigsten beeinflussen kann.“ 1949 schien der CDU der Ausdruck *Wirtschaftsdemokratie* noch attraktiv genug, um ihre sozialmarktwirtschaftliche Konzeption in den Düsseldorfer Leitsätzen als Weg zur „wahren Wirtschaftsdemokratie“ zu bezeichnen. In dieser CDU-Begrifflichkeit ist das demokratische Element in der „Sozialen Marktwirtschaft“ durch die bestimmende Rolle des Verbrauchers gegeben (vgl. Flechtheim 1963, Bd. III, S. 61).

Während die Ausdrücke *Wirtschaftsdemokratie* und *Wirtschaftsbürger*, da sie später kaum mehr aufgegriffen werden, als zeittypische Vokabeln der Nachkriegszeit gelten können⁸⁴, blieb *Mitbestimmung* ein zentrales Fahnenwort der Gewerkschaften, weil sowohl von Unternehmer- wie von Gewerkschaftsseite die verschiedenen gesetzlichen Festlegungen immer wieder in Frage gestellt und neue Regelungen verlangt wurden. Rein materielle Ansprüche, d.h. die Forderung der Gewerkschaften nach einem „gerechten Anteil am Sozialprodukt“, nahmen allerdings seit Mitte der fünfziger Jahre immer stärker den zentralen Stellenwert ein, den zuvor politischere Zielvorstellungen wie *Wirtschaftsdemokratie* und *Mitbestimmung* innegehabt hatten.⁸⁵

2.3 Sozialpartner(schaft), Lastenausgleich und Wirtschaftswunder

Ebenfalls in der Mitbestimmungs-Diskussion verwendet wurden zwei Worte, die Ende der vierziger Jahre geprägt wurden und terminologisch eine wichtige Ergänzung zur Konzeption der *Sozialen Marktwirtschaft* darstellten. Die Ausdrücke *Sozialpartner* bzw. *Sozialpartnerschaft* (selten auch der Ausdruck *Tarifpartner*, häufiger dagegen das Wort *Partnerschaft*) sollten das Verhältnis von Arbeitnehmern und Arbeitgebern in der neuen Wirtschaftsordnung bezeichnen.

Bis heute zeigt die unterschiedliche Bewertung dieser Ausdrücke prototypisch die heterogene öffentliche Bewertung des westdeutschen Wirtschaftssystems: Während sie Verfechtern der Marktwirtschaft als angemessener Ausdruck der in der *Sozialen Marktwirtschaft* veränderten Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern gelten⁸⁶, sind sie für linke Kritiker Euphemismen, die die weiter bestehenden Interessengegensätze zwischen Kapitaleignern und lohnabhängig Arbeitenden verwischen sollen.

Anfang der fünfziger Jahre jedenfalls hat sich das *Partnerschafts*-Wortfeld vor allem in den Auseinandersetzungen um die *Mitbestimmung* öffentlich etabliert. Dabei wird *Partnerschaft* von Unternehmenseite als wichtiges Fahnenwort für ihre Vorstellungen von *Zusammenarbeit* und *Mitarbeit* verwendet, häufig explizit als die neue Form der Wirtschaftsführung, als dritter Weg zur Überwindung von *Individualismus* und

84 *Wirtschaftsbürger* kommt zwar 1959 im Godesberger Programm der SPD vor, und *Wirtschaftsdemokratie* ist im neuen Grundsatzprogramm der SPD von 1989 eine ausführlich behandelte Programmvokabel, in der öffentlichen Diskussion spielen beide Ausdrücke aber keine Rolle.

85 Vgl. Kehm 1991, S. 152.

86 „Nicht mehr Arbeiter und Kapitalisten stehen einander gegenüber wie in der Frühzeit des Klassenkampfes, sondern Arbeiter und Unternehmer und schließlich Arbeitnehmer und Arbeitgeber – nicht mehr Antagonisten beherrschen die Szene, sondern Tarifpartner, Sozialpartner.“ (Maier 1982, S. 180).

*Kollektivismus*⁸⁷ dargestellt und zum Teil als Gegensatz zu gewerkschaftlichen *Mitbestimmungs*-Forderungen angeführt. Die *Partnerschafts*-Definition etwa der am 13.10.1950 gegründeten *Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der Partnerschaft in der Wirtschaft (AGP)* besagt, *Partnerschaft* enthalte den Anspruch auf „Mitsprache, Mitwirkung, Mitverantwortung, [...] Mitbeteiligung“.⁸⁸ Der Anspruch auf *Mitbestimmung* fehlt sicherlich nicht zufällig in dieser Aufzählung.

Partnerschaft als Unternehmer-Fahnenwort bezieht sich zumeist auf die *betriebliche Partnerschaft* und soll die innerbetriebliche Zusammenarbeit betonen. Im Kontext der Mitbestimmungsdiskussion hat dies vor allem die Funktion, die Forderungen der Gewerkschaften nach Beteiligung der von Unternehmerseite so genannten *betriebsfremden Funktionäre* an den betrieblichen Entscheidungen zurückzuweisen. *Partnerschaft* wird dagegen von der Arbeitnehmerseite eher auf das gesamtgesellschaftliche Verhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern (bzw. zwischen deren Organisationen) angewendet. Dieser *Partnerschafts*-Gebrauch entspricht auch der häufigsten Verwendung des neuen Ausdrucks *Sozialpartnerschaft* bzw. *Sozialpartner*.

Von beiden Seiten werden *Sozialpartner* und *Sozialpartnerschaft* vor allem in Kontexten benutzt, in denen auf ein gemeinsames Interesse von Unternehmern und Arbeitnehmern verwiesen oder ein kooperatives und kompromißbereites Vorgehen bei der Lösung z.B. der Mitbestimmungsregelung eingefordert werden soll.⁸⁹ Dabei wird häufig darauf verwiesen, daß die *Sozialpartnerschaft* und ihre Terminologie nun den *Klassenkampf* und seine Terminologie abgelöst habe, was zum Teil explizit als Folge der neuen Wirtschaftsordnung, der *sozialen Marktwirtschaft*, dargestellt wird.⁹⁰

Neben der Herausstellung einer positiven Funktion des Ausdrucks erfährt *Sozialpartner* aber schon in dieser frühen Zeit ablehnende Kritik.

87 Vgl. DIE WELT 31.10.1952.

88 Vgl. DER FORTSCHRITT 9.10.1953, Titel: „Partnerschaft macht Karriere“.

89 Beim 1. CDU-Parteitag im Oktober 1950 heißt es: „Je besser die Sozialpartner sich zu verständnisvoller Zusammenarbeit zusammenfinden, um so weniger wird der Staat eingreifen müssen“ (zit. nach Flechtheim 1963, Bd. II, S. 85). Weitaus expliziter wird *Sozialpartner* als Unternehmer-Fahnenwort von einem Delegierten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Carl Neumann, benutzt, um von den Gewerkschaften Verständigungsbereitschaft einzufordern. Dabei werden Bedingungen formuliert, unter denen Gewerkschaften als *Sozialpartner* betrachtet würden: „Der Sozialpartner müsse allerdings das Eigentum grundsätzlich anerkennen und auf Agitation verzichten. Wenn diese Voraussetzung bei ihm nicht gegeben sei, höre er auf, Sozialpartner zu sein und werde zum Gegner“ (KÖLNER STADT-ANZEIGER 22.7.1950, Titel: „Sozialpartner oder Sozialgegner?“).

90 Schon Anfang 1950 war in der NORDSEEZEITUNG der Gebrauch von *Sozialpartner* erleichtert und lobend als Fortschrittsindikator im Wirtschaftsprozeß hingestellt worden: „Liegt nicht schon ein großer Fortschritt darin, daß wir heute von Sozialpartnern, statt wie zu Zeiten des Klassenkampfes, von Ausbeutern und Ausgebeuteten oder von Herren und Dienern reden?“ (NORDSEEZEITUNG 7.1.1950).

Der Ausdruck wird als unangemessen dargestellt oder nur mit Distanzindikatoren verwendet, um die gegensätzlichen Interessen beider Seiten zu betonen, das Verhalten der jeweils anderen Seite als dem Ausdruck nicht angemessen darzustellen oder wenn aus grundsätzlicher weltanschaulicher Einstellung die Bezeichnung für das Unternehmer-Arbeitnehmer-Verhältnis als unangebracht aufgefaßt wird.⁹¹ Solche expliziten Thematisierungen beziehen sich fast ausschließlich auf das Grundwort *Partner* bzw. *Partnerschaft* und zum Teil auch auf diese Wörter ohne das Bestimmungswort *sozial*.

So wie *Partnerschaft* als Unternehmer-Fahnenwort zur Abwehr von Mitbestimmungsforderungen benutzt wird, so kann der Ausdruck auch Mitbestimmungsbefürwortern zum Einklagen ihrer Forderungen dienen, indem *Partnerschaft* eben als das aufgefaßt wird, was durch die Verwirklichung der paritätischen Mitbestimmung erst herbeigeführt wird.⁹² Daß sie aber sprachlich bezüglich des Wortes *Partnerschaft* defensiv agieren, zeigt ihre Verwendung des Attributes *echt*. Die Unternehmerseite hat offenbar ihre *Partnerschafts*-Vorstellung so weit verbreitet, daß die andere Bedeutung des gleichen Ausdrucks als *echte Partnerschaft* herausgestellt werden muß.⁹³

Während also die Verwendung von *Sozialpartner(schaft)* und zum Teil auch die Thematisierung des Ausdrucks im Kontext der Auseinandersetzungen um die Ausdrücke *Soziale Marktwirtschaft* und *Mitbestimmung* als charakteristisch für die frühe Bundesrepublik gelten können, wird in heutigen tarif- und sozialpolitischen Auseinandersetzungen die *Partner*-Terminologie eher seltener verwendet, eventuell auch aufgrund der linken Kritik an diesem Wort. Es wird wieder häufiger von *Tariffparteien* gesprochen, was Oksaar schon für den Anfang der siebziger Jahre festgestellt hatte.⁹⁴

Zwei weitere Vokabeln, die als besonders zeittypisch für die 50er Jahre gelten können, sind *Lastenausgleich* und *Wirtschaftswunder*. Der

91 Die Gewerkschaften etwa betonen, daß sich „der illusionäre ‚Sozialpartner‘ [...] sehr schnell verflüchtigen“ werde und die „sozialen Realitäten“ sichtbar würden, wenn sie ihre Forderungen forcierten (vgl. RHEINISCHER MERKUR 30.10.1953). Die mangelnde Zusammenarbeit in der Frage der Mitbestimmung wird in einer längeren Thematisierung des Ausdrucks beklagt, weshalb dieser für die gegenwärtigen Beziehungen als unzutreffend angesehen wird. Das Wort *Sozialpartner* bekomme erst „wieder einen realen Sinn“, wenn Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände zur Sicherung der Arbeitsplätze, zur Vermehrung der Kaufkraft und zur Steigerung des allgemeinen Lebensstandards zusammenarbeiten würden. „Das nach dem Kriege im Zeichen des gemeinsamen wirtschaftlichen Wiederaufbaues entstandene Wort von den ‚Sozialpartnern‘ war seit der Auseinandersetzung um das Mitbestimmungsrecht ein leerer Begriff, ja geradezu eine Farce geworden“ (FRANKFURTER NEUE PRESSE 24.3.1953).

92 Vgl. z. B. WESTDEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG 20.4.1950, Titel: „Partner oder Gegner“.

93 Vgl. WESTFÄLISCHE RUNDschau 4.9.1954, Titel: „Nur echte Partnerschaft sichert Arbeitsfrieden“, vgl. auch FREIE PRESSE 8.3.1957.

94 Vgl. Oksaar 1976, S. 110.

Ausdruck *Lastenausgleich* hat dabei zwei deutlich unterscheidbare, parteispezifische Bedeutungen. Zum einen steht er für den Gedanken, „daß alle Schichten der Bevölkerung entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit an den Kosten des verlorenen Krieges beteiligt werden sollten“ (Reithinger 1958, S. 14) und daß die durch Krieg und Kriegsfolgen Geschädigten finanziell entschädigt bzw. unterstützt werden sollten. In dieser Bedeutung wurde *Lastenausgleich* besonders von den Unionsparteien verwendet. Der Gedanke fand schon in den Kölner Leitsätzen der Christlichen Demokraten vom Juni 1945, allerdings noch ohne das Wort *Lastenausgleich*, seinen Ausdruck.⁹⁵ In den „Politischen Leitsätzen der SPD“ vom Mai 1946 wird der Ausdruck schon selbstverständlich verwendet, allerdings in einer anderen Bedeutung. Er wird nicht mit den Kriegsfolgen, sondern mit der Differenz zwischen Besitzenden und Nicht-Besitzenden in Verbindung gebracht: „Der Lastenausgleich zwischen den Besitzenden und den Nichtbesitzenden ist so vorzunehmen, daß ein soziales Niveau ohne Privilegierte und ohne Benachteiligte entsteht.“⁹⁶

Für beide Konzeptionen, die in den folgenden Jahren bei den gesetzgeberischen Debatten kontrovers diskutiert wurden, war der Ausdruck *Lastenausgleich* eine geeignete Wortbildung, weil der Ausdruck selber zunächst weder impliziert, welche *Lasten* gemeint sind, noch wie sie *ausgeglichen* werden sollen, noch ob der Hauptakzent des Kompositums auf dem Grund- oder Bestimmungswort liegt. So legten die Regierungsparteien den Schwerpunkt auf den *Ausgleich* der durch Krieg und Kriegsfolgen entstandenen individuellen *Lasten*, die SPD-Opposition dagegen wollte einen *Ausgleich* der durch soziale Unterschiede entstehenden *Lasten*.⁹⁷

Das schließlich am 16.5.1952 im Bundestag verabschiedete *Lastenausgleichsgesetz* verwirklichte jedenfalls die von den Unionsparteien mit *Lastenausgleich* gemeinten Vorstellungen. Durch die damit institutionell festgelegte Lesart setzte sich diese Bedeutung auch öffentlich durch, da mit dem Ausdruck nun auf Bestimmungen aus dem Gesetz referiert werden konnte. Auf dieses Gesetz bezieht sich in der Regel die historische Vokabel *Lastenausgleich*, wenn sie z.B. in der Diskussion um die fi-

95 Vgl. Steininger 1983, Bd. 1, S. 116.

96 Zit. nach Flechtheim 1963, Bd. III, S. 19. Mit ähnlicher Bedeutung verwenden auch 1993/94 SPD-PolitikerInnen das Wort *Lastenausgleich*. Die SPD-Linken fordern einen *sozialen Lastenausgleich*, der mit Steuererhöhungen auf die „explodierten Geld- und Immobilienvermögen“ herbeigeführt werden müsse (vgl. FRANKFURTER RUNDSCHAU 20.11.1993, S. 11), und der Parteivorsitzende Rudolf Scharping und sein Stellvertreter Oskar Lafontaine rufen auf „zu einem ‚nationalen Lastenausgleich‘, der die Kosten der Einheit gerechter verteilen soll“ (FRANKFURTER RUNDSCHAU 24.1.1994, S. 4).

97 Zur SPD vgl. etwa Kurt Schumacher am 21.9.1949 im Bundestag: „Der Lastenausgleich, der notwendig ist, ist doch ein Lastenausgleich, der weitgehend zu einer Veränderung der Eigentumsverhältnisse und vor allem zu einer Veränderung der Einkommensverhältnisse beiträgt.“ (Schumacher 1972, S. 15).

nanziellen Folgen der deutschen Vereinigung benutzt wird: Bundespräsident Richard von Weizsäcker etwa forderte 1992 einen neuen *Lastenausgleich* und verwies dabei ausdrücklich auf das Gesetz von 1952. Daraufhin wurde in den Tageszeitungen sowohl das Gesetz wie der Ausdruck *Lastenausgleich* erklärt.⁹⁸

Weitaus umstrittener als *Lastenausgleich* war in den fünfziger Jahren die im Rückblick oft, wenn auch vielfach mit Distanzindikatoren⁹⁹, gebrauchte Bezeichnung *Wirtschaftswunder* bzw. (vor allem anfangs) *deutsches Wunder*. Diese Vokabel war zunächst eine Bezeichnung, mit der im Ausland¹⁰⁰ auf den deutschen Wirtschaftsaufschwung Bezug genommen wurde.

In den frühen fünfziger Jahren reagieren große Teile der bundesdeutschen Öffentlichkeit auf die Fremdbezeichnung mit Ablehnung: Das Wort *Wunder* wird remotiviert als eine Vokabel, die etwas Nicht-Erklärbares, Schicksalhaft-Zufälliges ausdrückt. Aufgrund dieses Bedeutungsverständnisses wird das Grundwort *Wunder* abgelehnt, denn der deutsche Wirtschaftsaufschwung sei nicht zufällig, wie ein *Wunder*, über die Westdeutschen gekommen, sondern er sei vor allem durch Fleiß und Arbeit und durch das System der *sozialen Marktwirtschaft* erreicht worden:

„Wir selbst nennen es kein Wunder, was hier seit 1948 vollbracht wurde: der Lebenswille unseres Volkes, Fleiß und Können unserer Arbeitnehmer und Unternehmer erarbeiteten die Schicksalswende.“ (Anzeige der Gemeinschaft Die Waage in: RHEINISCHER MERKUR 24.10.1952)

Verärgert äußert sich Bundespräsident Theodor Heuss in seiner Neujahrsansprache 1954:

„Der Bundespräsident erwähnte, daß das Ausland die Summe der deutschen Leistungen der letzten Jahre ‚oft anerkennend oft mißtrauisch‘ das ‚deutsche Wunder‘ nennt, aber er sagte: ‚Ich hasse dieses Wort und halte den Deutschen für töricht, der es nachredet, indem er sich selber ein bißchen für einen Wundertäter hält.‘“ (RHEINISCHE POST 2.1.1954)

Während in den gleichen Jahren die Fremdbezeichnung auch schon mit gewissem Stolz darauf, daß sich in ihr die Bewunderung der deutschen Leistung ausdrückt, verwendet wird¹⁰¹, lehnt die SPD/DGB-Opposition *Wirtschaftswunder* auch unter einem anderen Gesichtspunkt ab. Die

98 Vgl. z.B. FRANKFURTER RUNDSCHAU 23.5.1992, S. 4.

99 Vgl. etwa Thränhardt 1986, S. 70: „Das ‚Wirtschaftswunder‘ wurde zum Kern des neuen deutschen Selbstbewußtseins der fünfziger und sechziger Jahre.“

100 „Die liberale Marktwirtschaft brachte fertig, was seitdem im Ausland als das ‚deutsche Wunder‘ bezeichnet wird“ (DER SPIEGEL (6.12.1950), H. 49, S. 5).

101 Unter der Überschrift „Das deutsche ‚Wunder‘“ heißt es: „Nicht wir nennen es so, sondern fremde Reisende, die Westdeutschland seit 1948 besuchen“ (Anzeige der Gemeinschaft Die Waage in: RHEINISCHER MERKUR 24.10.1952). Vgl. auch FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG 29.3.1952: Titel „Das deutsche Wirtschaftswunder“, Untertitel: „Unsere Korrespondenten berichten, was das Ausland dazu sagt“.

stolze Übernahme des Ausdrucks als Eigenbezeichnung zur Grundlage nehmend, wird der Ausdruck von dieser Seite ironisch zitiert in der Funktion, Kritik am Wirtschaftsaufschwung und der Wirtschaftspolitik zu äußern: Vom Wirtschaftsaufschwung und damit vom *Wirtschaftswunder* hätten nicht alle Teile der Bevölkerung profitiert, weil der neue Reichtum ungerecht verteilt sei. Mit Verweis auf die geringen Arbeitnehmerereinkommen und die hohen Nahrungsmittelpreise heißt es ironisch: „Das ist das Wirtschaftswunder von Herrn Erhard“ (VOLKSSTIMME 10.7.1953). Das „deutsche Wirtschaftswunder“ sei an vielen Menschen vorbeigegangen (DER TAGESSPIEGEL 29.8.1953) bzw. sei „keineswegs allen gleichmäßig zugute gekommen“.¹⁰²

Die sich in den letzten Belegen – nach anfänglich allgemeiner Skepsis gegenüber dem neuen Ausdruck – schon 1952/53 abzeichnende Konstellation bezüglich der Verwendung des Ausdrucks *Wirtschaftswunder* läßt sich gegen Ende der fünfziger Jahre in ähnlicher Weise zeigen: Der Ausdruck hat sich bei Anhängern der bestehenden Wirtschaftsordnung von der abgelehnten Fremdbezeichnung des Auslands zu einer etablierten, positiven Selbstbezeichnung des bisher Erreichten gewandelt und wird darüber hinaus schon als historische Vokabel synonym zu *Wirtschaftsaufschwung* verwendet: „Das Wirtschaftswunder ist ein Stück deutscher Geschichte, durch uns vollzogen“.¹⁰³

Bei eher linken Kritikern der Wirtschaftsordnung dagegen scheint das Wort als Kritikvokabel an der rein materiell orientierten bundesdeutschen Gesellschaft bzw. an ihrer als *Restauration* bezeichneten Entwicklung benutzt zu werden. Diese anti-materialistische Gesinnung – so ein Artikel in der WELT – drücke sich etwa so aus: Bei der Betrachtung Kuchen essender beleibter Damen im Café heiße es: „Widerlich, nicht wahr, geradezu ekelhaft! Na, das ist eben das Wirtschaftswunder!“¹⁰⁴ Auch Erhard scheint eine solche kritische Verwendung von *Wirtschaftswunder* im Auge zu haben, wenn er sich beschwert, daß „vor dem Hintergrund der faden Vokabel vom ‚deutschen Wirtschaftswunder‘ moralinsaurer Snobismus ob der angeblich materialistischen Gesinnung des deutschen Volkes die Nase rümpft.“¹⁰⁵

In historischen Betrachtungen über diese Zeit wird die Vokabel sehr häufig verwendet, zumeist mit distanzierenden Anführungszeichen, weil die Darstellung explizit auf die „wahren Gründe“ des Wirtschaftsaufschwungs eingeht und sich deshalb von der *Wunder*-Prädikation distanziert¹⁰⁶, weil auf das Wort als Bezeichnung des Selbstverständnisses

102 WELT DER ARBEIT 2.8.1957, Titel: „Das trügerische Wirtschaftswunder“.

103 DIE WELT 24.5.1958, vgl. auch RHEINISCHER MERKUR 25.12.1959.

104 DIE WELT 24.5.1958, Titel: „Warum hassen wir das Wirtschaftswunder?“

105 Rede vor dem 2. Wirtschaftstag der CDU am 10.4.1959, in: Erhard 1962, S. 429.

106 Vgl. Borchardt 1985, S. 193. Borchardt versucht auch eine Eingrenzung des Zeitraums, auf den das Wort referiert, und setzt diesen auf die Zeit von 1948 bis Mitte der 50er

der Zeit verwiesen werden soll¹⁰⁷ oder weil das mit *Wunder* verbundene Bedeutungselement des Unerklärbaren als unangemessen empfunden wird.

3. Die sechziger Jahre

Die bisher dargestellten sprachgeschichtlichen Entwicklungen beziehen sich alle auf einen Abschnitt der wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Entwicklungen, die mit den Jahren 1959–1961 als abgeschlossen gelten können. Diese Zeit kann als Phase des wirtschaftlichen Aufbaus und mit dem Godesberger Programm der SPD als Phase der Etablierung der *Soziale Marktwirtschaft* genannten Konzeption angesehen werden.

Für viele Wirtschaftshistoriker setzt mit Anfang der 60er Jahre oder dem Jahr 1959 ein neuer Abschnitt ein, der als Phase der *Vollbeschäftigung* bezeichnet wird und bis 1973 anhält.¹⁰⁸ Spezifische Entwicklungen und in ihrer Folge spezifische Diskussionen mit neuem Vokabular kennzeichnen diese Phase. Neben der *Vollbeschäftigung* gehörten zu diesen Entwicklungen die zurückgehenden Wachstumsraten, höhere Inflationsraten und damit der Verfall des Geldwertes sowie schärfere Verteilungskämpfe, weil die Gewerkschaften ihre lohnpolitische Zurückhaltung der 50er Jahre aufgaben und eine angemessene Beteiligung am neuen Reichtum forderten.¹⁰⁹

Die erste größere Rezession 1966/67 wirkte zusätzlich wie ein Schock und löste verstärkte wirtschaftspolitische Aktivitäten aus, die auch zunächst für erfolgreich gehalten wurden. Diese Aktivitäten – schon seit Mitte der 60er Jahre und mit Beginn der Großen Koalition von 1966 – standen unter dem Zeichen einer allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklung, einer rationalistischen, reformorientierten und wissenschaftliche Erkenntnisse berücksichtigenden Grundströmung¹¹⁰, sowie unter dem großer werdenden Einfluß der SPD, deren Wirtschaftspolitik nach der Verabschiedung sozialistischer Konzepte, vor allem unter dem Einfluß des späteren Wirtschaftsministers Karl Schiller, an der Theorie von John Maynard Keynes (*Keynesianismus*) orientiert war.

Diese Theorie weist dem Staat in der Marktwirtschaft eine aktivere, eingreifendere Rolle zu und unterstützte so bei der SPD die Herausbildung eines neuen „rationalistisch-planungsbezogenen Vokabulars“ (Ste-

Jahre fest.

107 Vgl. Thränhardt-Zitat oben und Borchardt 1985, S. 193f.

108 1959 lag die Arbeitslosigkeit unter 3 %, was einem weiten Begriff von *Vollbeschäftigung* entspricht, 1961–1966 lag sie unter 1 % (vgl. Borchardt 1985, S. 197f.). Vgl. dazu auch Helmstädter 1989, S. 250ff.; Borchardt 1990, S. 28ff.

109 Vgl. Abelshauser 1983, S. 98; Ambrosius 1983, S. 277.

110 Vgl. Steger 1989, S. 12f.

ger 1989, S. 13), das sich mit der SPD-Regierungsbeteiligung und der Einsicht der Neoliberalen, daß die neuen Probleme nicht nur durch die Selbststeuerung des Marktes bewältigt werden könnten, auch gesamtgesellschaftlich etablierte und die wirtschaftspolitische Diskussion bestimmte. Die Diffamierung stärkerer staatlicher Eingriffe als *Dirigismus* durch die Neoliberalen nahm so im Laufe der 60er Jahre ab, obwohl Ludwig Erhard das wirtschaftspolitische Programm der Großen Koalition als Abkehr von der *sozialen Marktwirtschaft* hin zu einer *sozialistischen Marktwirtschaft* abzuwerten versuchte.¹¹¹

3.1 Maßhalten und Formierte Gesellschaft

In der ersten Hälfte der 60er Jahre versuchten die Neoliberalen um Ludwig Erhard, die Probleme noch rein ideologisch zu lösen. Für ihre Bemühungen kennzeichnend sind die schon in den 50er Jahren begonnenen zahlreichen Appelle vor allem Erhards zum *Maßhalten* an die Bevölkerung sowie sein Versuch, als Ergänzung zum Konzept der *sozialen Marktwirtschaft* das positiv gemeinte Leitbild der *formierten Gesellschaft* zu etablieren. Mit den Maßhalte-Appellen sollten die Verbraucher zur Zurückhaltung beim Konsum (wegen inflationsfördernder Wirkungen) angehalten und die Gewerkschaften zu zurückhaltenden Lohnforderungen aufgefordert werden. Mit *formierter Gesellschaft* sollte ein Leitbild formuliert werden, das alle gesellschaftlichen Gruppen dazu anhielt, bei der Durchsetzung ihrer „egoistischen“ Gruppeninteressen im Hinblick auf das übergeordnete gesellschaftliche Ziel des *Gemeinwohls* zurückzustecken. Nach Erhard drückte das Schlagwort

„den Wunsch nach einer Stabilisierung der Lebensordnung und zugleich nach einer sinnvoll gegliederten Gesellschaft aus, die dem einzelnen und der Gemeinschaft, wenn schon nicht überschaubar, so doch ein Gefühl der Geborgenheit gibt.“¹¹²

Beide Strategien, die mit Appellen und neuem Leitbild vor allem die Gewerkschaftsforderungen einer Gemeinschaftsideologie unterordnen wollten, konnten die Erhardsche Wirtschaftspolitik nicht attraktiver machen. Die *Maßhalte*-Appelle lösten mehr und mehr spöttische Einlassungen aus: Erhard bekam den Spitznamen *Maßhalte-Kanzler*. DER SPIEGEL meint 1966: „Anders als Erhards ‚Mut zum Konsum‘-Appell der fünfziger Jahre verhallten seine stereotypen Maßhalte-Beschwörungen im Spott der Menge.“¹¹³

111 Vgl. DER SPIEGEL (9.1.1967), H. 3, S. 23.

112 Rede auf dem Bundesparteitag der CDU am 31.3.1965, zit. nach Thränhardt 1986, S. 153.

113 DER SPIEGEL (22.8.1966), H. 35, S. 41.

Der Ausdruck *formierte Gesellschaft* gilt bis heute als sehr unglückliche Formulierung. Karl Schiller kritisierte ihn schon 1967 im Bundestag. Er

„verhöhnte [...] die ‚Formierte Gesellschaft‘ als ein Überwechseln ins ‚Biedermeier‘, als ‚Flucht in eine Scheinwelt der formierten Gemütlichkeit‘. ‚Bei Formierter Gesellschaft [...] denkt man doch an Strammstehen, nicht wahr, an Strammstehen nicht aufgrund von Befehl und Gesetz, nein, Strammstehen aufgrund höherer Einsicht; das ist die Formierte Gesellschaft.“¹¹⁴

Laut Steger wurde der Begriff „sogleich als ‚Spießertraum einer konfliktlosen Gesellschaft‘ konterkariert“ (Steger 1989, S. 12) und konnte so für die Werbesprache der CDU nicht verwertet werden.

3.2 Planungsbezogenes Vokabular

Durchgesetzt werden konnte in der zweiten Hälfte der 60er Jahre in der Wirtschaftspolitik eher das vor allem von Wirtschaftsminister Karl Schiller eingeführte keynesianische, planungsbezogene Vokabular. Das gesamte Konzept des vor allem finanzpolitischen Eingreifens des Staates wurde als *Globalsteuerung* bezeichnet, ein wichtiges Mittel dazu war die *Mittelfristige Finanzplanung (MiFriFi)*¹¹⁵, die den Bundeshaushalt konsolidieren sollte. Mit dieser Planung sollte laut Schiller ein *Aufschwung nach Maß* erreicht werden, d.h. ein wirtschaftlicher Aufschwung ohne starke Preissteigerungen.¹¹⁶ Als institutionelle Verankerung keynesianischer Wirtschaftspolitik kann das 1966 in den Bundestag eingebrachte, am 8.6.1967 verabschiedete „Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft“, in der Öffentlichkeit und als historische Vokabel zumeist *Stabilitätsgesetz* genannt¹¹⁷, angesehen werden, „mit dem nun auch offiziell die Steuerung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zur Aufgabe von Legislative und Exekutive werden sollte“ (Borchardt 1990, S. 24).

3.3 Konzertierte Aktion

Zu den Instrumenten einer solchen vom Staat geregelten Stabilitäts- und Wirtschaftspolitik gehörten für Karl Schiller Gespräche zwischen Vertre-

114 DER SPIEGEL (9.1.1967), H. 3, S. 26. „Das Konzept [...] wurde schnell als autoritärer Versuch durchschaut, um die Gesellschaft ‚in eine Gesamtkaserne mit unternehmerischer Kommandogewalt‘ (Oskar Negt) zu verwandeln.“ (Rudolf Walther: Die Wertegemeinschaft des christlichen Abendlandes. In: FRANKFURTER RUNDSCHAU 19.2.1994, S. ZB 2)

115 Seit 1966: „Der jährlichen Haushaltswirtschaft ist dabei eine mittelfristige Finanzplanung zugrunde zu legen.“ (Bundeswirtschaftsminister Schmücker im BT 14.9.1966, S. 2661); vgl. auch Franz Josef Strauß im SPIEGEL-Interview vom 17.7.1967, H. 30, S. 28.

116 Vgl. SPIEGEL-Interview in H. 3 vom 9.1.1967, S. 30f.

117 Vgl. FRANKFURTER RUNDSCHAU 5.6.1992, Titel: „Stabilitätsgesetz schreit nach einer Reform“.

tern der Regierung, der Arbeitgeber und Gewerkschaften, in denen wachstums-, preis- und lohnpolitische *Orientierungsdaten* festgelegt werden sollten und die Teilnehmer „ihre Ansprüche an das Sozialprodukt nach genau fixierten ökonomischen Kriterien“¹¹⁸ beschränken sollten. Diese Gesprächsrunde wurde *Konzertierte Aktion* genannt. Unter diesem Namen war sie ein wesentlicher Bestandteil der wirtschaftspolitischen Diskussion bis zum Rückzug der Gewerkschaften aus diesen Gesprächen 1977 aufgrund der Verfassungsklage der Arbeitgeber gegen das neue Mitbestimmungsgesetz. Bei wirtschaftspolitischen Problemen wird auch heute gelegentlich zu einer neuen *Konzertierten Aktion* aufgerufen, wie etwa im Frühjahr 1992 vom damaligen Wirtschaftsminister Möllemann¹¹⁹ oder Anfang Dezember 1993 von den europäischen sozialdemokratischen Parteien, um Probleme der Arbeitslosigkeit auf europäischer Ebene zu lösen.¹²⁰ Ähnliche Gesprächsrunden, z.B. zur Gesundheitsreformgesetzgebung, übernahmen den Namen ebenfalls.¹²¹

Erstmals tauchte der Ausdruck im Zweiten Jahresgutachten des „Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Situation“ vom 15.11.1965 auf, in dem auch noch andere Bezeichnungen für die vorgeschlagene *Aktion* benutzt werden, unter anderem *konzertierte Stabilisierungsaktion*, *neuer contrat social*.¹²² Nach der Regierungsübernahme der Großen Koalition kündigte der neue Wirtschaftsminister Schiller in der Regierungserklärung vom 13.12.1966 eine *konzertierte Aktion* an, die er als „freiwillige und gemeinsame Aktion der Gewerkschaften und Unternehmerverbände zu einem stabilitätsgerechten Verhalten im Aufschwung“¹²³ kennzeichnete. Ab dem 22.12.1966 fanden Vorgespräche des Wirtschaftsministers mit den *Tarifparteien* statt, und bis 1977 wurden insgesamt vierzig solcher *Konzertierten Aktion* genannter Gespräche durchgeführt.¹²⁴

„In den Jahren 1966–1968 war *Konzertierte Aktion* ein Schlagwort, an das sich die Hoffnung knüpfte, es werde der Großen Koalition gelingen, die Wirtschaftskrise zu überwinden. [...] Ab etwa 1970 dient *Konzertierte Aktion* als bloße Bezeichnung [für die oben genannten Gespräche] [...] und verliert seinen Schlagwortcharakter.“ (Niehr 1993, S. 239)

Der Ausdruck legte die symbolische Darstellung der Gespräche als Konzert, als Aufführung eines Musikstücks mit dem Konzertmeister Schiller

118 DER SPIEGEL (22.8.1966), H. 35, S. 34.

119 Vgl. FRANKFURTER RUNDSCHAU 3.4.1992, S. 4.

120 „Die sozialdemokratischen Parteien erwarten vom EU-Gipfel den Anstoß für eine ‚konzertierte Aktion‘, um die Erwerbslosigkeit bis zum Jahr 2000 um die Hälfte zu verringern.“ (FRANKFURTER RUNDSCHAU 2.12.1993, S. 5).

121 Vgl. DEUTSCHES ARZTEBLATT 88 (26.4.1991), H. 25/26, S. B-1469; (12.12.1991), H. 50, S. B-2889.

122 Vgl. Siekmann 1985, S. 18f.

123 Zit. nach ebd., S. 25.

124 Zu deren Verlauf und Inhalten vgl. Siekmann 1985.

(später Schmidt und Friedrichs) in Reden, Zeitungsberichten und Karikaturen nahe.¹²⁵ Heute kann der Ausdruck im wirtschaftspolitischen Kontext als historische Vokabel dieser Zeit gelten. Sie ist offenbar so weit bekannt, daß ohne Erklärungen die neue Einberufung solcher Gesprächsrunden mit ihr bezeichnet werden kann. Allerdings wird für solche gewünschten und auf Einladung des Bundeskanzlers seit 1977 öfters durchgeführten Spitzengespräche von Regierung, Gewerkschaften und Arbeitgebern der Ausdruck *Konzertierte Aktion* häufig vermieden, da er „zum Reizwort geworden“ (Siekmann 1985, S. 105) ist, was wohl auf die negative Bewertung der Ergebnisse dieser Gesprächsrunden zurückzuführen ist.

3.4 Soziale Symmetrie

Mit dem neuen Wort und den Gesprächen sind zwei weitere Schlagworte der Zeit verbunden. Schiller verstand die Gespräche als einen Ausdruck der *mündigen Gesellschaft*, in der sich die Interessengruppen freiwillig zu Gesprächen zusammenfinden, um zu einem Interessenausgleich zu kommen.¹²⁶ Das Konzept *Mündige Gesellschaft* sollte explizit Erhards Konzept der *Formierten Gesellschaft* entgegenstehen. In Erhards Konzept sollten (nach Schiller) die gesellschaftlichen Gruppen unter einem vom Staat definierten Gemeinwohl-Ziel eingebunden werden, in Schillers Konzept sollten sie dieses selber diskursiv aushandeln.¹²⁷

Da Schiller zudem schon nach den ersten Ergebnissen der *Konzertierten Aktion* feststellte, daß die Vereinbarungen (notwendigerweise) „zugunsten der Unternehmungen“ ausgefallen seien und die Gewerkschaften diesen aus „gesamtwirtschaftlicher Einsicht“ zugestimmt hätten, prägte er eine ergänzende Programm vokabel, die die Gespräche und deren Zielsetzungen für die Gewerkschaften und Arbeitnehmer auch weiter attraktiv machen sollte. Wenn der Aufschwung *nach Maß* gekommen sei, sagte er am 17.2.1967 im Bundestag, werde es „eines Tages [...] für die staatlichen Maßnahmen notwendig sein [...] – so möchte ich es ausdrücken – soziale Symmetrie in den wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen herzustellen.“¹²⁸ Im Kommuniqué der zweiten Konzertierten Aktion vom 1. und 2. März 1967 wurde der neue Ausdruck *soziale Symmetrie* quasi definiert: Mit ihm sollte erreicht werden, daß

125 Vgl. dazu Kehm 1991, S. 222ff., sowie die skeptischen Äußerungen des IG Metall-Vorsitzenden Otto Brenner in einem SPIEGEL-Gespräch, der deutlich macht, daß die Gewerkschaften bei den Gesprächen keinen Dirigenten akzeptieren wollen (im SPIEGEL Nr. 14 vom 27.3.1967, S. 42, hier wiedergegeben nach Niehr 1993, S. 245).

126 Vgl. DER SPIEGEL (9.1.1967), H. 3, S. 32.

127 Vgl. Ambrosius 1983, S. 281.

128 Zit. nach Kehm 1991, S. 227.

„bei allen wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen immer wieder scharf überlegt [wird], ob nur eine Gruppe belastet oder begünstigt wird und ob man nicht auf andere Dinge und andere Gruppen Rücksicht nehmen müsse.“¹²⁹

Damit hatte Schiller einen Ausdruck geprägt, der in der Folgezeit von Arbeitgeberseite als Ausdruck kollektivistischer Denkweisen denunziert wurde: „Das soziale Leben ist eo ipso asymmetrisch. Darauf beruhen die Antriebe, beruht das Leistungsstreben. Sozial-Symmetrie gehört in die Vorstellungswelt des Kollektivismus.“¹³⁰ Vor allem aber wird der Ausdruck von den Gewerkschaftsvertretern genutzt, um die vorhandene Asymmetrie in den Ergebnissen der *Konzertierten Aktion* bzw. der Verteilung des Sozialproduktes anzuklagen und das Versprechen Schillers, die *soziale Symmetrie*, einzuklagen. Die *soziale Symmetrie* ist in diesen Äußerungen „gefährdet“, „gestört“ oder „nicht verwirklicht“. Der Ausdruck spielt einige Zeit, schwerpunktmäßig aber im Jahre 1967¹³¹, für die lohn- und gesellschaftspolitischen Forderungen der Gewerkschaften eine wichtige Rolle.¹³²

4. Die siebziger und achtziger Jahre

Für die von Wirtschaftshistorikern abgegrenzte Phase der wirtschaftlichen Entwicklung nach 1973¹³³ sind wiederum im Rahmen bestimmter gesellschaftlicher bzw. wirtschaftlicher Veränderungen spezifische öffentliche Diskussionen relevant, die zu einer im Folgenden beschriebenen Entwicklung des Vokabulars führten. Dabei erhebt die Darstellung keinen Anspruch auf vollständige Erfassung des in dieser Zeit wirtschaftspolitisch relevanten Wortschatzes, sondern es wird die Entwicklung einiger zentraler Ausdrücke betrachtet, die uns symptomatisch für bestimmte wirtschaftliche oder wirtschaftspolitische Entwicklungen zu sein scheinen.¹³⁴

129 Zit. nach Siekmann 1985, S. 53.

130 MONATSBLÄTTER FÜR FREIHEITLICHE WIRTSCHAFTSPOLITIK (1967), H. 4, S. 240, zit. nach Kehm 1991, S. 231.

131 Vgl. Niehr 1993, S. 241.

132 Vgl. dazu mit vielen Belegen Kehm 1991, S. 227ff., und Niehr 1993, S. 239ff. und S. 250ff.; auch Siekmann 1985, S. 53 und 61.

133 Vgl. Borchardt 1990, S. 25ff.

134 Nicht behandelt werden unter anderem der parteitaktische und wahlkampfstrategische Stellenwert folgender Vokabeln: *Stabilität* als SPD-Fahnenwort in den 70er Jahren (vgl. dazu die Belege bei Niehr 1993, S. 247ff.: Niehr bezeichnet *Stabilität* als das Schlagwort, das *Konzertierte Aktion* abgelöst habe (S. 239). Der Ausdruck *Stabilitätspakt*, der offenbar 1972 im Gespräch war (vgl. den SPIEGEL-Beleg bei Niehr 1993, S. 249), scheint ein früher Vorläufer des 1993 diskutierten *Solidarpakts* zu sein); *Aufschwung* als Fahnenwort der jeweils Regierenden bei günstigen wirtschaftlichen Daten (vgl. zur SPD 1975/76 Stötzel 1982, S. 284ff.); *Staatsverschuldung* als zentrale Vorwurfsvokabel der CDU/CSU-Opposition gegen die Schmidt-Regierung vor der

In der wirtschaftspolitisch-programmatischen Diskussion führen die mit der ersten *Ölkrise* von 1973 einsetzenden wirtschaftlichen Probleme, die Einflüsse der neomarxistisch orientierten 68er-Studentenbewegung in den 70er Jahren sowie die keynesianisch orientierte Krisenbewältigung der regierenden Sozialdemokraten zu einer erneuten Auseinandersetzung um die grundsätzliche Ausrichtung der bundesrepublikanischen Wirtschaftsordnung. Diese Debatte wiederholt zum Teil in Terminologie und Argumentation die dargestellte Wirtschaftsordnungsdiskussion der 50er Jahre. Während innerhalb der SPD wieder verstärkt weitergehende Planung und Lenkung, vor allem *Investitionslenkung*, sowie die von den Jusos vertretene Theorie des *staatsmonopolistischen Kapitalismus* (*Stamokap*) diskutiert werden, versucht die CDU ihr Fahnenwort *Soziale Marktwirtschaft* aus der Opposition heraus als Etikett für die Lösung der anstehenden Probleme zu empfehlen sowie der Regierung die Verantwortung für die Probleme dadurch zuzuschreiben, daß diese den erfolgreichen Weg der *Sozialen Marktwirtschaft* verlassen habe. Die in den 50er Jahren erfolgte Durchsetzung des für das bundesrepublikanische Selbstverständnis zentralen Begriffs muß also vor dem Hintergrund der genannten Einflüsse (Wirtschaftskrise, Studentenbewegung) erneut öffentlich gefestigt werden.

Ebenfalls als Reflex auf die wirtschaftlichen Krisenerscheinungen, gleichzeitig aber als Symptom für die seit Anfang der 70er Jahre, vor allem durch den Bericht des Club of Rome von 1972 – unter dem Titel „Die Grenzen des Wachstums“ – verstärkte Einsicht, daß die ökologischen Folgen des Wirtschaftens berücksichtigt werden mußten, soll die Diskussion um die Leitvokabel *Wachstum* dargestellt werden. Erstmals wird deren im Kontext der Konzeption *Soziale Marktwirtschaft* unhinterfragt positive deontische Bedeutung Anfang der 70er Jahre in Frage gestellt und seither in der Diskussion um *Nullwachstum*, *humanes, qualitatives* oder *umweltverträgliches Wachstum* partiell umgewertet bzw. durch die Aufnahme ökologischer Bedeutungsmerkmale in den Begriff

1982er *Wende*; *Erblast* als Rechtfertigungsvokabel der neuen Regierung für auch nach der *Wende* bestehende wirtschaftliche Probleme. Nicht genauer behandelt werden auch: die Konjunktur von Ausdrücken mit dem Kompositionsglied *Spar(en)* vor allem in der Zeit nach der 1982er *Wende* (vgl. dazu Steger 1989, S. 24); die sprachlichen Auswirkungen der häufiger wiederkehrenden Diskussionen um die Finanzierbarkeit staatlicher Ausgaben (*Zwangsanleihe*, *Neidsteuer*, *Investitionshilfeabgabe*, *Ergänzungsabgabe*); die von gewerkschaftlicher Seite geführten Auseinandersetzungen um *paritätische Mitbestimmung* (vgl. zu *Mitbestimmung* als Schlagwort in den sechziger und siebziger Jahren Niehr 1993, S. 274–289), *35-Stunden-Woche* und *Minimaxstrategie*; die 1986er Diskussion um die Novellierung des Paragraphen 116 des Arbeitsförderungsgesetzes mit der konkurrierenden Bezeichnung des Paragraphen als *Streikparagraph* versus *Neutralitätsparagraph* und dem gewerkschaftlichen Stigmawort *kalte Aussperrung*. Nur knapp behandelt werden die Debatten um die wirtschaftlichen Folgen der deutschen Vereinigung (*Aufschwung Ost*, *Wirtschaftsstandort Deutschland*, *Solidarpakt* u. a.).

auch umgedeutet. Für die wachsende Relevanz des Umweltschutzes zumindest in der Außendarstellung der Wirtschaftspolitik steht seit den 80er Jahren auch der Versuch, die Konzeption der *Sozialen Marktwirtschaft* zu einer *Ökologischen Marktwirtschaft* bzw. einer *Sozialökologischen Marktwirtschaft* zu verändern oder zu erweitern.

Als Folge wirtschaftlicher Krisenerscheinungen, aber auch als Beispiel für Diskussionen, in denen es um die Folgen wirtschaftspolitischen Handelns für die Sozialpolitik geht, sollen zuletzt die Diskussionen um die *Neue Soziale Frage* in den 70er Jahren, um *Sozialabbau* und *soziale Demontage* seit Mitte der 70er Jahre sowie die Diskussionen der 80er Jahre um *Neue Armut*, *Umverteilung von unten nach oben* und *Zweidrittelgesellschaft* dargestellt werden.

4.1 Soziale Marktwirtschaft versus Lenkungsvorschläge (Freiheit oder Sozialismus)

Angeregt durch die marxistisch orientierte Gesellschaftskritik der Studentenbewegung, die vor allem durch die Jusos in die Regierungspartei SPD hineingetragen wurde, kam es schon vor der durch die Ölpreiserhöhung von 1973 ausgelösten Wirtschaftskrise zu einer neuerlichen Diskussion um wirtschaftspolitische Orientierungen. Diese setzte sich durch den Beginn von Wirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit, aufgrund von erhöhten Inflationsraten und steigender öffentlicher Verschuldung in den gesamten 70er Jahren fort.

Die Diskussion war bedingt und bestimmt durch die Versuche der SPD/FDP-Regierung, die wirtschaftlichen Probleme in den Griff zu bekommen. Diese führten in der SPD zu erneuten Diskussionen über den Sinn von wirtschaftlichen Planungs- und Lenkungsmaßnahmen – die unter anderem mit den Ausdrücken *Strukturpolitik* und *Investitionslenkung* umschrieben wurden – und zur Ablehnung und Vermeidung des Ausdrucks *Soziale Marktwirtschaft*, der als CDU-Fahnenwort offenbar tabuisiert war.

Die CDU hingegen nutzte als Oppositionspartei die wirtschaftlichen Probleme, um ihr altes Fahnenwort neu aufleben zu lassen und es als Bezeichnung für die von ihr vertretenen Lösungsstrategien in der Hoffnung zu nutzen, daß mit ihm die wirtschaftlichen Erfolge der 50er/60er Jahre verbunden und als Verdienst der CDU/CSU-Politik assoziiert würden. So interpretierte sie die wirtschaftlichen Probleme der 70er Jahre als Folge der Abkehr der sozialliberalen Regierung von der Wirtschaftspolitik der *Sozialen Marktwirtschaft* und pries – auch in ihrem Grundsatzzprogramm von 1978 – *Soziale Marktwirtschaft* als Ausweg aus der Krise an. Eng verknüpft mit der Herausstellung ihres Konzeptes und Fahnenwortes aus den 50er Jahren war die erneute Denunziation der

SPD-Politik als sozialistische oder planwirtschaftliche Politik mit allerlei Stigmawörtern (z.B. *planwirtschaftlicher Dirigismus*, *sozialistischer Versorgungsstaat*, *Verstaatlichung*, *Demontage der freien Wirtschaft*). In diesem Zusammenhang sind auch die berühmt-berüchtigten Wahlkampfparolen der CDU/CSU-Opposition aus den 70er Jahren (*Freiheit oder Sozialismus* und *Freiheit statt Sozialismus*) zu sehen.

Durch die Jusos bzw. die sogenannte *Stamokap-Fraktion*, die den Staat in der Hand kapitalistischer Monopole währte, war zu Beginn der 70er Jahre in der SPD die Forderung nach *Sozialismus* und *Verstaatlichung* von *Schlüsselindustrien*¹³⁵ wieder lauter geworden. Andererseits versuchte die SPD als Partei sozialer Reformen und als die Volkspartei des Godesberger Programms, die programmatisch solche weitergehenden Forderungen ihres linken Flügels nicht übernahm, die ungerechte Verteilung des erwirtschafteten Wohlstands als Ergebnis der *Sozialen Marktwirtschaft* anzuklagen. Sie stellte wiederum vor allem das Attribut *sozial* in Frage. Es wurde in der Verbindung mit *Marktwirtschaft* von der SPD zur Bezeichnung eigener Vorstellungen weiter konsequent vermieden und als Bezeichnung der CDU/CSU-Konzepte sprachkritisch zurückgewiesen.

ii.

Zur Bezeichnung eigener Vorstellungen wurde zum einen vor allem in der ersten Hälfte der 70er Jahre das programmatische Leitwort des Godesberger Programms *demokratischer Sozialismus* benutzt¹³⁶, zum anderen aber sprach man, um deutlich zu machen, daß diese Vorstellungen nicht als Abkehr von der *Marktwirtschaft* interpretiert werden sollten, unter anderem von *gesteuerter Marktwirtschaft*.¹³⁷ Willy Brandt legte auf dem Außerordentlichen Parteitag der SPD im Oktober 1972 in Dortmund zwar ein Bekenntnis zur *Marktwirtschaft* im Sinne des Godesberger Programms ab, zeigte aber deutliche Distanz gegenüber dem CDU-Fahnenwort *Soziale Marktwirtschaft*.¹³⁸ Die CDU/CSU-Orientierung an den Interessen der Kapitalbesitzer kritisierte Brandt mit dem Hinweis, viele Bürger seien „beim Vormarsch der sozialen Marktwirtschaft liegengeblieben“ und „hätten in der Vergangenheit soziale Marktwirtschaft nicht als System zum Schutz der Schwachen, sondern als Unternehmerschutz verstanden [...], die Opposition spreche von sozialer Marktwirtschaft, betreibe aber ‚Unternehmerschutzwirtschaft‘.“ (DIE WELT 7.4.1973)

135 Vgl. z.B. MANNHEIMER MORGEN 14.4.1973.

136 Vgl. dazu Niehr 1993, S. 141–150.

137 Z.B. der SPD-Bundestagsabgeordnete Ehrenberg in einem SÜDWESTFUNK-Interview vom 16.12.1973.

138 Brandt berichtet, daß der Vertreter der Sozialausschüsse, Hans Katzer, darauf hingewiesen habe, „daß wesentliche Aufgaben der Gesellschaftspolitik [...] über den Begriff der Sozialen Marktwirtschaft hinausgehen.“ Katzer stehe damit aber „in der CDU/CSU allein, denn alle anderen haben in Wiesbaden die von ihnen so genannte Soziale Marktwirtschaft als das Nonplusultra gefeiert.“ (Protokoll des Außerordentlichen Parteitages der SPD vom 12.–13. Oktober 1972 in Dortmund, S. 37).

Die CDU/CSU und die ihr nahestehende Presse bekämpften solche SPD-Kritik und die SPD-Vorstellungen von stärkerer Lenkung mit dem *Sozialismus*-Stigma und mit dem Hochhalten ihrer Konzeption der *Sozialen Marktwirtschaft*. Die Vorstellungen der Stamokap-Fraktion wurden als *Demontage der freien Wirtschaft* (FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG 14.8.1973), als *Verstaatlichung* und *Ideologie* (KIELER NACHRICHTEN 10.4.1973) und als *Klassenkampfparolen* (DIE RHEINPFALZ 30.10.1973) abgewertet, die SPD-Regierungspolitik als Abkehr von der *Sozialen Marktwirtschaft* kritisiert: „Bonn weiß nicht, was soziale Marktwirtschaft ist“ (TRIERISCHER VOLKSFREUND 27.6.1973), „Angriff auf soziale Marktwirtschaft“ (DIE RHEINPFALZ 30.10.1973).

Mit den zunehmenden wirtschaftlichen Problemen nach der sprunghaften Erhöhung der Ölpreise 1973 erhielt die dargestellte Diskussion neue Nahrung. In der SPD wurden staatliche Maßnahmen zur Steuerung und Behebung der Wirtschaftskrise zum Teil mit neuem Vokabular diskutiert. Die CDU/CSU kritisierte das SPD-Vokabular als Tarnung für sozialistische Planwirtschaft und stellte die Alternative *Freiheit/ Demokratie* = *soziale Marktwirtschaft* versus *Unfreiheit* = *Sozialismus* als Wahlkampfthema in den Mittelpunkt.

Die SPD wollte der wirtschaftlichen Krise mit einer Erhöhung der Staatsquote, d.h. des Anteils der öffentlichen Hand am Sozialprodukt, begegnen. Gegen *Verstaatlichung*-Verdächtigungen wehrte sie sich damit, daß sie keine „simple[n] Verstaatlichungsrezepte“ (BREMER NACHRICHTEN 31.12.1974) verfolge, wohl aber hielt sie zur Bewältigung der Krise verbesserte Eingriffsmöglichkeiten des Staates für notwendig. Nach dem Versuch, diese Vorstellungen als *gesteuerte Marktwirtschaft* zu bezeichnen, bestanden weitere Bemühungen, diese Politik als marktwirtschaftskonform darzustellen, darin, sie als „Ergänzung und Korrektur durch staatliche Lenkungsmaßnahmen“ aufgrund der „Unvollkommenheit der Marktwirtschaft“ darzustellen.¹³⁹ Die SPD-Forderung nach *Investitionslenkung* war vor allem im Bundestagswahlkampf 1976 umstritten, in dem das Wort gleichzeitig als Fahnenwort der SPD wie als Stigmawort der CDU im Rahmen ihrer *Sozialismus*-Vorwürfe fungierte. Unter Vermeidung von Komposita mit den Bestandteilen *-steuerung*, *-planung* und *-lenkung* wurden die SPD-Vorstellungen in den Jahren 1977/78 von ihr als *strukturpolitische Maßnahmen* und als *vorausschauende Strukturpolitik* bezeichnet.

Diese im Rahmen keynesianischer Wirtschaftsordnungsvorstellungen zu verstehenden Vorschläge und Maßnahmen wurden von der CDU/CSU-Opposition in der gleichen sprachkritischen Weise wie schon das SPD-Vokabular der 50er Jahre als Tarnung für sozialistische Ziele

¹³⁹ Vgl. das Diskussionspapier einer Kommission unter dem Vorsitz von Bundesfinanzminister Apel im PARLAMENTARISCH-POLITISCHEN PRESSEDIENST vom 28.7.1977.

dargestellt und mit Stigmawörtern wie *dirigistisch* und *bürokratisch* belegt. Die Meinung des CDU-Politikers Elmar Pieroth wird in der Presse wie folgt wiedergegeben: „Unter dem Deckmantel ‚vorausschauende Strukturpolitik‘ und ‚humanes Wachstum‘ habe die Partei ein in sich geschlossenes Papier zur Wirtschaftslenkung verabschiedet.“ Es handele sich um Tarnworte, mit denen „dirigistische und bürokratische Konzepte verschleiert“ (DIE WELT 31.3.1978) würden.

Die Kritik an den SPD-Vorstellungen zur Lösung der wirtschaftlichen Probleme, die mit der „Demontage“ ihrer Leitvokabeln verknüpft war, war zum einen Bestandteil der *Freiheit oder Sozialismus*-Kampagne der Wahlkämpfe, zum anderen ergänzte sie die Propagierung von *Soziale Marktwirtschaft* nicht nur als Lösung der Wirtschaftsprobleme, sondern als einzig der freiheitlich-demokratischen Gesellschaftsordnung entsprechende Wirtschaftsordnung.¹⁴⁰ Die *Freiheit oder Sozialismus*-Parole wurde mit weiteren Stigmaworten für die SPD-Politik unterstützt. Zu diesen gehörten Bezeichnungen wie (*planwirtschaftlicher*) *Dirigismus*¹⁴¹, *bürokratisch*, *sozialistischer Versorgungsstaat* (BAYERNKURIER 2.2.1974), *staatliche Reglementierung* (WELT AM SONNTAG 9.12.1973), *totaler Versorgungsstaat der Funktionäre*¹⁴², *Verstaatlichung* (NEUE RHEIN-ZEITUNG 2.7.1974) sowie die von Schelsky als Alternative zur Parole *Freiheit oder Sozialismus* vorgeschlagene Dichotomie *Selbständigkeit oder Betreuung*¹⁴³, die suggerieren sollte, die SPD-Politik mache die Bürger als *betreute* Bürger unselbständig und abhängig vom Staat.

Den angeblich *sozialistischen*, zur Unfreiheit führenden Konzepten der SPD hatte die CDU die *Soziale Marktwirtschaft* als „Voraussetzung für Demokratie“ entgegenzusetzen, mit der nicht nur der Wiederaufbau in der Nachkriegszeit geschafft worden sei, sondern auch „die brennenden Probleme von Inflation und Vollbeschäftigung [...] in menschenwürdiger Form zu lösen“ (FRANKFURTER RUNDSCHAU 23.8.1974) seien. Neben der Kritik an der SPD, diese Wirtschaftskonzeption nicht verfolgt zu haben und dadurch für die wirtschaftlichen Probleme verantwortlich zu sein, wird *Soziale Marktwirtschaft* nicht nur im alltäglichen politischen Schlagabtausch, sondern auch programmatisch zunächst in der „Mannheimer Erklärung“ von 1975, dann im Ludwigshafener Grundsatzprogramm von 1978 als Modell für die Zukunft und Weg zur Überwindung der Wirtschaftskrise – zum Teil mit explizitem Bezug auf Ludwig Erhard

140 Kremendahl spricht von „der Stilisierung der sozialen Marktwirtschaft zum Quasi-Verfassungsgebot“ (1978, S. 131).

141 Z.B. DEUTSCHLAND UNION DIENST 10.1.1979: „Klose verdeutlicht das gespaltene Verhältnis der SPD zur Sozialen Marktwirtschaft: Planwirtschaftlicher Dirigismus angestrebt“.

142 Franz Josef Strauß, zit. nach MÜNCHNER MERKUR 24.10.1975.

143 Auf dem CSU-Parteitag im September 1973 (vgl. Behrens u.a. 1982, S. 234ff. sowie Richter 1976).

und die Erfolge der 50er Jahre – angeführt. Während der SPD vorgeworfen wird, „keinen Frieden mit der sozialen Marktwirtschaft“ (GENERALANZEIGER 31.3.1978) gefunden und die ökonomischen Fehlentwicklungen verursacht zu haben, weil sie durch ihre Politik die „soziale Marktwirtschaft infrage“ gestellt habe¹⁴⁴, will die CDU als Lösung der Probleme „die soziale Marktwirtschaft wieder voll zur Entfaltung“¹⁴⁵ bringen und die Wirtschaftspolitik „stärker an den Grundsätzen der sozialen Marktwirtschaft orientieren“ (WELT AM SONNTAG 5.8.1979). Die Position der Parteien zu diesem CDU-Fahnenwort zeigt deutlich noch einmal eine Haushaltsdebatte im Bundestag 1978: Strauß klagte dort die SPD an, die *soziale Marktwirtschaft* „innerlich abzulehnen“ und statt dessen den „Klassenkampf gepredigt zu haben“:

„Am Begriff der Sozialen Marktwirtschaft wurden die politischen Nuancen sehr deutlich. Während sich Strauß und Kohl dezidiert zu diesem Grundprinzip bekannten, sprach der Bundeskanzler von einem ‚Schlagwort‘ ohne Verfassungsrang. Der FDP-Fraktionsvorsitzende widersprach dem Kanzler: Für die Liberalen sei die Marktwirtschaft ‚kein Schlagwort‘, sondern sei gültiges Ordnungsprinzip, sagte Mischnick.“ (DIE WELT 22.9.1978)

Die CDU-Strategie, das in weiten Bevölkerungskreisen als positiv aufgefaßte Leitwort *Soziale Marktwirtschaft* zusammen mit dem Versprechen eines durch diese wirtschaftspolitische Konzeption zu erreichenden *Aufschwungs* in den Mittelpunkt ihrer Offensive gegen die SPD/FDP-Regierung zu stellen, hatte schließlich in der *Wende* 1982 parteitaktischen Erfolg. Auch die wirtschaftlichen Erfolge der 80er Jahre konnten anschließend mit der *Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft*, die schon in Helmut Kohls Regierungserklärung vom 4. Mai 1983 im Mittelpunkt des innenpolitischen Redeteils gestanden hatte¹⁴⁶, erklärt werden. Gleichzeitig wurden die nicht gelösten Probleme wie Massenarbeitslosigkeit und *Staatsverschuldung* als *Erblast* der Vorgängerregierung legitimiert und als Beweis für deren Unfähigkeit angeführt.

Eine neue Richtung nahm die Diskussion um die *Soziale Marktwirtschaft* in den 80er Jahren durch die zunehmende Relevanz des Themas „Umweltschutz“ und die daran anschließende Debatte um die Vereinbarkeit von Ökonomie und Ökologie. Während bis dahin beides eher als Gegensatz behandelt worden war, wurde seit Mitte der 80er Jahre auch in den großen Parteien langsam ein Bewußtsein dafür entwickelt, daß die Lösung ökologischer Probleme nicht mit einem wirtschaftlichen

144 Stoltenberg in einem Interview im MANNHEIMER MORGEN 25.10.1978.

145 Laut DIE WELT 14.6.1979 eröffnet die CDU ihr neues wirtschaftspolitisches Grundsatzzprogramm mit den Worten: „Eine Entscheidung, die 1948 Ludwig Erhard wagte, ist gefordert: Wir müssen die Soziale Marktwirtschaft wieder voll zur Entfaltung bringen. Wir brauchen Arbeit und Wachstum für alle.“

146 Vgl. Eroms 1989, S. 16.

Niedergang verbunden sein müsse. Zeitweise sah es so aus, als sollte diese Einsicht in einem neuen, an das alte CDU-Fahnenwort anknüpfenden Schlagwort zur Bezeichnung einer modernen Wirtschaftskonzeption ausgedrückt werden. Die SPD forderte schon in den frühen 80er Jahren eine *ökologische Marktwirtschaft*. Ihr Wirtschaftsexperte Wolfgang Roth sah in einem Buch von 1985 den „Weg aus der Krise“ in einer *sozialökologischen Marktwirtschaft*¹⁴⁷, und auch in der CDU hielt Biedenkopf für die Zukunft das Konzept einer *ökologischen Marktwirtschaft* für notwendig.¹⁴⁸ Ein solches, das alte Fahnenwort *Soziale Marktwirtschaft* ablösendes neues Fahnenwort scheint sich aber trotz der eingesehenen Notwendigkeit, die Einbeziehung von Umweltbelangen in wirtschaftspolitische Konzepte zumindest propagandistisch hervorzuheben, nicht als Schlagwort einer Partei etabliert zu haben. Der SPD mag es zu sehr nach Übernahme von CDU-Vorstellungen aussehen, sie spricht in ihrem neuen Grundsatzprogramm nur von „ökologisch und sozial verantwortlichem Wirtschaften“ und vom „ökologischen Umbau unserer Industriegesellschaft“ bzw. „unserer Wirtschaft“¹⁴⁹ sowie im jüngsten Wirtschaftskonzept von „ökologischer Erneuerung der Industriegesellschaft“ (FRANKFURTER RUNDSCHAU 18.11.1993) und vermeidet damit den Ausdruck *Marktwirtschaft*. Die CDU möchte offenbar keine Auswechslung ihres bewährten „Wahlkampfschlagers“ *Soziale Marktwirtschaft* und modifiziert das Fahnenwort lieber mit weiteren Attributen. So spricht Helmut Kohl vom „Konzept einer ökologisch verpflichteten Sozialen Marktwirtschaft“ (BULLETIN DES PRESSE- UND INFORMATIONSAMTS DER BUNDESREGIERUNG 25.10.1989), und im neuen CDU-Grundsatzprogramm von 1994 heißt der Titel des einschlägigen Abschnitts „Für eine ökologische und soziale Marktwirtschaft“.¹⁵⁰

147 Vgl. Roth 1985.

148 Vgl. Biedenkopf 1985 sowie den Bericht über eine Sitzung des nordrhein-westfälischen Landtages in der RHEINISCHEN POST vom 17.11.1984: Kurt Biedenkopf habe die *ökologische Marktwirtschaft* beschworen und damit Zustimmung von Parteifreunden erhalten, die es „vor Jahresfrist“, also Ende 1983, noch abgelehnt hätten, „die von Biedenkopf geprägte Terminologie in die CDU-Programmatik aufzunehmen“.

149 Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Beschlossen vom Programm-Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands am 20. Dezember 1989 in Berlin, S. 34 und 37.

150 Zit. nach FRANKFURTER RUNDSCHAU 24.2.1994, S. 4. Vgl. auch die Aussage von CDU-Generalsekretär Peter Hintze: „Ökologische und soziale Marktwirtschaft“ sollten zu einem neuen „Markenzeichen der Partei“ werden“ (FRANKFURTER RUNDSCHAU 4.10.1993, S. 4). Diese Erweiterung der Bezeichnung *Soziale Marktwirtschaft* war allerdings auf dem CDU-Parteitag 1994, der das neue Grundsatzprogramm beschloß, umstritten. Unter anderem befürchtete der Arbeitnehmerflügel der Partei dadurch eine Relativierung der sozialen Komponente und war der Meinung, in dem alten Fahnenwort *Soziale Marktwirtschaft* seien auch die ökologischen Ziele schon enthalten, und es bedürfe daher nicht der ausdrücklichen Erwähnung der Ökologie (vgl. FRANKFURTER RUNDSCHAU 24.2.1994, S. 3). Vgl. zum Aufgreifen ökologischer Terminologie durch die etablierten Parteien auch das Kapitel „Umweltstörfälle“ in diesem Buch.

4.2 *Wachstum*

Ein Fahnenwort aus dem engeren Kontext der Konzeption der *Sozialen Marktwirtschaft*, das erst durch die erkannten Umweltprobleme in seiner positiven deontischen Qualität in Frage gestellt wurde, ist das Schlagwort *Wachstum*. *Wirtschaftswachstum* war bis zu Beginn der 70er Jahre ein von allen Seiten fraglos akzeptiertes positives Wort. Es bezeichnete das Ziel des gesamten Wirtschaftens und stand insofern für die Voraussetzung der Verwirklichung des Wohlstands und dafür, daß die gesellschaftliche Stabilität der Bundesrepublik ohne größere Verteilungskämpfe gesichert werden konnte. Angesichts der ökologischen Folgen des allein auf *Wachstum* ausgerichteten Wirtschaftens und angesichts der Wirtschaftskrise wurden die mit dem Wort *Wachstum* verbundenen positiven Assoziationen Anfang der 70er Jahre erstmals in Frage gestellt. Mit Wörtern wie *Wachstumsideologie* und *Wachstumsfetischismus* wurde versucht, die positive Qualität des Wortes aufzubrechen. Als Alternative diskutierte man die Möglichkeit eines *Nullwachstums*, das sich bald zu einem Fahnenwort der einen und zum Stigmawort der anderen Seite entwickelte, und es wurde versucht, die nicht auszuräumende positive Qualität des Wortes *Wachstum* mit differenzierenden positiven Attributen für die eigene Parteisprache zu erhalten und gegen Stigmatisierungsversuche zu immunisieren. Neben dieser attributiven Spezifizierung – und sie zum Teil begründend – stand die inhaltliche Differenzierung von wirtschaftlichen Bereichen, in denen *Wachstum* als sinnvoll, und solchen, in denen es als schädlich angesehen wurde.

Durch den Bericht des Club of Rome „Die Grenzen des Wachstums“ wurde im Jahre 1972 erstmals der allgemein positiv konnotierte *Wachstums*-Begriff in Zweifel gezogen. Aufgrund der ökologischen Folgen ungesteuert fortgesetzten Wirtschaftswachstums forderte dieser Bericht eine freiwillige Wachstumsbeschränkung, um eine weltweite wirtschaftliche, politische und soziale Katastrophe zu verhindern. Diese Forderung wurde in der Öffentlichkeit mit dem Neologismus *Nullwachstum* bezeichnet, obwohl das Wort in dem Bericht selbst nicht auftaucht.¹⁵¹ Der Bericht führte jedenfalls zu einer öffentlichen Diskussion über Sinn und Unsinn ungelenkten Wirtschaftswachstums, in der die CDU ungebrochen einen positiven Gebrauch von *Wachstum* machte und *Nullwachstum* als Stigmawort gegen in der SPD aufgetauchte entsprechende Forderungen benutzte. Den Charakter des Fahnenwortes *Wachstum* auf seiten der CDU unterstreicht etwa ein Buch ihres Bundestagsabgeordneten Jürgen Todenhöfer aus dem Jahre 1976 mit dem Titel „Wachstum für alle“ (in Analogie zu Erhards Wahlkampfparole von 1957 *Wohlstand für alle*) und der in einem wirtschaftspolitischen Programm von 1979 enthaltene Slo-

151 Vgl. Pestel 1988, S. 40.

gan „Wir brauchen Arbeit und Wachstum für alle“.¹⁵² Den Stigmacharakter des Ausdrucks *Nullwachstum* zeigt eine Aussage des Vorstandsvorsitzenden der Kraftwerk Union (KWU), Klaus Barthelt: „Nullwachstum führt zum ökonomischen Infarkt“.¹⁵³

Einen offenbar wenig wirksamen Versuch innerhalb der CDU, den *Wachstums*-Begriff zu differenzieren, unternimmt der Vorsitzende der Sozialausschüsse, Norbert Blüm, der in einem Interview nicht unter ökologischen, sondern unter arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten betont, daß es auch darauf ankomme, „was wächst“. Sein Hinweis, er halte „die Nur-Wachstumspolitiker für so einfallslos wie die Null-Wachstumsanhänger“, bestätigt neben dem Stigmacharakter von *Null-Wachstum* auch die nicht mehr fraglose positive Bedeutung eines undifferenzierenden *Wachstums*-Begriffs. Blüm plädiert deshalb für „ein arbeitsplatzschaffendes Wachstum“ (DEUTSCHLANDFUNK-Interview 24.7.1977).

Kontroverser wird die Diskussion in der Regierungspartei SPD geführt. Für linke Kreise innerhalb und außerhalb der SPD entwickelt sich *Nullwachstum* nach dem Club-of-Rome-Bericht zeitweise zu einem Fahnenwort. Die Befürwortung weiteren un gelenkten Wachstums wurde als *Wachstumsfetischismus* gebrandmarkt.¹⁵⁴ Die SPD reagierte darauf sehr bald damit, dem auch von ihr in der Mehrheit weiterhin akzeptierten Fahnenwort *Wachstum* positiv wertende Attribute zur Darstellung ihrer Konzepte voranzustellen. So plädierte Helmut Schmidt auf dem Parteitag 1973 für ein „qualifiziertes, qualitativ gelenktes Wachstum“.¹⁵⁵ In dieser Form konnte das allgemein positiv bewertete Wort *Wachstum* beibehalten werden, durch die Attribute konnten die eigenen, auf mehr Lenkung des Wirtschaftsablaufs zielenden Vorstellungen dargestellt und gleichzeitig die einsetzende Kritik am *Wachstums*-Begriff aufgefangen werden.

Diese Strategie mündet 1977 in dem Versuch, *humanes Wachstum* als neues SPD-Fahnenwort zu etablieren. In Leitsätzen des SPD-Präsidiums wird es

„als vorrangiges wirtschaftspolitisches Ziel [...] vorgegeben, das die folgenden Forderungen erfüllen soll: Vollbeschäftigung, Verbesserung der Arbeitsbedingungen, Steigerung des Lebensstandards, Erhaltung lebenswerter Umweltbedingungen und Sicherung natürlicher Ressourcen.“
(SÜDDEUTSCHE ZEITUNG 15.6.1977)

In diesem neuen Schlagwort versucht die SPD also, arbeitsmarktpolitische und ökologische Zielsetzungen zusammenzuspannen und als gleichzeitige und gleichwertige Ziele ihrer Politik darzustellen.

¹⁵² Zit. nach DIE WELT 14.6.1979.

¹⁵³ Vgl. DIE WELT 16.5.1977.

¹⁵⁴ Vgl. NEUE ZÜRCHER ZEITUNG 3.4.1973.

¹⁵⁵ Protokoll des SPD-Parteitages vom 10.-14.4.1973, S. 282.